



ALLES FÜR THÜRINGEN!

WAHLPROGRAMM

der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024

Am 27. April 2024 durch den Landesparteitag verabschiedet.



Für Thüringen

Rauscht ihr noch, ihr alten Wälder
hoch vom Rennstieg euren Sang?
Wiegt ihr noch durch goldne Felder
euren hohen Feierklang?
Saale, oh du Sagenquelle
spiegelst du noch immer helle
Berg und Burg und Rebenhang?

Wie es taucht aus trauten Fluren
und es glänzt vom klaren Fluss,
Vaterhaus und Wanderspuren,
Waldeslust und Morgengruß.
Berge, Täler, wilde Orte,
Locken wehn und Mädchenworte
und die Lippe blüht vom Kuß.

Jahre, die da hingezogen,
eure Pulse fühl ich klar
und des Lebens bunter Bogen
überspringt, was jung einst war.
Ernte wogt zu meinen Füßen,
Wälder, rauscht mir, um zu grüßen
Heimat auf mein weißes Haar.

nach dem Volkslied
„Rauscht ihr noch, ihr alten Wälder“
von Franz Langheinrich 1864 - 1945

INHALTSVERZEICHNIS

Kapitel	Inhalt	
	Vorwort	4
01	Für eine lebendige Demokratie	7
02	Für eine freie Medienlandschaft	11
03	Für einen Rechtsstaat, der seine Bürger schützt	15
04	Für starke Familien in einem kinderfreundlichen Thüringen	23
05	Für zukunftssichernde Bildung und Wissenschaft	29
06	Für eine patriotische und soziale Marktwirtschaft	47
07	Für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem	55
08	Für eine identitätserhaltende Migrationspolitik	65
09	Für bezahlbaren Wohnraum und eine zukunftsfähige Infrastruktur	73
10	Für eine freiheitsorientierte Verkehrs- und Mobilitätspolitik	81
11	Für eine vernunftgeleitete Energie- und Klimapolitik	87
12	Für die Bewahrung der Thüringer Natur und für das Tierwohl	93
13	Für eine verantwortungsbewusste Land- und Forstwirtschaft	99
14	Für einen heimatnahen Tourismus	107
15	Für ein reiches kulturelles Leben in Thüringen	111
16	Für ein breites Sportangebot	121
17	Für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik	125
18	Für starke und unabhängige Kommunen	129
19	Für ein Europa der Vaterländer	135
	Stichwortverzeichnis	141
	Impressum	144

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG – VORWORT

Liebe Mitbürger,

als wir 2014 zum ersten Mal erfolgreich in den Thüringer Landtag einzogen, waren die Probleme im Land bereits groß, verursacht durch eine jahrzehntelange Misswirtschaft der etablierten Parteien in Bund und Ländern.

Aber kaum einer konnte sich damals vorstellen, dass die Probleme einmal zu einer existenziellen Krise anwachsen würden. Heute stehen wir vor dem gigantischen Scherbenhaufen einer verfehlten Politik: illegale Masseneinwanderung, gesellschaftliche Verrohung, drastisch ansteigende Gewaltkriminalität, Perspektivlosigkeit der Jugend, menschenfeindlicher Gender-Irrsinn, Kultur- und Bildungsverfall, Verschandelung unserer schönen Thüringer Landschaft durch Windkraftanlagen und Solarfelder, Explosion der Energie- und Lebenshaltungskosten, erodierende Sozialsysteme, Zerstörung unserer Wirtschaft durch die Klimapolitik aller Altparteien, Aussetzung der Grundrechte im Zuge des Corona-Regimes, Sprech- und Denkverbote, Unterdrückung der Opposition, würdeloses Vasallentum und fahrlässige Kriegstreiberei – die Liste des Schreckens ließe sich beliebig verlängern.

Die Menschen spüren die negativen Folgen dieser katastrophalen Politik in zunehmendem Maße und blicken in eine düstere Zukunft. In unseren Bürgerdialogen haben wir in den letzten Jahren mit unzähligen Thüringern Gespräche geführt. Sie alle haben die Nase voll von einer unfähigen politischen Klasse, welche Belastungen schönredet, Bürger zu Befehlsempfängern degradiert und ansonsten nur Ausreden präsentiert, warum sie die selbst erzeugten Krisen nicht lösen kann.

Wir von der AfD haben als starke Opposition im Thüringer Landtag in den vergangenen Legislaturperioden alles getan, um die schlimmsten Übergriffe einer von der CDU erst ermöglichten rot-rot-grünen Minderheitsregierung zu verhindern.

Liebe Thüringer, Sie werden in den kommenden Wochen viel Schlechtes über uns lesen und hören. Wofür wir stehen, erfahren Sie aber nicht aus Konzernmedien und Rundfunk, von Kirchen, Gewerkschaften oder dem Verfassungsschutz. Wofür wir stehen, was wir wollen, steht schwarz auf weiß in diesem Programm!

Zudem verfügen wir über das Rückgrat, um geheimdienstlicher und strafrechtlicher Verfolgung sowie der Bedrohung durch Gewalt zu trotzen. Unsere Einzigartigkeit besteht auch darin, dass wir nach der Wahl halten, was wir vor der Wahl versprechen.

Die Wende in Deutschland wird nicht aus Berlin kommen, sondern aus dem Osten. Sie alle wissen um die Absichten der Altparteien, die AfD als erfolgreiche Konkurrenz durch ein Parteiverbot auszuschalten. Mit der Landtagswahl am 1. September haben Sie vielleicht zum letzten Mal die Möglichkeit, eine Erneuerung unseres Landes durch ein Kreuz auf dem Wahlzettel in Gang zu setzen. Nutzen Sie bitte diese Gelegenheit, mit Ihrer Stimme für die AfD ein historisches Signal über Thüringen hinaus für ganz Deutschland zu senden – als Startschuß für eine bessere Zukunft in Wohlstand, Würde und Freiheit!

Björn Höcke & Stefan Möller

Landessprecher der AfD-Thüringen



ALLES FÜR THÜRINGEN!

WAHLPROGRAMM
der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024

Mit großer Sorge stellen wir fest, dass sich die freiheitliche Demokratie mehr und mehr in eine Zuschauerdemokratie mit Zügen eines Gesinnungsstaates verwandelt. Diese Tendenz, welche die Grundlagen unseres freiheitlichen Gemeinwesens bedroht und in einer „DDR 2.0“ enden wird, hat sich in der Zeit der Corona-Krise verstärkt. Die Alternative für Deutschland nimmt diese Entwicklung nicht hin. Unser Leitbild bleibt die lebendige Mitmachdemokratie auf der Grundlage von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. In der Diskussion um das Wahlrecht haben wir einen klaren Standpunkt: Das Wahlrecht soll an die Volljährigkeit gebunden sein. Unsere Demokratie fußt auch auf dem ehrenamtlichen Engagement zahlloser Thüringer. Wir setzen uns daher für eine Unterstützung und Förderung des Ehrenamtes ein, lehnen aber die Herausbildung einer staatlich gelenkten Ehrenamtskultur ab.

Unser Leitbild: eine lebendige Demokratie auf der Grundlage von Meinungsfreiheit und Rechtsstaat.

Meinungsfreiheit: Grundlage der Demokratie

Die Thüringer AfD verteidigt die Meinungsfreiheit mit aller Entschlossenheit. Die Freiheit, seine Meinung jederzeit ungehindert und ohne Sorge vor Repressionen jedweder Art äußern zu dürfen, bildet die Grundlage jeder Demokratie. Wir wenden uns mit Nachdruck dagegen, dass Andersdenkende eingeschüchtert oder ausgegrenzt werden. Gerade während der Zeit der Corona-Maßnahmen hat die Landesregierung abweichende Meinungen denunziert, oppositionelle Gruppen gebrandmarkt und skeptische Stimmen verächtlich gemacht. Dabei ist gerade der Staat gefordert, das Recht der freien Meinung zu schützen, etwa wenn Diffamierung und Ausgrenzung durch Gruppen und Verbände der sogenannten Zivilgesellschaft propagiert und vorgenommen werden. Doch in Thüringen haben wir eine Landesregierung, die einem Meinungspluralismus feindlich gegenübersteht und nicht genehme Positionen vom sogenannten Verfassungsschutz bekämpfen lässt. Wir sagen: Eine solche Praxis muss beendet werden!

Der Staat muss das Recht der freien Meinungsäußerung sichern.

Der Kampf des Verfassungsschutzes gegen den Meinungspluralismus muss beendet werden.

*Das Zensurverbot gilt.
Auch im Netz!*

Die Vielfalt der Meinungen muss sich auch in der Medienlandschaft widerspiegeln. Indessen müssen wir feststellen, dass sich der Meinungskorridor in den klassischen Medien und insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk während der letzten Jahre zunehmend verengt hat. Auch im Internet greifen Zensurmaßnahmen und die Behinderung von nicht regierungskonformen Meinungsäußerungen um sich. Die Thüringer AfD bleibt dabei, dass das Zensurverbot des Grundgesetzes umfassend gilt und umzusetzen ist. Nur mit einem wirklich freien Internet kann den demokratiegefährdenden Entwicklungen entgegengewirkt werden. Dass der Jugendschutz selbstverständlich auch im Internet durchzusetzen ist, steht dem nicht entgegen.

*Wir vertrauen den
Bürgern und lehnen
staatliche Bevormundung ab.*

Die Thüringer AfD vertraut den Bürgern. Eine Politik des Misstrauens gegen den Souverän, wie sie seit Jahrzehnten von den Regierungen, den Altparteien sowie den etablierten Medien in bevormundender Art und Weise betrieben wird, lehnen wir entschieden ab.

Direkte Demokratie stärken

Die Altparteien haben sich in unserem Staat bequem eingerichtet. Die Vergabe von Ämtern und Mandaten zur Herrschaftssicherung hat ein Pfründensystem etabliert, in dem das Gemeinwohl oft Sonderinteressen geopfert wird. Der Staat ist so zu einer Beute der Parteien geworden. Viele Bürger haben den Eindruck, dass die Politiker über ihre Köpfe hinweg entscheiden, ja, dass sich die Politik von der Wirklichkeit der Bürger generell weit entfernt hat. So entstehen Distanz, Enttäuschung und Verdrossenheit, welche die freiheitliche Demokratie schwächen. Die AfD ist nicht zuletzt deshalb entstanden, um diesem weitverbreiteten Empfinden Ausdruck zu verleihen und für Abhilfe zu sorgen. Wir sind der Überzeugung, dass die Bürger der eigentliche Souverän in der Demokratie sind und sie daher wirksamer in den politischen Prozess eingebunden

*Die Bürger sind der
Souverän. Sie müssen
besser mitwirken
können.*

werden müssen. In diesem Sinne streiten wir dafür, den Parteienstaat zu demokratisieren, indem die Mitbestimmung des Volkes gestärkt wird.

Daher möchten wir, dass die in der Thüringer Verfassung angelegten Möglichkeiten einer lebendigen Demokratie entfaltet und weiterentwickelt werden, um die derzeitige Zuschauerdemokratie in eine Mitmachdemokratie zu verwandeln.

Wir wollen die Instrumente der direkten Demokratie stärken. Die Zuschauerdemokratie soll zur Mitmachdemokratie werden.

Wir wollen die Instrumente der direkten Demokratie effektiver gestalten, sodass sie auch tatsächlich praktikabel sind. Die gegenwärtige Ausgestaltung der bestehenden direktdemokratischen Verfahren erschwert eine effektive Bürgerbeteiligung, anstatt diese zu fördern. Den Bürgern dürfen von Regierung, Verwaltung oder Justiz keine Steine in den Weg gelegt werden. Das bedeutet insbesondere: Die Anzahl der Unterschriften, die für die Durchführung von Volksbegehren und -entscheiden erforderlich ist, muss gesenkt werden. Das Volk darf durch übertriebene formale Anforderungen nicht daran gehindert werden, eigene Gesetzentwürfe einzubringen.

Darüber hinaus müssen die Bürger die Möglichkeit erhalten, über Gesetze des Landtages das letzte Wort zu sprechen. Auch in Thüringen soll es den Bürgern möglich sein, vom Landtag verabschiedete Gesetze zu „kippen“. Die Bürger müssen den Abgeordneten wirksam auf die Finger schauen können – und das geht am besten, wenn sie Gesetzen, die an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen oder die zu nicht gerechtfertigten Belastungen führen, die Zustimmung verweigern können.

Werden Bürgerbeteiligung und Volkssouveränität ernst genommen, muss den Bürgern außerdem die Möglichkeit eingeräumt werden, über die vorzeitige Abberufung des Landtages zu befinden. Der Wunsch nach einer solchen Abberufung kann sich z. B. aus der Unzufriedenheit mit der Arbeit des Landtages

*Keine Verfassungs-
änderung ohne Volks-
abstimmung.*

oder einer Regierungskoalition ergeben. Andere Bundesländer wie Bayern, Berlin, Brandenburg oder Rheinland-Pfalz sehen daher die Abberufung ihrer Landtage per Volksentscheid vor. Wir plädieren schließlich dafür, dass das Volk bei Verfassungsänderungen zwingend zu beteiligen ist.

Den Landtag verkleinern

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist der Thüringer Landtag in Bezug auf die Einwohnerzahl des Freistaates überdimensioniert. Die Thüringer AfD setzt sich für die Kopplung der Landtagsgröße an die Bevölkerungszahl ein. Ein Abgeordneter sollte in Zukunft 35.000 statt – wie gegenwärtig – 25.000 Thüringer repräsentieren. Dies würde zu einer Absenkung von derzeit regulär 88 auf dann 62 Parlamentarier führen – mit entsprechenden Entlastungen des Steuerzahlers.

Gegen die Aushöhlung der Volkssouveränität

Ein Wahlrecht für Ausländer ist mit der Volkssouveränität unvereinbar. Auf allen Ebenen ist für die Teilnahme an direktdemokratischen Abstimmungen die Staatsbürgerschaft zwingend erforderlich.

*Demokratische Selbst-
bestimmung bedeutet:
kein Wahlrecht für
Ausländer.*

Eine demokratische Öffentlichkeit beruht auf einer freien und vielfältigen Medienlandschaft und einer offenen Debattenkultur, in der Diffamierung, Ausgrenzung, Bevormundung, betreutes Denken und Belehrungsmentalität fehl am Platze sind. Das gilt für die klassischen Massenmedien, also den Rundfunk, die Print- und Internetmedien, ebenso wie für die sozialen Netzwerke.

Eine demokratische Öffentlichkeit braucht eine freie und vielfältige Medienlandschaft, keinen Bevormundungsjournalismus.

Leider bewegen sich die Berichterstattung und selbst das Unterhaltungsprogramm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) häufig innerhalb des engen Korridors einer einseitigen politischen Korrektheit, anstatt auf Ausgewogenheit und Meinungspluralität zu achten. Diese Tendenz, die durch die Zwangsfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und durch parteipolitisch besetzte Führungsgremien verstärkt wird, betrifft nicht nur den Rundfunk, sondern hat sich längst auch auf die Presselandschaft in Thüringen ausgeweitet.

Es ist unübersehbar, dass immer mehr Medienmacher nicht dem demokratischen Leitbild von Presse und Rundfunk folgen, deren Aufgabe die kritische Berichterstattung sein muss. Sie begreifen sich stattdessen als politische Aktivisten und Propagandisten der Regierungspolitik. Dem entspricht beispielsweise, dass Journalisten als Moderatoren für Regierungsveranstaltungen engagiert werden oder Medienkonzerne während der Corona-Zeit mit Millionenbeträgen aus Steuermitteln gestützt wurden. Wir sind überzeugt, dass dieses Gebaren die journalistische Unabhängigkeit untergräbt und dem öffentlichen Diskurs schadet.

Medienmacher begreifen sich heute oft als politische Aktivisten und Propagandisten der Regierungspolitik.

Infolge solcher Entwicklungen fallen seit Jahren öffentliche Meinung und veröffentlichte Meinung immer weiter auseinander.

Das Recht der freien Meinung in den Medien verteidigen

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Diskrepanz zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung beseitigt wird. Daher stehen wir für eine plurale Medienlandschaft und fordern einen sachlichen und ausgewogenen Journalismus. Zudem lehnen wir neben der direkten staatlichen jede indirekte Zensur ab. Indirekte Zensur ist heute leider gängige Praxis, insbesondere in den sozialen Medien. Diese Praxis wird beispielsweise durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz erzwungen, das Zensur durch private Unternehmen wie Meta (den Betreiber von Facebook, Instagram u. a.), Google oder Bertelsmann verlangt. Die Thüringer AfD steht vor diesem Hintergrund ohne Wenn und Aber für die freie Meinungsäußerung im Internet.

Wir stehen für eine plurale Medienlandschaft und fordern einen sachlichen und ausgewogenen Journalismus.

Um der vom Staat verlangten bzw. geduldeten Zensur durch Private entgegenzuwirken, fordern wir die Stärkung der Nutzerrechte im Internet und den Schutz der Nutzer vor willkürlichen Ausschlüssen von sozialen Plattformen. Die Verfolgung von Rechtsverstößen und Straftaten im Netz, insbesondere zum Jugendschutz, bleibt von großer Bedeutung. Sie liegt im Rechtsstaat aber ausschließlich in der Zuständigkeit der staatlichen Behörden.

Wir lehnen die von der EU auferlegte Pflicht zur Installation sogenannter Uploadfilter entschieden ab. Diese Maßnahme, die vorgeblich dem Schutz des Urheberrechts dienen soll, schränkt insbesondere die Freiheit kleinerer Anbieter im Internet ein und untergräbt die freie Netzkultur.

Schließlich lehnen wir die von der EU-Kommission geplanten Durchleuchtungen von Online-Chats außerhalb der Strafverfolgung entschieden ab.

Die Uploadfilterpflicht schränkt die Freiheit im Netz ein.

Grunderneuerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Abschaffung des Zwangsbeitrages, Staatsverträge kündigen

Das gegenwärtige System der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wird dem Auftrag eines die Vielfalt von Meinungen und Auffassungen repräsentierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht mehr gerecht. Eine mangelnde inhaltliche Ausgewogenheit, einseitige politische Orientierung und fehlende Regierungsferne haben zu einer wachsenden Kritik und Ablehnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems durch die Bürger geführt.

Die Kritik richtet sich auch etwa gegen die forcierte Verwendung der sogenannten Gendersprache oder die Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch Programme wie den Kinderkanal oder das Internet-Jugendprogramm „Funk“.

Berechtigt ist zudem die Kritik an einer Mentalität der Vetternwirtschaft und Selbstbedienung, die in immer neuen Skandalen um das Fehlverhalten von Rundfunkverantwortlichen des ÖRR zum Vorschein kommt. Schließlich lehnen immer mehr Menschen die steigenden Rundfunkbeiträge ab, die durch hohe Personal- und Pensionskosten, ein ausuferndes Programmangebot sowie überteuerte Produktionen der Sender bedingt sind. Millionengagen für „Talkshowkönige“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind ein Schlag ins Gesicht der Zwangsbeitragszahler.

An all diesen Symptomen wird offenkundig, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk von seinem Programmauftrag abgekoppelt hat. Gleichwohl müssen auch diejenigen, die sich deshalb vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk abwenden, das System finanzieren.

Immer mehr Menschen lehnen den Rundfunkzwangsbeitrag ab. Sie wollen keinen Rundfunk finanzieren, der seinen Auftrag verfehlt und durch immer neue Skandale geprägt ist.

Die Wettbewerbsverzerrung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss beendet werden.

Es ist uns ferner ein Anliegen, dass die Verlagerung von Programmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ins Internet den Wettbewerb mit privaten Anbietern nicht verzerrt. Bekanntlich haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Bereich von Radio und Fernsehen infolge ihrer Privilegierung und ihrer üppigen Finanzausstattung (die ihnen massive Werbekampagnen ermöglicht) bereits eine übergroße Marktmacht. Es muss zudem sichergestellt werden, dass eine Lizenz- und Frequenzvergabe diskriminierungsfrei erfolgt.

Ein zentrales Ziel unserer Politik ist eine ausgewogene, sachliche, faktenbasierte und neutrale Berichterstattung, die ein breites Spektrum von Meinungen und Perspektiven repräsentiert und die Interessen von Minderheiten nicht überrepräsentiert. Nur so kann das Vertrauen in unsere Medienlandschaft wieder aufgebaut und die pluralistische Debatte gefördert werden. Dazu ist auch erforderlich, dass eine Einflussnahme parteipolitisch zusammengesetzter Aufsichtsgremien strikt unterbunden wird.

Wir wollen eine Grunderneuerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ohne Zwangsbeiträge und mit deutlich weniger Rundfunkanstalten.

Um eine Grunderneuerung des ÖRR rasch herbeizuführen, wollen wir die Staats- und Medienstaatsverträge kündigen. Wir fordern eine deutliche Reduzierung der Anzahl der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Fokussierung eines neu geordneten und schlankeren ÖRR auf das Angebot einer Grundversorgung. Das bedeutet, dass sich der ÖRR auf die Kernbereiche wie Nachrichten, Information, Wissenschaft oder Regionales zu konzentrieren hat. Darüber hinaus setzen wir uns für die Abschaffung des Rundfunkbeitrags ein und wollen die Verfolgung säumiger Gebührenzahler durch lokale Verwaltungen beenden.

FÜR EINEN RECHTSSTAAT, DER SEINE BÜRGER SCHÜTZT

KAPITEL 03

Die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger ist ein zentraler Zweck des Staates sowie Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Sie ist einerseits von einem gemeinschaftsorientierten Werte-, Sitten- und Normengefüge abhängig, das sich über Jahrhunderte hinweg ausgeprägt hat. Andererseits ist sie auf die Durchsetzung von Recht und Ordnung durch den Staat angewiesen.

Unsere Sicherheit ist auf die Durchsetzung von Recht und Ordnung angewiesen.

Rechtsstaatlich geordnete Sicherheit wird dort infrage gestellt, wo der politische Wille zu ihrer Durchsetzung fehlt. Am auffälligsten ist dies an der derzeitigen Migrationspolitik erkennbar. Eine der Folgen der gegenwärtigen unkontrollierten Masseneinwanderung besteht in der dramatischen Zunahme des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Kriminalitätsentwicklung. Die mehrfach höhere Kriminalitätsrate zugewanderter Tatverdächtiger (22,5 Prozent im Jahr 2023) im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil (7,6 Prozent im Jahr 2023) ist in besonderem Maße für die Erosion unserer Sicherheit verantwortlich. Dies bezahlen wir Bürger auch mit Einschränkungen unserer Freiheit und Lebensqualität. Vor diesem Hintergrund treten wir entschieden für einen Rechtsstaat ein, in dem sich jederzeit alle, insbesondere Frauen, ohne Angst in der Öffentlichkeit bewegen können.

Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Kriminalitätsentwicklung hat in Thüringen dramatisch zugenommen.

Wenn die „richtige“ politische Überzeugung darüber entscheidet, ob man im Staatsdienst arbeiten darf, eine Ausbildung abschließen kann, Zugang zu Versammlungsräumen bekommt, legal Waffen besitzt oder Aufträge der öffentlichen Hand erhält, ist dies mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar.

Die Thüringer AfD lehnt eine derartige ideologische Durchdringung des Staates ab, weil sie zwangsläufig in einen Gesinnungsstaat führt, der mit rechtsstaatlicher Freiheit und Grundrechten nicht vereinbar ist.

Wir wollen keinen Gesinnungsstaat, der mit rechtsstaatlicher Freiheit und Grundrechten nicht vereinbar ist.

FÜR EINEN RECHTSSTAAT, DER SEINE BÜRGER SCHÜTZT

Staatliche Grundrechtseingriffe müssen stets dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Die vielfältigen Grundrechtseingriffe während der Corona-Zeit beispielsweise waren nicht geeignet, erforderlich oder angemessen, um das von der Regierung ausgegebene Ziel, eine Ausbreitung des Coronavirus zu unterbinden, zu erreichen.

Politische Rückendeckung

Vertreter des Rechtsstaates müssen begründete Maßnahmen rechtmäßig durchsetzen können, ohne dass ihnen die Politik aus ideologischen Gründen in den Rücken fällt. Insbesondere dürfen Religion, Hautfarbe, politische Überzeugung etc. bei der Durchsetzung des Rechts keine Rolle spielen.

Für die politische und rechtliche Aufarbeitung des Corona-Unrechts

Die Regierungsmaßnahmen in der Corona-Krise haben dem Rechtsstaat schweren Schaden zugefügt. Seit März 2020 wurden durch die Landesregierung zahlreiche Grundrechte unverhältnismäßig eingeschränkt. Friedliche Spaziergänger, die in einer Form der öffentlichen Meinungsäußerung auf diesen Missstand hinwiesen, wurden nahezu täglich durch die Landesregierung und unter Mitwirkung der Medien öffentlich diffamiert und kriminalisiert. Die Thüringer Landesregierung missbrauchte die Behörden, um das eigens für „Corona“ geschaffene Bundesrecht zur Einschränkung von Grundrechten bedingungslos im Freistaat durchzusetzen.

Die Thüringer Polizei und kommunale Behörden exekutierten teilweise gewaltsam die unverhältnismäßigen staatlichen Maßnahmen. Die politische und strafrechtliche Verantwortung für die Gewalt gegen die friedlichen Proteste trägt in erster Linie der Innenminister.

Unsere Polizei braucht bei der Rechtsdurchsetzung die Rückendeckung der Politik.

Die Corona-Maßnahmen haben dem Rechtsstaat schweren Schaden zugefügt.

FÜR EINEN RECHTSSTAAT, DER SEINE BÜRGER SCHÜTZT

KAPITEL 03

Die AfD Thüringen setzt sich für eine umfassende Aufklärung des Regierungs- und Verwaltungshandelns sowie der Rechtsprechung rund um die Corona-Hysterie im Freistaat ein. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss soll unter anderem folgende Fragen klären:

Wir wollen eine umfassende Aufklärung der Corona-Politik.

- *Wie sind im Freistaat Entscheidungen zustande gekommen, die zu einer einseitigen politischen Auslegung der vorhandenen Erkenntnisse zum Coronavirus führten?*
- *Welche Mitglieder der rot-rot-grünen Landesregierung tragen im Freistaat die politische Verantwortung für die Spaltung der Gesellschaft während der Corona-Hysterie?*
- *Wer trägt die politische und strafrechtliche Verantwortung für die Eskalation zahlreicher Proteste friedlicher Spaziergänger und welche Behörden waren in welchem Umfang an diesen Vorgängen beteiligt?*

Für eine unabhängige und politisch neutrale Justiz

Seit Jahren steigt der Anteil derjenigen Menschen, deren Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert ist. Tatsächlich trägt eine Reihe von politisch verursachten Entwicklungen insbesondere im Bereich der Justiz dazu bei, dass das traditionell gute Ansehen des Rechtsstaates in der Bevölkerung sinkt.

Entscheidend ist diesbezüglich die Einflussnahme der Politik auf die Justiz. Sie ist mittlerweile derart offensichtlich, dass es schwerfällt, die Justiz ungebrochen als neutrale, unabhängige dritte Gewalt wahrzunehmen. Die regierenden Parteien sichern ihre Politik nicht nur im Freistaat Thüringen etwa dadurch juristisch ab, dass sie Personen als Verfassungsrichter ins Amt bringen, die im Vorfeld eine Unterstützung der Regierungspolitik zu erkennen gegeben haben. Eine entsprechende politisierte Besetzungspraxis hat zweifelsohne Einfluss auf die Rechtsprechung.

Einflussnahmen der Politik auf die Justiz untergraben die Neutralität der Rechtsprechung und erschüttern das Vertrauen in den Rechtsstaat.

FÜR EINEN RECHTSSTAAT, DER SEINE BÜRGER SCHÜTZT

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Parteien zukünftig weder direkt noch indirekt Einfluss auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten haben. Berufsverbote in der Justiz für rechtstreue, friedliche Oppositionelle werden wir abschaffen.

Regional verwurzelte Justiz

Wer als Ostdeutscher vor einem Richter steht, soll darauf vertrauen können, dass bei der Beurteilung seines Falls in Thüringen durch die Justiz auch die spezifisch ostdeutschen Lebenserfahrungen und Perspektiven berücksichtigt werden. Die Besetzungspraxis der Gerichte und Staatsanwaltschaften hat in mehr als 30 Jahren seit der Wiedervereinigung dazu geführt, dass Ostdeutsche in der Thüringer Richterschaft und bei den Staatsanwaltschaften deutlich unterproportional vertreten sind. Daher wollen wir den Anteil Ostdeutscher in der Thüringer Justiz gezielt fördern.

Wir wollen öffentliche Institutionen des Landes und der Kommunen sowie in Thüringen ansässige Unternehmen ermutigen, Beratungsmandate vermehrt an lokale Kanzleien zu vergeben. Die erforderliche Fachexpertise ist selbstverständlich fast immer auch in Kanzleien aus unserem Freistaat vorhanden. Im Wettbewerb mit Großkanzleien aus Metropolregionen außerhalb Thüringens fehlen den kleineren Thüringer Kanzleien die Beziehungen zu den häufig westdeutsch geprägten Führungsetagen. Wir wollen daher eine bessere Vermarktung der vor Ort vorhandenen Beratungskompetenz unterstützen und für die entsprechende Sensibilisierung bei Führungskräften sorgen.

Das Vertrauen in die Justiz wiederherstellen

Das Vertrauen in die rechtsstaatliche Ordnung sinkt bei den Bürgern schließlich auch deshalb, weil sie zu Recht den Eindruck haben, dass am Ende derjenige Rechtsbrecher als Sieger

Der Anteil von Ostdeutschen in der Thüringer Justiz ist fast 35 Jahre nach der Wiedervereinigung unterproportional.

dasteht, der die Fürsorge und Anerkennung der regierenden Politik genießt. Für eine zeitnahe Verfolgung von Straftaten wollen wir die Mittel und das Personal bereitstellen.

Die offenkundige Ignoranz der rot-rot-grünen Landesregierung gegenüber Straftaten aus dem linksextremen Spektrum werden wir beenden und auch hier den Rechtsstaat wieder zur vollen Geltung bringen.

Der Rechtsstaat darf nicht länger auf dem linken Auge blind sein.

Das Strafrecht darf in einem entwickelten demokratischen Rechtsstaat nicht dazu genutzt werden, den friedlichen politischen Diskurs zu unterbinden. Wir setzen uns dafür ein, dass herabwürdigende und ehrverletzende Äußerungen – unabhängig vom politischen Standpunkt des Betroffenen – nach gleichen Standards behandelt werden.

Die AfD Thüringen will die Situation der Justizvollzugskräfte im Freistaat verbessern. Insbesondere wollen wir die Justizvollzugsbeamten in die Lage versetzen, bei Bedarf ohne Eigengefährdung unmittelbaren Zwang gegen gewalttätige Haftinsassen anzuwenden. Der grassierende Drogenhandel in Thüringer Haftanstalten muss entschieden bekämpft werden, auch um Resozialisierungschancen zu erhöhen.

Die Situation für die Justizvollzugskräfte muss verbessert werden. Der Drogenhandel in den Haftanstalten ist zu bekämpfen.

Um den Erledigungsdruck und überlange Verfahrensdauern abzumildern, werden wir uns für die Besetzung der Gerichte mit mehr Richtern einsetzen. Zudem wollen wir sicherstellen, dass die Thüringer Justiz und die Verwaltungsbehörden vollumfänglich am elektronischen Rechtsverkehr teilnehmen.

FÜR EINEN RECHTSSTAAT, DER SEINE BÜRGER SCHÜTZT

*Für mehr Polizisten
und eine zeitgemäße
Ausstattung der
Polizei.*

Für eine moderne und zeitgemäß ausgestattete Polizei

Für die absehbaren Herausforderungen der kommenden Jahre braucht Thüringen eine moderne und zeitgemäß ausgestattete Polizei. Wir streben deshalb eine personelle Aufstockung unserer Landespolizei an. Der Ausbildungsstandort Meiningen muss priorisiert ausgebaut werden.

Die polizeilichen Organisations- und Dienstpostenpläne wollen wir einer kritischen Überprüfung hinsichtlich der zugewiesenen Aufgaben unterziehen. Das langfristige Ziel ist eine Anpassung der Stellenpläne im Landeshaushalt an den tatsächlichen aufgabenbezogenen Bedarf der Thüringer Polizei.

Wir wollen die Polizisten mit einer modernen Ausrüstung ausstatten, die den heutigen Einsatzanforderungen gerecht wird und den nötigen Schutz während des Dienstes gewährleistet. Die Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten („Taser“) und der selbstbestimmte Einsatz von „Bodycams“ im täglichen Streifendienst sind wichtige Schritte in diese Richtung.

*Effektive Polizeiarbeit
ist heute auf eine
funktionstüchtige
Digitalisierung an-
gewiesen.*

Die Thüringer AfD fordert ein trag- und zukunftsfähiges Konzept zur Modernisierung und Digitalisierung der Polizei. Zur Effektivitätssteigerung von Dienstprozessen wollen wir einen besonderen Fokus auf die Einführung volldigitalisierter Streifenwagen setzen.

Sicherheit in den Innenstädten erhöhen

Die Sicherheit in unseren Städten ist in den vergangenen Jahren zunehmend erodiert, was statistisch nachweisbar auch mit der Masseneinwanderungspolitik der Altparteien zusammenhängt. Solange die Ursachen der Kriminalität nicht beseitigt sind, befürworten wir den Einsatz von Videoüberwachung an Orten, an denen die öffentliche Sicherheit besonders bedroht ist.

FÜR EINEN RECHTSSTAAT, DER SEINE BÜRGER SCHÜTZT

KAPITEL 03

Das Thüringer Amt für Verfassungsschutz auflösen

Der Inlandsgeheimdienst ist aufgrund seiner freiheitsfeindlichen Einflussnahme auf Bestandteile der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung, seiner personellen Ausgestaltung und seiner offenkundigen politischen Beeinflussbarkeit die größte Gefahr für unsere Demokratie. Er wird nicht nur im Freistaat Thüringen offen zur Bekämpfung und Unterdrückung friedlicher Opposition missbraucht. Zu diesem Zweck wurde nicht nur die Amtsführung nach entsprechender parteipolitischer Loyalität ausgesucht. Vielmehr ist darüber hinaus die Verflechtung des Thüringer Verfassungsschutzes mit linksextremistischen Institutionen und Personen offenkundig. Die Arbeit des Inlandsgeheimdienstes ist statt auf den Schutz der Verfassung auf die wirtschaftliche, soziale und politische Vernichtung von Oppositionellen gerichtet.

Der Verfassungsschutz ist heute eine Gefahr für die Demokratie, weil er zur Bekämpfung der friedlichen Opposition benutzt wird.

In den letzten Jahren verschärfte sich die Tendenz, Äußerungen, die vom Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt sind, als rassistisch, sexistisch oder gleich als verfassungsfeindlich zu diffamieren. Auch aufgrund der historischen Erfahrungen, die in dieser Praxis ihre Fortsetzung finden, erweist sich der Inlandsgeheimdienst letztendlich als unreformierbar. Wir wollen daher den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form abschaffen. Politisch oder religiös motivierte Straftaten sind durch die Strafbehörden zu verfolgen, und für eine Bekämpfung von Wirtschaftsspionage kann eine neue Behörde geschaffen werden.

Der Verfassungsschutz in seiner heutigen Form soll abgeschafft werden.

Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass eine politische und juristische Aufarbeitung der Praxis des Thüringer Verfassungsschutzes in den vergangenen zehn Jahren sowie seiner Verflechtungen mit linksextremistischen Institutionen erfolgt.

Die Praxis des Thüringer Verfassungsschutzes muss juristisch und politisch aufgearbeitet werden.

FÜR EINEN RECHTSSTAAT, DER SEINE BÜRGER SCHÜTZT

Waffenrecht

Das Waffenrecht ist in den letzten Jahren nicht nur drastisch verschärft, sondern auch zu einer Art politischem Nebenstrafrecht zweckentfremdet worden, obwohl es dabei nicht um Kriminalitätsbekämpfung geht. Es ist klar belegt, dass die stark zugenommene Belastung durch (Gewalt-)Kriminalität nicht auf die legalen Waffenbesitzer im Freistaat, sondern auf andere Umstände zurückgeht. Die Verschärfung des Waffenrechts zielt also auf etwas anderes, nämlich auf eine Bevormundung der Bürger, denen die Regierungspolitiker zutiefst misstrauen. Darüber hinaus wird das Waffenrecht in Thüringen insbesondere durch die Regierungspartei SPD dazu missbraucht, legitime und friedliche politische Opposition zu bekämpfen. Hierzu nutzen Spitzenfunktionäre dieser Partei ihre Amtsgewalt im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums: Erst werden oppositionelle Haltungen als „verfassungsfeindlich“ oder „rechtsextremistisch“ umgedeutet. In einem zweiten Schritt werden die Waffenbehörden dann über den Weg der Fachaufsicht angewiesen, gezielt Waffenerlaubnisberechtigungen von legalen Waffenbesitzern zu widerrufen, welche als Kritiker der Regierungspolitik bekannt sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Waffenrecht wieder entpolitisiert wird. Der Missbrauch des Waffenrechts durch SPD-Funktionäre wie den Thüringer Innenminister zur Bekämpfung politischer Opposition muss sodann als ein Teilaspekt des Amtsmissbrauchs politisch und juristisch aufgearbeitet werden.

Weitere Verschärfungen des Waffenrechts lehnen wir ab. Die verdachtsunabhängigen, anlasslosen Waffenaufbewahrungskontrollen wollen wir abschaffen, weil diese nach unserer Überzeugung schwere und ungerechtfertigte Eingriffe in diverse Grundrechte der Betroffenen darstellen.

Die Tendenzen einer Verschärfung des ohnehin strengen Waffenrechts sind Ausdruck des Misstrauens der Politik gegenüber den Bürgern.

Wir wollen eine Entpolitisierung des Waffenrechts und lehnen weitere Verschärfungen ab.

FÜR STARKE FAMILIEN IN EINEM KINDERFREUNDLICHEN THÜRINGEN

Wir sehen es als unsere wichtigste Aufgabe an, die Vernachlässigung der Familie durch die Politik der Altparteien zu beenden und Familien mit ihren Bedürfnissen wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Dies gilt umso mehr, als Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen und durch die Politik nicht entwertet oder gar geschädigt werden dürfen. Das Leitbild unserer Politik ist die Familie, bestehend aus Mutter, Vater und Kind(ern). Der besonderen Situation von alleinerziehenden Eltern tragen wir selbstverständlich Rechnung.

Wir rücken die Familien in den Mittelpunkt der Politik.

Die Corona-Politik war ein Angriff auf die Familie

Die deutschen Regierungen haben Familien während der Corona-Zeit massiven Freiheitsbeschränkungen und Zwangsmaßnahmen ausgesetzt. Schulen und Kindergärten wurden geschlossen, Sportausübung und Vereinsaktivitäten wurden verboten oder weitestgehend eingeschränkt, Kinder mussten infolge von Kontakt- und Besuchsbeschränkungen isoliert zu Hause bleiben. Das heißt: Die Regierung hat den Schülern Bildungschancen genommen und das physische und psychische Wohl unserer Kinder grob missachtet. Kinder, Jugendliche und ihre Familien wurden in Mithaftung genommen, obgleich Kinder und Jugendliche durch COVID-19 selbst nicht ernstlich bedroht und Schulen oder Kindergärten zu keinem Zeitpunkt „Pandemietreiber“ waren. Die negativen Folgen der Maßnahmen wurden von der Politik schlicht als „Kollateralschäden“ akzeptiert und das Wohl der Kinder wurde unter dem Deckmantel einer Politik geopfert, die angeblich der Gesundheit der Erwachsenen diene.

Die Corona-Politik hat dem Wohl unserer Kinder schweren Schaden zugefügt.

Eltern wurden über das Zumutbare hinaus belastet, da sie ihre eigene Arbeit einerseits, die Betreuung und die Beschulung ihrer Kinder von zu Hause aus andererseits gewährleisten mussten.

FÜR STARKE FAMILIEN IN EINEM KINDERFREUNDLICHEN THÜRINGEN

Ältere Menschen litten oft besonders unter den Corona-Maßnahmen.

Es darf nie wieder zu einer grundrechtsfeindlichen und schädigenden Politik kommen, wie wir sie in der Corona-Zeit erlebten.

Viele ältere Menschen litten unter der verordneten Verein-samung, zumal wenn sie in Pflegeeinrichtungen untergebracht waren, und vielen Sterbenden wurde ein würdevolles Davon-gehen im Kreise der Angehörigen schlichtweg verweigert.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, zu verhindern, dass es jemals wieder zu solchen Eingriffen und Grundrechtsverletzungen kommt. Angesichts der vielfach nachwirkenden Verwüstungen durch die Corona-Maßnahmen ist es heute umso bedeutsamer, Familien in ihrer Bindung zwischen den einzelnen Familien-mitgliedern, ihrem Zusammenhalt und ihrer Eigenständigkeit zu unterstützen. Die familienschädigenden Wirkungen der Corona-Maßnahmen müssen Gegenstand der parlamentari-schen Aufarbeitung werden.

Familien finanziell stärken

Familien müssen auf „eigenen Beinen stehen“ können. Väter und Mütter wollen von ihrer Hände Arbeit leben und ihre Kinder ernähren und aufziehen können. Gleichzeitig dürfen Kindererziehungszeiten und Teilzeitarbeit nicht zu Armut im Alter führen. Wir setzen uns im Bund dafür ein, dass Steuer- und Rentengerechtigkeit zwischen Eltern und kinderlosen Bürgern hergestellt wird. Darüber hinaus wollen wir ein Thü-ringer Kinderbegrüßungsgeld einführen. Eltern, die aufgrund unselbstständiger oder selbstständiger Erwerbstätigkeit ein-kommensteuerpflichtig sind, sollen für jedes neugeborene Kind insgesamt 10.000 Euro – über fünf Jahre gestreckt – steuerfrei erhalten.

Wohnungskauf und Hausbau unterstützen

Das eigene Zuhause bildet für Familien den Lebensmittelpunkt. Ein Wohnungs- oder Hauskauf bedeutet oft, dass sich eine Familie entscheidet, auf viele Jahre hier in Thüringen zu leben und zu arbeiten. Dies ist in Zeiten geringer Geburtenzahlen und der Abwanderung von Arbeitskräften eine wünschens-werte Entwicklung. Deswegen wollen wir den Ersterwerb von

Wir wollen ein Kinder-begrüßungsgeld einführen.

FÜR STARKE FAMILIEN IN EINEM KINDERFREUNDLICHEN THÜRINGEN

KAPITEL 04

Wohneigentum für Familien durch Darlehen fördern, deren Rückzahlung in Abhängigkeit von der Kinderzahl teilweise erlassen wird. Wir stehen zur Reduzierung der Grunderwerbsteuer für Familien beim Ersterwerb von Wohneigentum.

Wir wollen den Ersterwerb von Wohneigentum für Familien fördern und stehen zur Reduzierung der Grunderwerbsteuer.

Lebenshaltungskosten senken

Die politisch verursachten steigenden Strom-, Heiz- und allgemeinen Lebenshaltungskosten bringen zahllose Familien in finanzielle Bedrängnis. Hier wollen wir gegensteuern. Energie soll steuerlich weniger belastet und für Grundnahrungsmittel und Babybedarfsartikel (wie beispielsweise Windeln) muss die Mehrwertsteuer auf null gesenkt werden. Wir setzen uns ferner für eine Entlastung von Familien bei kommunalen Gebühren oder Abgaben ein.

Familien müssen bei Steuern und Abgaben entlastet werden.

Altersgerechte Kinderbetreuung sicherstellen

Die Pflege und die Erziehung der Kinder sind gemäß Artikel 6 unseres Grundgesetzes das natürliche Recht der Eltern und die vorrangig und zuerst ihnen obliegende Pflicht. Die Thüringer AfD lehnt eine Aushöhlung dieses Grundrechts entschieden ab. In den ersten drei Lebensjahren ist das Wachsen einer engen Eltern-Kind-Beziehung besonders wichtig. Diese gibt dem Kind Geborgenheit und Verlässlichkeit und schafft das notwendige Urvertrauen.

Grundsätzlich wissen Eltern, was das Beste für ihre Kinder ist. Daher fordert die AfD eine echte Wahlfreiheit für Eltern, über alle Grundfragen der Erziehung zu entscheiden. Eine Betreuung ihrer Kinder durch die Eltern darf de facto nicht benachteiligt werden. In Krippen und Kindergärten muss eine hohe Qualität insbesondere durch einen angemessenen Betreuungsschlüssel gewährleistet werden. Unsere Kindergärtner und Erzieher leisten einen wichtigen Beitrag zur guten Entwicklung unserer Kinder. Zur Wertschätzung gehört neben einer leistungsgerechten Bezahlung auch die Möglichkeit, in Vollzeit zu arbeiten.

Die tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern bei der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder muss gewährleistet werden.

FÜR STARKE FAMILIEN IN EINEM KINDERFREUNDLICHEN THÜRINGEN

Wir lehnen die Frühsexualisierung in Kindergärten und Grundschule ab. Sexualerziehung ist das primäre Recht der Eltern.

Im Mittelpunkt der Betreuung in Kindergärten und Krippen stehen altersgerechtes Spielen und kindgerechtes Lernen. Sexualerziehung hingegen ist das primäre Recht und die Pflicht der Eltern und muss mit der körperlichen und der seelischen Entwicklung der Kinder übereinstimmen. Sie sollte daher nicht im Kindergarten oder in der Grundschule erfolgen. Die AfD lehnt eine detaillierte Darstellung und Erläuterung von sexuellen Praktiken, die Infragestellung des eigenen Geschlechts und die Propagierung „queerer“ Lebensweisen im Rahmen der Kindergartenpädagogik entschieden ab.

Ein wichtiger Bestandteil einer guten Kindergartenbetreuung ist ein gesundes und erschwingliches Verpflegungsangebot. Für die Speisenversorgung in den Kindergärten sind nach Möglichkeit regionale Anbieter zu bevorzugen. Angeboten werden soll eine regionale, saisonale und gesunde Küche.

Leben auf dem Land kinderfreundlich gestalten

Für Familien wird es immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum in den Städten zu finden. Der Druck auf den städtischen Wohnungsmarkt wird auch reduziert, wenn die Ursachen von Landflucht beseitigt werden.

Den ländlichen Raum für Familien attraktiv gestalten: für eine Verbesserung der Infrastruktur.

Um die Landflucht zu stoppen und Familien mit Kindern eine Heimat zu bieten, müssen grundlegende Aufgaben des Staates erfüllt werden: Während immer öfter über Fahrkartenpreise des öffentlichen Personennahverkehrs gestritten wird, bleibt die Diskussion über eine bessere Anbindung der Dörfer an größere Städte und die Erreichbarkeit von Schulen und Kindergärten oft außen vor. Wir wollen Kindergärten und Schulstandorte nicht nur erhalten, sondern ihre Entwicklung zu Orten der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche (Musik, Sport, Freunde treffen) unterstützen. Dass Bus- und Bahnverbindungen familienfreundlich verdichtet werden müssen, versteht sich für uns von selbst.

Medizinische Versorgung für Familien sichern

Familien sind in besonderer Weise auf medizinische Versorgung angewiesen. Dazu gehört, dass entsprechend Ärzte, Kinderärzte und Hebammen hier in Thüringen ausgebildet und im Land gehalten werden sowie Frühchenstationen erhalten bleiben. Hebammen sind wichtige Begleiter von Müttern vor, während und nach der Geburt. Gerade das Geburtserlebnis bestimmt häufig auch darüber, ob Frauen sich noch für weitere Kinder entscheiden. Kurze Wege zum Kreissaal und eine 1:1-Betreuung bei der Geburt sind für Mutter und Kind außerdem wichtige Sicherheitsaspekte. Wir wollen eine entsprechende Versorgungsdichte und eine Erreichbarkeit der Geburtsklinik innerhalb von maximal 40 Minuten sicherstellen. Auch die mutter- und kindgerechte Vor- und Nachsorge sowie die Unterstützung der körperlichen Rückbildung nach einer Schwangerschaft müssen gewährleistet sein.

Die Versorgung mit Kinderärzten, Ärzten und Hebammen muss flächendeckend gesichert sein.

Selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen

Auch für ein selbstbestimmtes Leben im Alter sind eine entsprechende Ärztedichte und die Erreichbarkeit von Ärzten per ÖPNV ein Muss. Darüber hinaus darf es nicht sein, dass ältere Menschen nach und nach von der Außenwelt abgeschnitten werden, weil Busse nicht mehr fahren und sie aus ihrem Ort kaum noch herauskommen. Dementsprechend wollen wir darauf hinwirken, dass der ÖPNV besser auf die Bedürfnisse älterer Menschen gerade auch im ländlichen Raum ausgerichtet wird. Außerdem wollen wir ein Programm zur Förderung des Mehrgenerationenlebens auf dem Land auflegen.

Ein selbstbestimmtes Leben muss auch im Alter möglich sein.

**Kinderrechte in der Verfassung sind ein
Angriff auf Eltern und Familien**

Insbesondere von den linksgrünen Parteien wird das Anliegen verfolgt, sogenannte Kinderrechte in die Landesverfassung zu schreiben. Tatsächlich sind Kinder bereits Grundrechtsträger, und das sollen sie auch sein. Des ungeachtet sind für

FÜR STARKE FAMILIEN IN EINEM KINDERFREUNDLICHEN THÜRINGEN

Kinder sind schon heute Träger von Grundrechten. Die Einführung sogenannter Kindergrundrechte zielt darauf ab, das Erziehungsrecht der Eltern zugunsten einer staatlichen Verfügungsgewalt über unsere Kinder zu untergraben. Das lehnen wir ab.

Minderjährige ihre Eltern verantwortlich, denen nicht nur ein einschlägiges Elternrecht verfassungsrechtlich garantiert, sondern auch eine entsprechende Pflicht zugesprochen wird. Der so konstituierte Auftrag an die Eltern ist der beste Schutz der Kinder auch vor staatlichen Ein- und Übergriffen in die Rechte der Kinder. Nur wenn die Eltern versagen und dadurch das Wohl der Kinder gefährdet ist, hat der Staat das Recht und die Pflicht, einzugreifen. Demgegenüber zielen die sogenannten Kinderrechte in der Verfassung darauf ab, das Elternrecht zugunsten eines staatlichen Bestimmungsrechts über die Kinder zurückzudrängen und in letzter Konsequenz Kinder auch gegen ihre Eltern auszuspielen. Entsprechende politische Absichten traten beispielsweise im Zusammenhang mit der Problematik der Corona-Impfung für Kinder offen zutage. Hier wird bereits propagiert, dass sich Kinder auch gegen den Willen ihrer Eltern sollen impfen oder ihr Geschlecht „ändern“ lassen können. Solchen Bestrebungen, Kinder aus ihren Familien zuerst rechtlich und dann tatsächlich herauszulösen und dem Staat die umfassende Verfügung über die Rechte der Kinder auch gegen den Willen der Eltern anheimzugeben, treten wir mit Entschiedenheit entgegen.

Familienverträglichkeitsprüfung

Eine gute Familienpolitik, welche die Interessen von Familien und Kindern in Thüringen in den Mittelpunkt stellt, setzt voraus, dass alle Gesetze und Verordnungen vor Inkrafttreten einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

KAPITEL 05

Bildung und Erziehung sind die unentbehrlichen Grundlagen für die Entfaltung einer individuellen Persönlichkeit und die Bedingung für ein freies und selbstbestimmtes Leben. Sie sind auch entscheidend für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft eines Landes und tragen dadurch zu dessen Wohlstand maßgeblich bei. Die Altparteien versagen seit Langem auf dem zentralen Feld der Bildungspolitik. Damit gefährden sie Deutschlands und Thüringens Zukunft.

Seit Jahrzehnten wird eine Politik betrieben, die unser Bildungssystem ruiniert hat und die Zukunft der jungen Generationen gefährdet.

Unsere Bildungssubstanz ist stark angegriffen. Eltern stellen immer häufiger fest, dass die Beschulung ihrer Kinder hinter früheren Bildungsstandards zurückbleibt. Unternehmer und Hochschullehrer klagen über die mangelnde Ausbildungs- und Studierfähigkeit der Schulabsolventen. Für die Schüler selbst wird die persönliche Bildungsbiografie immer öfter zur Frustrations- und sogar zur Leidensbiografie. Dieser Trend wurde durch die Schulschließungen während der Corona-Krise erheblich verstärkt.

Obgleich noch nie so viele junge Menschen so lange unsere Schulen und Hochschulen besucht haben wie heute, sind die Bildungsmängel größer denn je.

Ursachen der schulischen Bildungsmisere

Die von immer mehr Menschen auch in Thüringen erlebte Mangellage an den Schulen hat zentrale Ursachen:

Unser Schulsystem leidet an einer Vielzahl unsinniger Bildungsexperimente.

- *Schüler, Eltern und Lehrer werden mit immer neuen Bildungsexperimenten verunsichert, Schulfrieden ist so nicht möglich. Auf eine sinkende Anstrengungsbereitschaft wird mit einer Absenkung der Anforderungen reagiert.*
- *Lehrer werden zu „Lernbegleitern“ degradiert und trauen sich kaum noch, eine natürliche, ordnende Autorität auszubilden, während Schüler sich immer mehr Stoff selbst aneignen sollen und damit oft überfordert sind.*

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

- *Nie fielen so viele Unterrichtsstunden aus wie heutzutage.*
- *Es werden weniger Lehrer eingestellt als den aktiven Schuldienst verlassen.*
- *Immer weniger Schüler besitzen die für die Beschulung in der Klassengemeinschaft notwendige Gruppenfähigkeit.*
- *Immer mehr Schüler, die über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügen, besuchen unsere Schulen.*

Das heißt: Die Schulen als Institution und die Lehrer werden gezwungen, permanent bewährte Methoden über Bord zu werfen. Sie müssen immer mehr erziehen, immer mehr integrieren, mittlerweile auch immer mehr inkludieren. So kommen sie immer weniger zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und lehrbaren Einsichten und Kenntnissen – also von Bildungswissen. Die Defizite der derzeitigen Bildungspolitik ziehen sich dann bis in die Berufsausbildung bzw. bis zur Universität durch alle Bildungsbereiche und potenzieren sich nicht selten im Bildungsgang des jungen Menschen.

Verschärfung der Bildungsmisere durch die Corona-Maßnahmen

Die langen pauschalen Schulschließungen während der Corona-Krise haben die Bildungsmisere vergrößert und neue Probleme wie psychische Schädigungen und Störungen im Sozialverhalten (infolge sozialer Isolation, Übergewichtigkeit durch Bewegungsmangel etc.) geschaffen. Während des verfügbaren Ausnahmezustandes hatten Thüringer Schüler mit Unterbrechungen über Monate hinweg keinen regulären Schulunterricht; das „häusliche Lernen“ per Bildschirm war keineswegs ein angemessener Ersatz des gemeinsamen Unterrichts. Eltern mussten in vielen Fällen wohl oder übel die Rolle des Lehrers in einem Maße einnehmen, das sie oft überforderte.

Die langen Schulschließungen während der Corona-Krise haben die Bildungsmisere vergrößert und Gesundheitsschäden bei Kindern und Jugendlichen verursacht.

Präsenzunterricht in der Schule, das gemeinsame Lernen unter Anleitung des Lehrers und im Verband mit Gleichaltrigen, kann durch Distanzlernen per Bildschirm nicht ersetzt werden. Das (online angeleitete) Lernen zu Hause darf durch den Staat nicht dazu missbraucht werden, seinem Bildungsauftrag nicht mehr nachzukommen. Eine sogenannte Verstetigung des häuslichen Lernens, um dem Lehrermangel zu begegnen, lehnen wir ab.

Für ein differenziertes und gegliedertes Schulsystem

Jedes Kind soll seine Anlagen entsprechend seinen Neigungen optimal entfalten können. Das gegliederte Schulsystem und eine schulartspezifische Lehrerbildung bieten dafür die besten Voraussetzungen. Die Thüringer AfD befürwortet daher ein nach individuellen Begabungen differenziertes Schulsystem. Dabei müssen die Bildungsstandards in allen Schulformen am höchsten Niveau ausgerichtet sein. Das Abitur muss wieder der verlässliche Ausweis der Studierfähigkeit werden, Haupt- und Realschulabschlüsse müssen zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

Wir befürworten ein gegliedertes Schulsystem, das allen Begabungen gerecht werden kann.

Regelschule als Herz des Thüringer Bildungssystems stärken

Die Regelschule soll wieder das Herzstück unseres Bildungssystems werden, damit wir in Thüringen unseren Fachkräftebedarf mit gut qualifizierten und sozial fähigen Bewerbern besser decken können. Der weiteren „Verkopfung“ des Regelschulunterrichts soll entgegengewirkt werden. Stattdessen ist der Anteil an praktischen Unterrichtsinhalten (z. B. Holzbearbeitung, Metallbearbeitung, Elektrotechnik und Haushaltslehre) zu steigern. Außerdem soll eine umfassende Berufsorientierung inklusive unterschiedlicher Praktika, vorrangig in örtlichen Unternehmen, erfolgen. Der Unterricht an der Regelschule muss so gestaltet sein, dass die Schüler eine breit angelegte Grundausbildung erhalten, in der auch die zu Unrecht in Verruf gekommenen Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Sorgfaltsliebe und Ordnungssinn entwickelt werden.

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Die Kopfnoten sind sinnvoll und sollen beibehalten bzw. wieder eingeführt werden.

Wir machen uns für die Vermittlung dieser Tugenden an allen Thüringer Schulen stark. Daher möchten wir die Kopfnoten zumindest für Verhalten, Mitarbeit und Ordnung ab dem zweiten Schuljahr erhalten bzw. flächendeckend wieder einführen.

Gymnasien auf Studierfähigkeit ausrichten

Das Gymnasium soll wieder das Ziel erfüllen, Schüler auf ein Studium vorzubereiten. Unserem Land ist nicht gedient, wenn die Hälfte der Schüler eines Jahrgangs das Gymnasium besucht, ein Teil von ihnen nach dem Abitur aber nicht studierfähig ist – während zugleich Fachkräfte in Ausbildungsberufen fehlen. Dem Akademisierungswahn erteilen wir eine klare Absage!

Kindern die besten Entwicklungsmöglichkeiten garantieren, Förderschulen erhalten

Die Thüringer AfD steht für eine Inklusion mit Augenmaß. Die kopflose Inklusion, wie sie mit dem derzeitigen Schulgesetz forciert wird, ist ein Irrweg, der auf Kosten von Schülern, Lehrern und Eltern beschritten wird. Für uns steht das Wohl der Kinder auch hier im Vordergrund. Daraus folgt, dass Eltern ein Recht auf Beschulung ihres Kindes in einer Förderschule haben müssen.

Wir wollen für jedes Kind, das aufgrund einer Behinderung Lernschwierigkeiten hat, eine angemessene Förderung sicherstellen. Die notwendigen Voraussetzungen dafür – medizinische Versorgung, technische Hilfsmöglichkeiten, Betreuung durch spezifisch ausgebildete Lehrer und bedarfsgerechte Rückzugsmöglichkeiten – sind in Förderschulen grundsätzlich vorhanden. Förderschulen bieten einen bewährten Rahmen für erfolgreiches Lernen und eine gute Vorbereitung auf das gesellschaftliche und berufliche Leben von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderschulen in ganz Thüringen erhalten bleiben und auf kurzen Wegen erreicht werden können.

Für eine Inklusion mit Augenmaß.

Jedes Kind, das aufgrund einer Behinderung Lernschwierigkeiten hat, soll eine angemessene Förderung erhalten. Das Förderschulnetz soll beibehalten und nicht geschwächt werden.

Berufsschulen stärken

Als Reaktion auf sinkende Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen wurde das Berufsschulnetz in Thüringen ausgedünnt. In der Folge hat die Berufsausbildung weiter an Attraktivität verloren, beispielsweise durch längere Wege zu den weniger werdenden Berufsschulen. Wir stellen uns dieser Entwicklung entgegen und wollen das bewährte Berufsschulnetz erhalten. Thüringen braucht gerade im ländlichen Raum ein engmaschiges Netz an Bildungseinrichtungen mit dualen Ausbildungsangeboten.

Wir wollen das bewährte Berufsschulnetz auch und besonders im ländlichen Raum erhalten.

Wir wollen zudem mithilfe eines umfangreichen Maßnahmenkataloges darauf hinwirken, dass mehr junge Menschen den Weg in die (duale) Berufsausbildung beschreiten. Darüber hinaus sollen Handwerks- und Industriemeister durch ein berufsbegleitendes Aufbaustudium nicht nur für den fachpraktischen, sondern auch für den fachtheoretischen Unterricht an Berufsschulen eingesetzt werden können.

Kostenfreie Höhere Berufsbildung und Meisterausbildung

Wir setzen uns für eine kostenfreie Höhere Berufsbildung für Meister, Techniker, Fachwirte und Betriebswirte (Deutscher Qualifikationsrahmen/DQR 6 und DQR 7) ein. Dabei soll berücksichtigt werden, dass die Förderung an einen längerfristigen Verbleib in Thüringen gebunden wird.

Für die Kostenfreiheit der Höheren Berufsbildung von Meistern, Fach- und Betriebswirten.

Ganztagsschulen als offene Ganztagsschulen erhalten

Die Thüringer AfD lehnt den Ausbau von verpflichtenden („gebundenen“) Ganztagsschulen ab, da diese unangemessen tief in das Entscheidungsrecht der Eltern eingreifen und nur zu einer weiteren Verschulung und Verwaltung der Kindheit führen. Ganztagsschule, das bedeutet praktisch mehr Betreuung, aber nicht mehr Unterricht. Es ist zu befürchten, dass dann Freizeit- und Vereinsaktivitäten zu kurz kommen. Wir befürworten das System der Halbtagschulen mit freiwilliger Nachmittagsbetreuung („offene Ganztagsschulen“).

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

*Für eine wohnortnahe
Beschulung auch im
ländlichen Raum.*

Wohnortnahe Beschulung gewährleisten

Die Regelung von Mindestschülerzahlen für Schulen muss flexibel gehandhabt werden, damit kleine Schulen möglichst erhalten bleiben und eine wohnortnahe Beschulung gerade auch im ländlichen Raum gewährleistet ist.

Freie und staatliche Schulen finanziell gleichstellen

Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Qualität und die Vielfalt unserer Bildungslandschaft. Daher setzen wir uns für eine gute personelle Perspektive und die auskömmliche Finanzierung der freien Schulen ein. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Gehälter für Lehrer an freien Schulen denjenigen der Lehrer an staatlichen Schulen entsprechen können, ohne dass unangemessene Elternbeiträge erhoben werden müssen. Der Besuch einer freien Schule muss auch Kindern einkommensschwacher Eltern möglich sein.

Politische Neutralität an Schulen gewährleisten

Das Grundgesetz, die Verfassung des Freistaates Thüringen und das Thüringer Schulgesetz schreiben die weltanschauliche und politische Neutralität des Schulunterrichtes fest. Der sogenannte Beutelsbacher Konsens konkretisiert Orientierungspunkte für eine politisch neutrale Unterrichtsgestaltung. Dabei geht es darum, Positionen und Themen, die in Wissenschaft, Gesellschaft oder Politik kontrovers sind, auch in der Schule so zu behandeln. Unzulässig sind demnach eine einseitige politische Indoktrination und Einflussnahmen, durch die bestimmte politische Auffassungen oder Parteien verächtlich gemacht oder unsachlich diskutiert werden. Unstatthaft ist ferner der Aufbau von Meinungsdruck, der auf Ausgrenzung und Diskriminierung bestimmter Auffassungen hinwirken soll. Verstöße des Schulpersonals gegen das Neutralitätsgebot sind zu ahnden.

*Die Schule darf
nicht zur politischen
Indoktrination und
Einflussnahme miss-
braucht werden.*

**Keine politisch motivierten Schulprogramme
oder Maßnahmen**

Politisch motivierte Programme haben an den Schulen nichts verloren. Thüringen braucht weder einen „Bildungsplan bis 18 Jahre“ noch die damit in Verbindung stehenden ideologischen Gesinnungsanleitungen in Form von Schulungen der Lehrkräfte.

Keine Gendersprache an Thüringer Schulen

Unter dem Deckmantel angeblicher Diskriminierung und unter der Annahme, das Geschlecht sei ein „soziales Konstrukt“, das beliebig gewechselt werden könne, werden an Thüringer Schulen zunehmend Lehr- und Lernmittel in sogenannter „gendergerechter“ Sprache eingesetzt. Entsprechende Texte benutzen nicht nur oft grammatikalisch falsche Formulierungen, sie erschweren den Schülern aufgrund ihrer gekünstelten Ausdrucksweise auch das Lernen. Wir lehnen die Genderideologie ab und wollen den Gebrauch von Gendersprache an Thüringer Schulen untersagen.

*Die „Gendersprache“
hat an der Schule
nichts zu suchen.*

Kein Islamunterricht an Thüringer Schulen

Nach Überzeugung der AfD ist der politische Islam mit zentralen Regeln eines säkularen Verfassungsstaates nicht vereinbar. Solange die erforderlichen Abgrenzungsfragen nicht geklärt sind, lehnt die Thüringer AfD Islamunterricht an unseren Schulen ab.

**Altersgerechter Sexualkundeunterricht
statt Frühsexualisierung**

Sexuelle Aufklärung muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklung der Kinder im Einklang stehen und gehört deswegen nicht in den Kindergarten oder die Grundschule, sondern in die Zeit der Pubertät.

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Die Sexualaufklärung an Schulen soll ausschließlich durch Lehrer erfolgen.

Die Sexualaufklärung in der Schule soll ausschließlich durch Lehrer erfolgen, sie darf nicht durch Dritte und innerhalb von „Projekten“ durchgeführt werden. Im Bereich der Sexualpädagogik muss vonseiten der Schule ein lebensbejahendes Konzept vertreten werden, welches das Ja zum eigenen Kind als etwas Natürliches sowie als Teil und Bereicherung der eigenen Persönlichkeit begreift und vermittelt.

Leistungsprinzip zur Geltung bringen

Kinder brauchen eine klare Rückmeldung über die Qualität der von ihnen erbrachten Leistungen. Die Bewertung von Leistungen mittels Schulnoten ermöglicht eine begründete Selbsteinschätzung der Schüler und stellt eine gut vergleichbare Aussage über ihr Können und ihre Fertigkeiten dar. Wir wollen daher die Beibehaltung bzw. verbindliche Wiedereinführung des bewährten Benotungssystems ab der zweiten Klasse.

Derzeit ist es in Thüringen nicht möglich, in jeder Stufe die Klasse zu wiederholen. Nach unserer Auffassung soll eine Wiederholung in jeder Klassenstufe möglich sein. So kann angemessen mit dem individuellen Leistungsstand und der individuellen Entwicklung von Schülern umgegangen werden, wenn sie überfordert sind. Klassenwiederholungen sind kein Stigma, sondern ein sinnvoller Bestandteil des Schulsystems, der betroffenen Schülern die Chance eröffnet, einen erfolgreichen Entwicklungsweg zu finden.

Das Leistungsprinzip muss durchgängig und transparent in allen Klassenstufen angewandt werden. Die Gewährung eines Nachteilsausgleichs bei Kindern mit Förderbedarf darf nicht die tatsächliche individuelle Förderung des Schülers ersetzen, weshalb ein Nachteilsausgleich im Zeugnis vermerkt werden muss.

Schulnoten ermöglichen eine klare Rückmeldung über schulische Leistungen und sind grundsätzlich ab der zweiten Klasse beizubehalten.

Die Besondere Leistungsfeststellung (BLF) in der 10. Klasse der Gymnasien muss beibehalten werden, da sie den Schülern eine wichtige Rückmeldung über ihren Leistungsstand gibt und ihnen zeigt, wie sie mit einer Prüfungssituation zurechtkommen. Die Thüringer AfD tritt dafür ein, dass die BLF als Realschulabschluss qualifiziert wird.

Für die Beibehaltung der BLF (Besondere Leistungsfeststellung).

Echte Lehrpläne statt bloße Leerpläne erstellen

In den 1990er-Jahren stellte Thüringen als einer der ersten Bundesländer die Lehrpläne über alle Klassenstufen und Schulformen hinweg auf den „kompetenzorientierten Unterricht“ um. Seither ist der Unterricht weniger auf das Fachwissen als vielmehr auf die wissensbasierten Fähigkeiten der Schüler ausgerichtet.

Wir wollen die Lehrpläne überarbeiten: In allen Fächern sollen einheitliche und verbindliche inhaltliche Anforderungen festgelegt werden.

Rechtschreibfähigkeit stärken – Schreibschrift verbindlich unterrichten

Ziel des Grundschulunterrichts muss es insbesondere sein, Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen. Die Methode „Lesen durch Schreiben“ und daraus abgeleitete Methoden, die nachweislich überdurchschnittlich oft zu dauerhaften Problemen bei der Rechtschreibung führen, lehnen wir ab. Konzepte dieser Art gefährden vor allem leistungsschwache oder Dialekt sprechende Schüler, die aufgrund der Methodik Schwierigkeiten haben, sich eine orthografisch korrekte Schreibweise anzueignen. Dagegen profitieren Kinder in der Regel von der Anwendung einer modernen Fibelmethode.

„Lesen durch Schreiben“ erschwert das Erlernen der Schriftsprache. Diese Methode ist abzulehnen.

Wegen fehlender Vorschriften im Lehrplan kann für Thüringer Schulen derzeit nicht sichergestellt werden, dass Kinder in ausreichender Weise eine Schreibschrift erlernen, obwohl das

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

*Auf das Erlernen
der Schreibschrift
soll nicht verzichtet
werden. Digitale
Endgeräte sollen an
Grundschulen noch
nicht eingesetzt
werden.*

Erlernen und das Beherrschen einer Schreibschrift nachweislich die Sorgfaltsliebe, die Gedächtnisleistung und die Sprachkreativität fördern.

Der zu frühe Gebrauch von digitalen Endgeräten behindert den Erwerb der gebundenen Handschrift zusätzlich. Digitale Endgeräte sollen deswegen an Grundschulen nicht eingesetzt werden.

Schulsanierung und -ausstattung priorisieren

Unsere Kinder müssen sich dort, wo sie sich auf Unterrichtsinhalte konzentrieren sollen, wohlfühlen. Daher ist es für uns untragbar, wenn bei Schulgebäuden und Schulausrüstung thüringenweit ein Sanierungsstau in Milliardenhöhe besteht. Das Land muss die Kommunen und die Schulträger so ausstatten, dass diese die Schulgebäude unbürokratisch in einen angemessenen Zustand versetzen und die Schulausstattung aktuell und zeitgemäß erhalten können.

Vorschaltklassen für Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse verpflichtend machen

Da der reguläre Unterricht nicht der richtige Ort ist, um ausländischen Kindern ausreichende Deutschkenntnisse zu vermitteln, wollen wir Vorschaltklassen und eine verbindliche Leistungsüberprüfung einrichten. Nur wer über die sprachliche Befähigung verfügt, soll in einer regulären Schulklasse oder in einer Berufsschule beschult werden. Weiterhin muss die Altersstruktur in den Klassen der Grund- und Sekundarschulen beachtet werden.

Gegen Gewalt an Schulen entschieden vorgehen

Die Schule ist ein Ort des Lernens. Daher muss gegen Gewalt und destruktives Verhalten – egal ob sich diese gegen Schüler, Lehrer oder Sachen richten – schnell und effektiv vorgegangen werden können. Schulbehörden und Lehrer brauchen ein

*Der Sanierungsstau an
unseren Schulen muss
überwunden werden.
Unsere Kinder haben
intakte und zeit-
gemäße Schulgebäude
verdient.*

*Nur wer die
Unterrichtssprache
Deutsch beherrscht,
soll am regulären
Unterricht teilnehmen.
Daher brauchen wir
Vorschaltklassen, in
denen Deutsch gelernt
werden kann.*

Instrumentarium, um entsprechender Problemlagen ohne überbordenden bürokratischen Aufwand zügig Herr werden zu können. Der Anspruch einer Gruppe auf die Durchführung eines ungestörten Unterrichts muss grundsätzlich ein höheres Gewicht haben als die Beschulung eines einzelnen Schülers.

Hochbegabte fördern

Die Thüringer Spezialgymnasien bieten beste Voraussetzungen für Schüler mit spezifischen Begabungen. Die AfD bekennt sich zum Erhalt und zum weiteren angemessenen Ausbau der drei Thüringer Sportgymnasien in Oberhof, Erfurt und Jena sowie des Sprachen- und des Musikgymnasiums in Schnepfenthal bzw. Weimar. Der Besuch dieser Schulen muss allen einschlägig begabten Schülern ermöglicht werden. Individuelle Fördermöglichkeiten für Hochbegabte sollten darüber hinaus an jeder Schule verfügbar sein.

Wir bekennen uns zum Erhalt der Thüringer Spezialschulen.

Digitale Medien didaktisch und pädagogisch sinnvoll nutzen

Der Umgang mit digitalen Medien in der Schule muss in die Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Leben in einer „digitalen Gesellschaft“ eingebettet sein. Schüler sollen befähigt werden, mit den modernen Medien sinnvoll umgehen zu können. Dabei ist auch über die Risiken des Medienkonsums (z. B. Zunahme von Suchtverhalten, Kurzsichtigkeit, Bewegungs- oder Empathiemangel) und über die Problematik von Datensicherheit und Datenschutz aufzuklären.

Die Digitalisierung des Unterrichts muss mit Augenmaß erfolgen. Lehrer bleiben auch in Zeiten der Digitalisierung für die Schule unersetzlich.

Wir brauchen eine Digitalisierung mit Augenmaß. Alle Bestrebungen, den Unterricht im Ganzen zu digitalisieren und die Lehrkraft durch das Medium zu ersetzen, lehnen wir ab.

Der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) an den Schulen

Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz haben leistungsfähige und allgemein zugängliche Programme (wie etwa ChatGPT) hervorgebracht, die imstande

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Der Einsatz Künstlicher Intelligenz macht vor Schulen keinen Halt. Die Schulen müssen einen vernünftigen Umgang mit den neuen technischen Instrumenten anstreben.

sind, nicht nur selbstständig Texte aller Art zu schreiben, sondern beispielsweise auch thematische Zusammenhänge zu erklären. Wegen dieser Fähigkeiten benutzen Schüler inzwischen diese Programme für ihre Schularbeiten; und es liegt auf der Hand, dass die Möglichkeiten einer derartigen Künstlichen Intelligenz tiefgreifende Auswirkungen auf unser Verständnis von Bildung und auf die Praxis von Schule und Hochschule haben werden.

Die AfD Thüringen ist überzeugt, dass sich die entsprechende Entwicklung nicht aufhalten lässt, dass sie sowohl positive als auch negative Folgen für die Schule mit sich bringt und dass ein Verbot der Nutzung Künstlicher Intelligenz weltfremd wäre. Es kommt darauf an, im Rahmen des Schulunterrichts einen vernünftigen Umgang mit den entsprechenden Programmen zu finden. Dazu gehört insbesondere, dass sich die Schüler und die Lehrer auch kritisch mit den Möglichkeiten ebenso wie mit den Grenzen Künstlicher Intelligenz auseinandersetzen.

Gesunde, saisonale, regionale Schulspeisung ermöglichen

Eine ausgewogene Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für die Gesundheit und damit auch für den schulischen Erfolg der Heranwachsenden. Die AfD Thüringen will daher verbindliche Qualitätsstandards für die Thüringer Schulen erarbeiten, um allen Schülern ein reichhaltiges und gesundes Mittagessen garantieren zu können, das nach den Prinzipien der Saisonalität und Regionalität zubereitet ist.

Bedarf an Lehrern und tatsächlichen Unterrichtsausfall realistisch ermitteln

Wir fordern eine realistische Ermittlung des Lehrerbedarfs in Thüringen. Die Bedarfsermittlung muss transparent, ohne statistische Manipulation und unter Einbeziehung aller relevanten Akteure durchgeführt werden. Auch diejenigen Lehrer, die sich derzeit auf einem Dienstposten befinden, der nicht der

Absicherung des Unterrichts dient, etwa in einer Abordnung, müssen in die Berechnung des Ersatzbedarfs an den Schulen einbezogen und entsprechend ersetzt werden. Ebenso soll die Aufnahme von langzeiterkrankten Lehrern in die Statistik erfolgen. Alle Formen des nicht planmäßig erteilten Unterrichts führen zu einer Minderung der Bildungsqualität. Deshalb müssen sie getrennt erfasst und offen kommuniziert werden. Es ist nicht nur notwendig, den ersatzlosen Unterrichtsausfall zu vermeiden, sondern jede Form des nicht planmäßig erteilten („Ersatz“-) Unterrichts, da durch diesen sehr oft die vorgesehenen Inhalte nicht vermittelt werden.

Lehrer entlasten

Abgesehen von einer verfehlten Personalpolitik früherer Landesregierungen, besteht eine Ursache für den Lehrermangel in der sinkenden Attraktivität des Berufs. Zwar wird seit einigen Jahren darauf gesetzt, durch bessere Bezahlung und durch Verbeamtung mehr Bewerber zu gewinnen. Das reicht aber bei Weitem nicht aus. Es geht darum, die Lehrer zu entlasten, anstatt sie mit immer neuen Aufgaben zu belasten. Die Vermehrung bürokratischer Pflichten, die Beschulung von Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse oder von solchen mit vielfältigem Förderbedarf zehren an den Kräften und stehen der Erreichung der Unterrichtsziele im Wege. Flächendeckend sollen Schulverwaltungsassistenten die Lehrer von bürokratischen Routineaufgaben entlasten.

Die Lehrer müssen entlastet werden. Daher fordern wir zum Beispiel den flächen-deckenden Einsatz von Schulverwaltungs-assistenten.

Dem Lehrermangel entgegenwirken

Die Forderung der Thüringer AfD, Lehrern, die bereit sind, im ländlichen Raum eine Tätigkeit aufzunehmen oder Mangel-fächer zu unterrichten, eine Zulage zu zahlen, wurde inzwischen aufgegriffen und wird realisiert. Doch es bleibt noch viel zu tun. Der Bewerbungsprozess für Lehrer muss weiter gestrafft werden, auch damit Thüringer Bewerber nicht in andere Bundesländer abwandern. Erforderlich sind eine Ausweitung

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Die Bewerbungsverfahren für Lehrer müssen bewerberfreundlicher und schneller werden. Wir befürworten die Einrichtung eines Stipendiums für Lehramtsstudenten, die sich verpflichten, längere Zeit in Thüringen zu unterrichten.

Für die Gründung einer Pädagogischen Hochschule zur Aufwertung der Lehrerbildung.

des Studienplatzangebotes für das Lehramtsstudium in Thüringen sowie eine „Landeskinderquote“. Zudem sollte es ein Stipendium für solche Studenten geben, die sich verpflichten, für eine längere Zeit in einer zugewiesenen Thüringer Schule zu unterrichten.

Die Thüringer AfD setzt sich für die Gründung einer Pädagogischen Hochschule für die Lehreraus- und -weiterbildung für Grund- und Regelschullehrer in Thüringen ein. Eine Pädagogische Hochschule bietet die Möglichkeit, Theorie und Praxis geeigneter zu verknüpfen und ein Studienangebot zu schaffen, das die angehenden Lehrer besser auf den schulischen Alltag vorbereitet. Zudem kann sie als zentraler Ort für die Qualifizierung von Seiteneinsteigern, die Ausbildung von Berufsschullehrern und die Fort- und Weiterbildung von Erziehern zu Grundschullehrern dienen.

Seiteneinsteiger können für die Absicherung des Unterrichts an weiterführenden Schulen eingestellt werden. Die Förderung entsprechender Weiterbildungsstudiengänge ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Horterzieher sollen die Möglichkeit bekommen, bereits im Rahmen der Erzieherausbildung oder durch ein berufsbegleitendes Aufbaustudium die Lehrbefähigung für maximal zwei Unterrichtsfächer (außer in den Schwerpunktfächern Deutsch und Mathematik) im Grundschulbereich zu erlangen.

Hochschulen stärken

Deutschland kann auf eine bedeutende Wissenschaftstradition von internationalem Rang blicken, an der auch Thüringen mit seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen wichtigen Anteil hat. Zu Recht wird immer wieder darauf hingewiesen, dass gerade ein rohstoffarmes Land wie Deutschland in besonderer Weise auf Bildung und Wissenschaft angewiesen

ist, um sich nicht zuletzt im wirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Thüringer Hochschulen zu stärken.

Die Freiheit der Wissenschaft verteidigen – linke Identitätspolitik an Hochschulen beenden

Mit großer Sorge betrachten wir den auch in Thüringer Hochschulen eingedrungenen Trend einer Politisierung wissenschaftlicher Forschung und Lehre durch eine linke Identitätspolitik.

Unter dem Vorwand, Diskriminierung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit abbauen zu wollen, diffamieren seit einigen Jahren Aktivisten einer linken Identitätspolitik Geschichte, Kultur, Traditionen, Institutionen und das Selbstverständnis unserer Gesellschaft und greifen diese Gesellschaft und ihre Lebensform frontal an. Als vermeintliche Opfer angeblich ungerechter Strukturen werden vor allem Frauen, „LGBTQI-Personen“, Muslime, Schwarze und andere „People of Color“ von diesen Aktivisten inszeniert.

Statt diesen Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre abzuweisen, beugen sich Leitungsgremien der Hochschulen in besorgniserregender Art und Weise immer wieder dem Druck dieser radikalen Aktivisten, während sich die rot-rot-grüne Landesregierung die Agenda der linken Identitätspolitik schon längst zu eigen gemacht hat.

Die AfD Thüringen will der linken Identitätspolitik den politischen Rückhalt entziehen und die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Lehre und Forschung wieder durchsetzen.

Freiheit von Forschung und Lehre sicherstellen, Politisierung und Ideologisierung von Wissenschaft und Hochschule entgegenwirken.

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Abschaffung der „Gender-Forschung“

Ideologie steht auch hinter der politischen Förderung bestimmter Fächer wie etwa der „Genderforschung“. Wir fordern die Abschaffung dieser Pseudowissenschaft an den Thüringer Hochschulen.

Keine Zwangsmitgliedschaft für Studenten in der „Studierendenschaft“

Obgleich die Organe der verfassten „Studierendenschaften“ wie der „Studierendenrat“ regelmäßig nur von einem Bruchteil der Studenten gewählt werden, dominieren diese das (hochschul-) politische Klima. Dabei untergraben sie nicht nur die Meinungsfreiheit, sondern sie finanzieren regelmäßig einseitig links ausgerichtete politische Veranstaltungen, arbeiten mit linksextremen Gruppierungen zusammen und missbrauchen so ihre institutionelle Position zur Umgestaltung von Hochschule und Gesellschaft. Daher soll die Zwangsmitgliedschaft aller Studenten in diesen Organisationen abgeschafft werden.

Stärkung der Hochschulautonomie und der studentischen Eigenverantwortung

Im Sinne des Humboldt'schen Bildungsideals wollen wir die Autonomie der Thüringer Hochschulen und die Eigenverantwortung der Studenten stärken.

Auskömmliche Grundfinanzierung sicherstellen

Unsere Hochschulen brauchen Planungssicherheit und Freiräume zur Entwicklung ihrer Profile. Daher sind sie in ihrer Grundfinanzierung und bei bedarfsabhängigen Mitteln auskömmlich auszustatten.

Die Zwangsmitgliedschaft von Studenten in der „Studierendenschaft“ ihrer Hochschule ist abzuschaffen.

Die Autonomie der Thüringer Hochschulen soll gestärkt werden, sie sind auskömmlich mit Finanzmitteln auszustatten.

Bürokratische Belastungen abbauen

Steigende bürokratische Belastungen und Managementanforderungen beengen die Freiräume der Hochschulen. Das kostspielige Akkreditierungswesen stellt eine solche Beengung ebenso dar wie die verwaltungstechnischen Folgen der modularisierten Bachelor- und Masterstudiengänge. Die AfD Thüringen setzt sich für die Abschaffung des Akkreditierungsverfahrens ein.

Die Verschulung der Hochschulen rückgängig machen

Wir wollen dem Prozess der Verschulung, der durch die Bologna-Reformen eingeleitet wurde, entgegenwirken. Das selbstbestimmte Studium ist unser Leitbild einer Hochschul(aus)bildung. Gelebte Eigenverantwortung und gründliche Bildung bereiten zudem besser auf das Wirtschaftsleben vor.

Dementsprechend wollen wir es ermöglichen, dass die Hochschulen zu den bewährten Diplom- und Magisterstudiengängen zurückkehren können und Studenten die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welchen Abschluss sie anstreben.

Der Verschulung der Hochschulen soll entgegengewirkt werden. Eine Rückkehr zu den bewährten Abschlüssen (Diplom, Magister) soll möglich sein.

Deutsch als Wissenschaftssprache fördern

Ohne die Bedeutung des Englischen als „Lingua franca“ der internationalen Wissenschaft in Abrede zu stellen, wollen wir Deutsch als Lehr- und Wissenschaftssprache fördern. Das Deutsche darf nicht vom Englischen an Thüringer Hochschulen verdrängt werden.

FÜR ZUKUNFTSSICHERNDE BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einführen

Der Anteil der Nicht-EU-Ausländer an der Gesamtzahl der Studenten liegt in Thüringen bei durchschnittlich 35 Prozent, in manchen Studiengängen sogar bei 70 Prozent. Oft sind es besonders kostenintensive Studiengänge, die dabei nachgefragt sind. Angesichts der Tatsache, dass ausländische Studenten eine hohe Studienabbrecherquote aufweisen und viele von ihnen Thüringen nach dem Studium den Rücken kehren, halten wir es für angemessen, Nicht-EU-Ausländer durch die Einführung von Studiengebühren an den Kosten des Studiums zu beteiligen. Diese Maßnahme würde auch zu Mehreinnahmen unserer Hochschulen in Millionenhöhe führen. Die Gelder könnten für die Verbesserung von Forschung und Lehre genutzt werden.

*Nicht-EU-Ausländer
sollen durch Einfüh-
rung einer Studien-
gebühr an den Kosten
des Studiums beteiligt
werden.*

FÜR EINE PATRIOTISCHE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die AfD Thüringen vertritt eine patriotische und soziale Marktwirtschaft, die allen Bürgern und dem Landeswohl dient. Trotz einer jahrzehntelangen Erfolgsgeschichte der sozialen Marktwirtschaft sieht sich Thüringen mit Herausforderungen durch eine zunehmend dirigistische Politik der Landesregierung wie auch auf Bundes- und EU-Ebene konfrontiert. Diese Politik schadet kleinen und mittleren Unternehmen, treibt Firmen ins Ausland und führt zu einer schrittweisen Deindustrialisierung und Demodernisierung. In wichtigen Wirtschaftssektoren hat eine Kommandowirtschaft die soziale Marktwirtschaft bereits abgelöst. Die Folge hiervon ist ein allgemeiner Wohlstandsverlust.

Durch die Politik der letzten Jahre wurde in wichtigen Wirtschaftsbereichen die soziale Marktwirtschaft bereits durch eine Kommandowirtschaft abgelöst. Die Folge ist Wohlstandsverlust. Dem stellen wir uns entgegen.

Wohlstand basiert nicht auf staatlicher Planung, sondern auf persönlicher Leistung, Eigeninitiative, klugen Investitionen und kreativen Innovationen, die auf Privateigentum gründen. Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, diese Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft wieder zu stärken. Der Staat muss dazu unterstützende Rahmenbedingungen bieten, ohne zu bevormunden oder sich in Planwirtschaft zu verstricken.

Unsere Wirtschaftspolitik konzentriert sich darauf, optimale Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen, die das Fundament der thüringischen Wirtschaft bilden.

Wir wollen optimale Bedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen.

Echte Entlastung durch Bürokratieabbau und Steuersenkungen

Die aktuelle Belastung von Unternehmen und Selbstständigen durch Bürokratie sowie hohe Steuern und Abgaben ist beispiellos. Dies führt zur Lähmung des Wirtschaftslebens und zur Abwanderung von Unternehmen. Die Thüringer AfD vertritt die Position: Um die Leistungsträger des Landes spürbar zu entlasten, sind weniger Staatseingriffe, Subventionswirtschaft, Steuern, Abgaben und Bürokratie, dafür größere Spielräume für die unternehmerische Freiheit erforderlich.

Wir brauchen weniger Staatseingriffe, weniger Bürokratie, weniger Steuern und Abgaben, aber eine wirksame Entlastung der Leistungsträger.

FÜR EINE PATRIOTISCHE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Unsinnige Regelungen und Verwaltungsvorschriften wollen wir überprüfen und beseitigen. Ein Beispiel ist die Streichung vergabefremder Kriterien aus dem Thüringer Vergabegesetz. Wir schlagen ferner vor, neu beschlossene Gesetze mit einem „Ablaufdatum“ zu versehen, um ihre Praktikabilität regelmäßig zu evaluieren und unnötige Bürokratie zu vermeiden.

Die Vereinfachung des komplexen Systems der Förderrichtlinien steht ebenfalls in unserem Fokus. Die über 100 Thüringer Förderrichtlinien, die von mehr als 20 staatlichen Bewilligungsstellen verwaltet werden, wollen wir reduzieren und entideologisieren. Förderprogramme für Wirtschaft und Innovation sollten beispielsweise bei der Thüringer Aufbaubank (TAB) zentralisiert werden. Dies steigert Transparenz und Effizienz. Ein Kernanliegen der Thüringer AfD sind die Reduktion der Steuer- und Abgabenlast sowie die Vereinfachung des Steuerrechts. Wir lehnen ideologisch motivierte Steuern wie die CO₂-Steuer ab und treten für eine deutliche Senkung des regulären Mehrwertsteuersatzes ein. Ebenso fordern wir reduzierte Mehrwertsteuersätze für Energie und Lebensmittel.

Die Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben sehen wir als einen Schlüssel zum Bürokratieabbau. Die Etablierung zentraler, niederschwelliger Online-Anlaufstellen für Bürger und Unternehmen zur Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen ist hierbei essenziell. Dafür müssen sowohl die gesetzlichen als auch die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden, einschließlich flächendeckender, schneller und stabiler Internetverbindungen in ganz Thüringen.

Auf Bundes- und EU-Ebene wird die AfD Thüringen für erhebliche Vereinfachungen im Beihilfe- und Vergaberecht sowie im Zertifizierungswesen eintreten. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die für Unternehmen mit großem Aufwand und Kosten verbunden ist, betrachten wir als verfehlt.

Die Steuer- und Abgabenlast ist zu reduzieren. Ideologisch motivierte Steuern müssen abgeschafft werden.

Digitalisierung ist ein Schlüssel zum Bürokratieabbau. Die Voraussetzungen hierfür sind flächendeckend zu schaffen.

Keine Bevormundung von Unternehmen

Die Thüringer AfD strebt an, die oft ideologisch begründete Regelungswut und Verbotskultur, welche die Wirtschaftspolitik der Altparteien prägen, zu beenden. Unternehmen benötigen Freiheit und Planungssicherheit statt staatlicher Bevormundung. Landeshoheitliche Regelungen, die sich negativ auf die Wirtschaft auswirken und sich als Angriff auf unseren Wohlstand erweisen, sollen reformiert oder, wie das Thüringer Klimagesetz, gänzlich abgeschafft werden.

Unternehmen benötigen Freiheit und Planungssicherheit statt staatlicher Bevormundung.

Wir setzen uns für eine Politik der Technologieoffenheit ein, bei der sich die besten Produkte und Innovationen am Markt durchsetzen können, ohne staatliche Bevorzugung spezifischer Technologien. Dazu gehören die Unterstützung und die Förderung junger, innovativer Unternehmen, die neue Ideen in Produkte umsetzen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung.

Ideologische Vorgaben, die zu unternehmensfremden Kosten und Auflagen führen, lehnen wir ab. Unser Ziel ist es, dass Unternehmen und Selbstständige frei von ständig neuen staatlichen Eingriffen wirtschaften können.

Betriebsgründungen und Unternehmensnachfolgen erleichtern

Um Thüringens Wirtschaft zukunftsfest zu machen, müssen wir die Bedingungen für Betriebsgründer und Unternehmensnachfolger verbessern. Wir unterstützen eine Gründerprämie von bis zu 20.000 Euro, um die Neugründung oder die Unternehmensübernahme, beispielsweise für junge Meister, zu erleichtern.

Bedingungen für Betriebsgründer und Unternehmensnachfolger verbessern. Wir befürworten daher auch eine Gründerprämie.

Die AfD Thüringen plant, Gründerzentren auszubauen, Freiräume für Jungunternehmer zu schaffen und eine dynamische Start-up-Szene zu fördern.

FÜR EINE PATRIOTISCHE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Fach- und Arbeitskräftesicherung ohne Masseneinwanderung

Deutschland erlebt trotz millionenfacher Einwanderung einen Fach- und Arbeitskräftemangel. Dies offenbart das Scheitern des Konzepts der Arbeitskräftegewinnung durch ungesteuerte Masseneinwanderung. Seit Jahren erleben wir anstatt einer Einwanderung von Fachkräften vor allem eine Einwanderung in die Sozialleistungssysteme. Die Thüringer AfD strebt einen anderen Ansatz an: Wir wollen zuerst die inländischen Personalressourcen mobilisieren. In konkreten Bedarfsfällen soll auch auf gezielte Zuwanderung hochqualifizierter, integrationswilliger Personen mit deutschen Sprachkenntnissen gesetzt werden.

Die AfD Thüringen schlägt zudem vor, die Ungleichbehandlung zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung zu beenden, indem beispielsweise die Meisterausbildung und die der Höheren Berufsbildung kostenfrei wird.

Gleichzeitig gilt es, die Abwanderung junger Fachkräfte aus Thüringen zu stoppen. Dies erreichen wir, indem wir die steuerliche Belastung der Leistungsträger verringern, um Hochqualifizierte in Thüringen zu halten. Der Abbau von Bürokratie und eine effektive Digitalisierung sollen Arbeitskräfte in Verwaltung und Unternehmen entlasten bzw. für andere Bereiche verfügbar machen. Die Beendigung der Masseneinwanderung würde ebenfalls Arbeitskräfte aus Migrationsverwaltung und -betreuung für den produktiven Arbeitsmarkt freisetzen.

Unsere Vision für eine sozialstaatliche Arbeitsmarktpolitik beinhaltet eine Ausrichtung auf die Aktivierung vorhandener Potenziale und die Belohnung von Leistung. Aktuelle Politikansätze, die Leistungsträger belasten und Nichtbeschäftigung fördern, wie das Bürgergeld der Ampelregierung, lehnen wir ab.

Wir wollen die inländischen Personalressourcen mobilisieren. Unkontrollierte Masseneinwanderung ist dagegen kein Rezept zur Überwindung des Fach- und Arbeitskräftemangels.

Der Abwanderung von jungen Fachkräften ist entgegenzuwirken: mit Steuerentlastungen und Bürokratieabbau.

Stattdessen fordern wir eine „aktivierende Grundsicherung“, die Arbeit gegenüber Nichtarbeit deutlich bevorzugt und das Lohnabstandsgebot wahrt. Arbeit soll sich immer lohnen.

Eine robuste Wirtschaft durch stabile Preise, eine starke Währung und vitale Strukturen

Hohe Inflationsraten und Preisanstiege seit 2021 belasten Bürger und Wirtschaft. Diese Entwicklung hat vorwiegend politische Ursachen: Die „Eurorettungspolitik“ und die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) tragen zur Inflations- und Hochpreiskrise bei. In Deutschland verschärfen die sogenannte Energiewende und die Sanktionspolitik gegenüber Russland die Situation, indem sie zu exorbitanten Energiepreisen führen, die wiederum Preissteigerungen in anderen Bereichen nach sich ziehen. Noch immer leidet die Wirtschaft zudem darunter, dass durch die Corona-Maßnahmen zahlreiche fragile Liefer- und Produktionsketten unterbrochen wurden. Das hatte Versorgungsprobleme und Preissteigerungen etwa bei Baustoffen und Vorprodukten zur Folge.

„Energiewende“ und Sanktionspolitik treiben die Preise.

Eine tiefere Ursache für die Zerrüttung in Produktion und Handel ist eine einseitig auf Globalisierung ausgerichtete, heimatvergesene Außenhandelspolitik, die die negativen Folgen ökonomischer Abhängigkeiten ignoriert, wie etwa bei Energielieferungen oder Medikamenten. Die AfD Thüringen strebt an, systemrelevante Branchen zurückzuholen, um unabhängiger von globalen Preisschwankungen und externen Einflüssen zu werden. Heimische Unternehmen sollen durch kürzere Transportwege und Clusterbildung stärker profitieren.

Es muss ein Ziel der Wirtschaftspolitik sein, unsere Abhängigkeit in systemrelevanten Branchen zu verringern, anstatt zu vergrößern.

Um die Preissteigerungen zu stoppen und zu senken, fordern wir das Ende der Energiewende und der Sanktionspolitik gegen Russland sowie eine Neuausrichtung der EZB-Geldpolitik. Wir setzen uns für stabile Preise und eine widerstandsfähige heimische Wirtschaft ein.

FÜR EINE PATRIOTISCHE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen

In Deutschland ist die Lohnentwicklung seit Jahren von der Produktivität entkoppelt. Für uns gilt: Wer zum volkswirtschaftlichen Wachstum beiträgt, soll auch davon profitieren. Angemessene Lohn- und Gehaltszahlungen werden dadurch möglich, dass die finanziellen Spielräume der Unternehmen wieder größer werden. Zu erreichen ist dies durch Steuer- und Abgabensenkungen sowie Bürokratieabbau. So sollen Unternehmen befähigt werden, im Sinne der sozialen Marktwirtschaft angemessene, real steigende Löhne und Gehälter zu zahlen.

Bargeld ist Freiheit

Der von den Altparteien angestrebte rein digitale Zahlungsverkehr ermöglicht die Totalüberwachung aller finanziellen Handlungen bis hin zur Taschengeldzahlung von Eltern an ihre Kinder sowie die Enteignung von Kontoinhabern auf Knopfdruck. Demgegenüber bedeutet Bargeld immer auch Freiheit und Unabhängigkeit. Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht. Wir lehnen auch einen von der EZB zentral herausgegebenen digitalen Euro ab, der ein Einfallstor für die Abschaffung des Bargelds ist.

Künstliche Intelligenz als Wirtschaftsfaktor

Die AfD Thüringen ist überzeugt, dass sich Künstliche Intelligenz (KI) in vielen Lebens- und Wirtschaftsbereichen durchsetzen wird. Trotz offener Fragen und Risiken wäre es ein Hemmnis für Wettbewerb und Innovation, wenn die Politik den Einsatz von KI übermäßig regulierte. Das Jugendschutz- und das Datenschutzrecht müssen selbstredend auch beim Einsatz von KI gewahrt werden. Wir unterstützen den Einsatz von KI in der Thüringer Wirtschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass mittelständische Unternehmen die Potenziale von KI ausschöpfen können und die Forschung und Entwicklung von KI

*Wir stehen für die
Beibehaltung des
Bargelds.*

*Bei der Anwendung
Künstlicher Intelligenz
sowie bei deren
Entwicklung darf
Thüringen nicht
zurückstehen.*

an Thüringer Hochschulen gefördert wird. Thüringen darf im Bereich der KI nicht zurückbleiben.

Friedlicher Handel mit Russland statt Sanktionen

Der Handel mit Russland war insbesondere durch die Versorgung mit preisgünstigem und umweltfreundlichem russischen Erdgas für die Thüringer Wirtschaft stets von großer Bedeutung. Die AfD Thüringen strebt eine Wiederbelebung und Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Russland an. Im Sinne unserer eigenen Interessen setzen wir uns für Frieden in Europa ein und fordern ein Ende der Sanktionen gegen Russland.

Die neue soziale Frage

Die soziale Frage ist nicht von der Tagesordnung verschwunden. Das für unser Gemeinwesen über Jahrzehnte geltende Wohlstandsversprechen wird durch die ökonomischen und sozialen Entwicklungen der letzten Jahre für immer mehr Bürger zur Illusion. Inflation, politisch bewirkte Höchstpreise für Energie oder die Ausschüttung von Sozialleistungen an zahllose zugereichte Menschen, die nie in die Sozialversicherungen eingezahlt haben, haben eine Situation herbeigeführt, die viele Bürger, insbesondere auch Rentner, mit Armut bedroht und einen sinkenden Lebensstandard weiter Bevölkerungskreise mit sich bringt. Mehr noch: Die Altparteien streben mit ihrer Politik die Deindustrialisierung Deutschlands an. Diese Politik bedeutet einen direkten Angriff auf unseren Wohlstand und die soziale Sicherheit.

Die Politik der Deindustrialisierung bedroht Wohlstand und soziale Sicherheit.

Soziale Sicherheit und Wohlstand bewahren, Armut verhindern

Wir stehen für eine sozial ausgerichtete Wirtschaftspolitik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft, weil wir davon überzeugt sind, dass eine leistungsfähige Wirtschaft auch diejenige ist, die am besten soziale Sicherheit und sozialen Ausgleich zu

FÜR EINE PATRIOTISCHE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Eine soziale Marktwirtschaft lässt die Schwachen nicht zurück und schützt vor individueller Not und Armut.

gewährleisten vermag. Eine solche Politik muss einerseits die Tugenden der Marktwirtschaft beherzigen, also beispielsweise eine stabile Währung und eine niedrige Inflationsrate anstreben. Sie muss andererseits denjenigen Unterstützung und Hilfe gewähren, die nicht aus eigener Kraft ihr Auskommen erzielen können, und sie muss die Menschen vor Armut und individueller Not schützen.

Im Zentrum der Sozialpolitik steht für uns das Bestreben, die erwerbsfähigen Einzelnen in die Lage zu versetzen, aufgrund eigener Leistung und in Eigenverantwortung ihr Leben zu gestalten. Das bedeutet: Arbeitsfähige Personen sollen ihren Unterhalt durch Erwerbsarbeit bestreiten. Eine einträgliche und Perspektiven gebende Erwerbsarbeit bleibt der Königsweg der individuellen und gesellschaftlichen Teilhabe sowie der sozialen Absicherung. Daher ist es für die AfD ein entscheidendes Ziel, die Rahmenbedingungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik so zu gestalten, dass Arbeit und Wohlstandsbildung für breite Bevölkerungsschichten möglich sind – getreu der bewährten Leitidee der sozialen Marktwirtschaft: Wohlstand für alle.

Hieran orientieren sich auch unsere Familien- und unsere Rentenpolitik. Weder dürfen Kinder noch das Alter ein Armutsrisiko darstellen. Eine solidarische Gesellschaft muss zuvörderst an die Familien und die Alten denken.

Eine Sozialpolitik, die die Menschen in Abhängigkeit und Unmündigkeit führt, lehnen wir ab. Sozialpolitik ist für uns stets freiheitliche Sozialpolitik.

Unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik zielt darauf, dass Arbeit und die Bildung persönlichen Wohlstands für alle erreichbar sind.

Eine solidarische Gesellschaft muss zuvörderst an die Familien und die Alten denken.

Das Gesundheitssystem befindet sich auch in Thüringen infolge einer verfehlten Politik der Altparteien in einer tiefen Krise. Unser Ziel ist es, die Qualität der Gesundheitsversorgung zu verbessern, die medizinischen Leistungsangebote flächendeckend zu sichern und eine gerechte Lastenverteilung zu erreichen. Die Überbürokratisierung des Gesundheitssystems muss beendet werden. Unser Leitbild zielt auf die Stärkung des Arzt-Patienten-Verhältnisses und der ärztlichen Therapiefreiheit sowie auf die Krankheitsprophylaxe ab.

Wir wollen die medizinischen Leistungsangebote flächendeckend sichern.

Die Überbürokratisierung des Gesundheitswesens muss beendet werden.

Qualität und Attraktivität des Gesundheitssystems

Der größte Teil der medizinischen Versorgung wird von ambulanten Einrichtungen geleistet. Die Menschen brauchen weiterhin ein wohnortnahes Angebot. Eine flächendeckende Sicherstellung durch Allgemeinmediziner und grundversorgende Fachärzte bleibt die Basis für eine gute und verlässliche Daseinsvorsorge.

Ambulante Einrichtungen müssen wohnortnah bestehen.

Bezüglich der stationären Versorgung treten wir für eine angemessene und ausreichende Ausstattung ein, orientiert am medizinischen Betreuungsbedarf. Dazu ist es erforderlich, dass im Rahmen der dualen Finanzierung der Krankenhäuser der Freistaat seinen finanziellen Verpflichtungen endlich wieder nachkommt und der jahrelang aufgestaute Mangel bei den Investitionen abgebaut wird.

Ärztmangel in Thüringen entgegenwirken

Schon jetzt bestehen in manchen Regionen Thüringens Engpässe bei der ärztlichen Versorgung. Während immer weniger Arzt- und Zahnarztpraxen eine Nachfolge finden, steigt der medizinische Bedarf auch aufgrund einer älter werdenden Bevölkerung. Einer flächendeckenden medizinischen Unterversorgung und wochenlangen Wartezeiten für fachärztliche Untersuchungen selbst in schwerwiegenden Fällen muss dringend entgegengewirkt werden.

Die Zahl der Studienplätze im Bereich der Human- und Zahnmedizin wollen wir erhöhen. Vor allem gilt es, die Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern, damit Mediziner langfristig im Freistaat bleiben.

Dazu gehört auch, dass Ärzte und Zahnärzte für ihre Leistungen angemessen und vollständig bezahlt werden. Seit Jahren liegt die Anpassung der Vergütung von Ärzten unterhalb der Inflationsrate, obwohl die Versicherungsbeiträge immer wieder erhöht wurden.

Instrumente zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung sind auszubauen. Attraktive Landesstipendien sollen bereitgestellt werden, damit sich Medizinstudenten im Gegenzug für eine Dauer von zehn Jahren verpflichten, in unterversorgten Gebieten Thüringens zu praktizieren. Ähnliche Modelle können auf kommunaler Ebene etabliert werden. Darüber hinaus plädieren wir dafür, dass an der einzigen staatlichen Thüringer Ausbildungsstätte, der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, Studienplätze speziell für Landeskinder vorgehalten werden. Beim Auswahlverfahren sollen außerdem Praktika und einschlägige Ausbildungen im medizinischen Bereich besser berücksichtigt werden.

Stipendien sollen Anreize dafür schaffen, dass junge Mediziner sich verpflichten, in Thüringen zu praktizieren.

Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung erhalten

Die zunehmende Ökonomisierung der stationären Medizin durch das DRG-System (Diagnosis Related Groups/Fallpauschalensystem) und den Ausverkauf kommunaler Krankenhäuser an gewinnorientierte private Klinikketten hat sich nicht als Königsweg für die Absicherung der ärztlichen Versorgung erwiesen. Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten Thüringens müssen stattdessen in kommunaler oder freier Trägerschaft verbleiben und

Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung sollen in kommunaler oder freier Trägerschaft verbleiben, wobei der Freistaat seinen Finanzierungsverpflichtungen nachkommen muss.

erhalten werden, der Freistaat Thüringen muss hierbei seinen gesetzlich vorgegebenen Finanzierungs- und Investitionsverpflichtungen nachkommen.

Die AfD plädiert für regionale Verbünde kommunaler Krankenhäuser und die Einrichtung einer Landesgesellschaft, die kommunale Träger bei der finanziellen Absicherung der Grund- und Regelversorgung entlasten soll.

Arbeits- und Ruhezeiten des medizinischen Personals

Eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung benötigt ausgeruhtes Fachpersonal in ausreichender Zahl. Um dies sicherzustellen, sind die arbeitsrechtlichen Vorgaben bezüglich der Arbeits- und Ruhezeiten konsequent einzuhalten. Eine Unterwanderung dieser Vorgaben infolge von Personalmangel oder durch statistische Tricks verbietet sich im Sinne der Patientensicherheit. Insbesondere das Krankenhauspersonal ist von bürokratischen Aufgaben unter anderem durch medizinische Verwaltungsangestellte im Gesundheitswesen oder durch vergleichbare Fachkräfte zu entlasten.

Krankenhauspersonal ist von bürokratischen Aufgaben zu entlasten.

Die Situation für häusliche und stationäre Pflege verbessern

Pflege in Deutschland findet hauptsächlich in der Familie statt. Die Hauptlast der Pflegearbeit tragen dabei in der Regel pflegende Frauen. Pflegende Angehörige werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Die AfD Thüringen möchte die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige, die in einer vertrauten familiären Umgebung leben wollen, stärken und die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege ihrer Eltern oder Großeltern entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege ist das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze sind bei häuslicher Pflege durch Angehörige an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen.

Wir wollen die Bedingungen für die häusliche Pflege durch Angehörige verbessern.

Sorgearbeit und familiennahe Hilfen müssen eine angemessene rentenrechtliche Berücksichtigung erfahren.

Die AfD fordert eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der familiären Pflegearbeit als wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl. Sorgearbeit und familiennahe Hilfen müssen endlich eine angemessene rentenrechtliche Berücksichtigung erfahren.

Auch die stationäre Pflege wollen wir verbessern. Um einem Mangel an Pflegekräften zu begegnen, müssen Arbeitskraftreserven aktiviert werden. Pflegepersonal, welches derzeit nicht in der Pflege arbeitet, kann zurückgewonnen werden, wenn die Arbeitsbedingungen in der Pflege deutlich verbessert werden. Zudem gilt es, den Rationalisierungsdruck in der Branche zu senken.

Ausländische Fachkräfte aus der EU und dem übrigen Ausland

Die Abwanderung von Medizinern, die an deutschen Universitäten ausgebildet wurden, führt zu Lücken im Gesundheitssystem. Ihr muss durch international konkurrenzfähige Bezahlung und positive Arbeitsbedingungen entgegengewirkt werden.

Unsere hohen Qualitätsanforderungen müssen auch bei ausländischen Mitarbeitern des medizinischen Bereichs, die bei uns arbeiten, gewährleistet sein.

Ausländische Bewerber im medizinischen Bereich und der Pflege, welche keinen Ausbildungsabschluss eines EU-Landes nachweisen können, sollen eine Gleichwertigkeitsprüfung absolvieren. Nur auf diese Weise können unsere hohen Qualitätsanforderungen eingehalten werden. Zudem ist eine sichere Beherrschung der Amtssprache Deutsch mindestens auf Niveau C1 nachzuweisen.

Die aktive Abwerbung von Ärzten und Pflegekräften aus dem Ausland sehen wir kritisch, da diese dann in der medizinischen Versorgung ihrer Herkunftsländer fehlen.

Abschaffung des Schulgeldes für Gesundheitsfachberufe

Sozial- und Gesundheitsberufe sind in erheblichem Ausmaß vom Fachkräftemangel betroffen, sodass der Nachwuchsgewinnung eine besondere Bedeutung zukommt. Die Abschaffung des Schulgeldes für nichtakademische Gesundheitsberufe, wie z. B. Altenpfleger, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden, im Jahr 2022 ist maßgeblich auf das politische Wirken der AfD zurückzuführen. Mit uns wird es keine Wiedereinführung eines solchen Schulgeldes geben. Auch Heilerziehungspfleger in Ausbildung sollen finanziell deutlich entlastet werden.

Hygienemanagement

Die AfD fordert für das Gesundheitswesen die Übernahme eines Hygieneregimes nach niederländischem Vorbild, um Todesfälle, Amputationen und Dauerschäden durch multi-resistente Keime (wie z. B. MRSA) auf das geringstmögliche Maß abzusenken. Bei Patienten mit geplanten und akuten Einweisungen in Krankenhäuser sollen die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten der verpflichtenden Tests auf die relevanten Keime übernehmen.

Notfallmanagement

Mit Blick auf die steigende Lebenserwartung und den damit einhergehenden erhöhten Hilfebedarf der Bevölkerung wird eine ausreichende flächendeckende Versorgung mit einem medizinischen Notdienst immer wichtiger. Die im Bundesvergleich langen Hilfsfristzeiten für den Rettungsdienst müssen verkürzt werden. Bei der Gestaltung der Krankenhauslandschaft muss ein Hauptaugenmerk auf der Gewährleistung eines dichten Netzes für die Notfallversorgung im ländlichen Raum liegen.

Eine zuverlässige Notfallversorgung muss auch im ländlichen Raum gewährleistet werden.

Wir wollen die Thüringer Gesundheitskarte für Asylbewerber abschaffen.

Gesundheitskarte für Asylbewerber abschaffen

Durch die Gesundheitskarte für Asylbewerber werden der Thüringer Staatshaushalt und die Versichertengemeinschaft über Gebühr belastet. Wir wollen diese Gesundheitskarte abschaffen. Die Behandlung von nicht anerkannten oder abgelehnten Asylbewerbern ist auf eine angemessene Notfallversorgung zu reduzieren. Eine Grundversorgung für anerkannte Asylbewerber darf nicht der Versorgung von regulär Versicherten gleichgestellt werden.

Gefahrenabwehr für medizinisches Personal

Angriffe sowohl auf medizinisches Personal und Rettungsdienste wie auch auf Patienten nehmen an Zahl und Intensität zu. Niedergelassene Ärzte haben hier insbesondere die Schwierigkeit, dass sie sich anders als Krankenhäuser keinen Sicherheitsdienst leisten können. Die zuständigen Behörden haben Rettungsdiensten, Notaufnahmen und Privatpraxen geeignete Maßnahmen anzubieten, die der Gefahrenabwehr dienen.

Ablehnung der Legalisierung von Cannabis

Der Konsum von Cannabis birgt das Risiko einer Schädigung des Gehirns, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich in der Entwicklungsphase befinden. Studien zeigen, dass die Gefahr einer lebenslangen psychischen Erkrankung (z.B. Schizophrenie) bei Menschen, die in ihrer Jugend Cannabisprodukte konsumiert haben, signifikant erhöht ist. Wir lehnen daher die Legalisierung und gesellschaftliche Normalisierung des Cannabiskonsums ab.

Dem medizinischen Einsatz von Cannabis etwa im Rahmen einer Schmerztherapie stehen wir offen gegenüber.

Wir lehnen die Legalisierung und gesellschaftliche Normalisierung des Cannabiskonsums ab.

Corona-Maßnahmen und COVID-19-Impfungen

Die seit dem Frühjahr 2020 verhängten Corona-Maßnahmen der Regierungen von Bund und Land haben auch im Gesundheitswesen immense Verwüstungen hinterlassen. Weil zu viele Ärzte und medizinische Einrichtungen den staatlichen Vorgaben kritiklos folgten, wurde das Vertrauen zahlloser Bürger und Patienten in die Ärzteschaft und das Gesundheitswesen erschüttert.

Bis heute wird einseitig an der Propagierung von COVID-19-Impfstoffen festgehalten, obgleich zahlreiche Experten früh vor den Risiken der Impfung warnten und sich schnell herausstellte, dass die Impfstoffe nur unzureichend oder gar nicht vor einer Infektion schützen und die Weitergabe des Virus nicht wirksam unterbinden. Zudem ist längst unzweifelhaft, dass bei überproportional vielen Menschen nach der Impfung diverse Nebenwirkungen, teilweise schwerster Art, auftreten.

Die noch immer erfolgende einseitige Propagierung der COVID-19-Impfstoffe halten wir für verantwortungslos.

Die Thüringer AfD hat als einzige Partei den Protest zahlreicher Bürger gegen die Corona-Politik auf der Straße unterstützt. Wir haben mit zwei Volksbegehren gegen die Maßnahmen bzw. gegen eine Impfpflicht ein klares politisches Signal gesetzt.

Wir setzen uns dafür ein, dass das staatliche Handeln angesichts des Coronavirus aufgeklärt wird und verantwortliche Akteure auch des Gesundheitssystems gegebenenfalls gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Hierzu fordern wir als wichtigen Schritt zur Ermittlung der fragwürdigen Entscheidungsfindung während der Corona-Krise die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Wir fordern die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der Corona-Politik.

Ziel muss es sein, dass nie wieder derart unverhältnismäßige Maßnahmen ergriffen werden, die nicht nur monatelange Grundrechtseinschränkungen mit sich bringen, sondern auch die Gesundheit der Bevölkerung erheblich bedrohen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir auch den WHO-Pandemievertrag ab, mit dem einem nicht demokratisch legitimierten internationalen Gremium sehr weitreichende Befugnisse über nationale Gesundheitsmaßnahmen eingeräumt werden.

EU-Gesundheitspolitik

Die Organisation der Gesundheitsversorgung obliegt nach geltendem EU-Recht den Nationalstaaten. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es nicht sinnvoll ist, nationalstaatliche Kompetenzen der Gesundheitspolitik auf die supranationale EU zu übertragen. Dort, wo der EU in der Corona-Krise eigens Aufgaben zugesprochen wurden, kam es – wie im Falle der EU-weiten Impfstoffbeschaffung – zu folgenreichen Fehlentscheidungen und Konflikten. Die von Brüssel jetzt anvisierte Schaffung einer „Gesundheitsunion“ lehnen wir daher strikt ab.

Wir weisen ferner eine EU-weite Vereinheitlichung medizinischer Dienstleistungen und Berufe sowie eine Zuständigkeit der EU-Zulassungsbehörde für Prüfungen und Zulassungskompetenzen im medizinischen Bereich zurück. Insbesondere dürfen die in Deutschland geltenden Qualitätsansprüche nicht aufgeweicht oder außer Kraft gesetzt werden.

Der WHO-Pandemievertrag räumt einem internationalen Gremium weitreichende Befugnisse über unsere Gesundheitspolitik ein. Das lehnen wir ab.

Die Gesundheitspolitik muss in nationaler und demokratischer Verantwortung verbleiben. Wir wollen keine „EU-Gesundheitsunion“.

Keine medizinische Behandlung von Minderjährigen aus ideologischen Gründen („Gender Mainstreaming“)

Mit dem „Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“ vom Mai 2021 soll es Minderjährigen erleichtert werden, sich in eine medizinische Behandlung zu begeben, um eine vermeintliche Geschlechtsänderung vornehmen zu lassen, bei der es sich de facto um eine Verstümmelung handelt. Die medikamentöse Behandlung mit „Pubertätsblockern“ soll die geschlechtliche Entwicklung von Minderjährigen hinauszögern sowie operative Eingriffe vorbereiten. Die Folgen der Einnahme solcher Medikamente für die Heranwachsenden sind nicht umkehrbar und der mögliche lebenslange psychische und physische Schaden ist immens. Daher ist der Einsatz pubertätshemmender Mittel grundsätzlich auf medizinisch unabdingbar notwendige Einzelfälle zu beschränken.

Den geschlechterpolitisch motivierten Einsatz von sogenannten Pubertätsblockern lehnen wir ab.

**DER
OSTEN
MACHTS!**



FÜR EINE IDENTITÄTSERHALTENDE MIGRATIONSPOLITIK

KAPITEL 08

Die Einwanderungskrise hat in den letzten Jahren verheerende Dimensionen angenommen. Anders als oft behauptet, liegen die Ursachen für diese Lage nicht außerhalb Deutschlands, sondern in der Politik der Altparteien. Auslöser der Krise ist eine Kombination mehrerer ideologisch motivierter politischer Entscheidungen wie die Öffnung des Sozialsystems für faktisch alle Ausländer, die deutschen Boden erreichen, der fehlende Schutz unserer Grenzen und die Aussetzung des Vollzugs geltenden Ausländerrechts. Dies ist der Grund dafür, dass allein im Jahr 2022 über 2,6 Millionen Zuwanderer nach Deutschland übergesiedelt sind. Es dürfte für ein entwickeltes Industrieland historisch und weltweit ohne Beispiel sein, dass allein in einem Jahr über drei Prozent des Gesamtbevölkerungsanteils neu in ein Land kommen. Dass die jahrelange Zuwanderung in diesem Ausmaß angesichts der begrenzten Ressourcen und der miteinander kollidierenden Traditionen, Werte und Lebenseinstellungen in eine soziale und gesellschaftliche Katastrophe führt, dürfte jedem vernünftigen Menschen bewusst sein. Die im Herbst 2023 in vielen deutschen Städten durchgeführten antisemitischen Demonstrationen Abertausender Muslime, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland eingewandert sind, stellen nur ein besonders offenkundiges Beispiel für die Konfliktlagen dar, die sich aus der unkontrollierten Masseneinwanderung aus fremden Kulturräumen ergeben haben.

Die unkontrollierte Masseneinwanderung hat nie dagewesene gesellschaftliche Konfliktlagen geschaffen.

Ein relativ großer Teil der Zuwanderer wird auf Dauer von Sozialleistungen abhängig sein, was bereits jetzt am sehr hohen Anteil von Leistungsbeziehern mit Migrationshintergrund erkennbar ist. So sind etwa ein Drittel der erwerbsfähigen und etwa die Hälfte der nicht erwerbsfähigen Bürgergeldempfänger in Thüringen Ausländer. „Fachkräfteeinwanderung“ sieht anders aus!

FÜR EINE IDENTITÄTSERHALTENDE MIGRATIONSPOLITIK

Die Massenzuwanderung hat sich auch auf die Kriminalitätsentwicklung ausgewirkt. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger ist überproportional hoch.

Bereits seit Jahren lässt sich an den polizeilichen Kriminalstatistiken ablesen, dass Art und Ausmaß der Zuwanderung zu einem drastischen Kriminalitätsanstieg insbesondere bei schweren und schwersten Delikten geführt haben. In Thüringen steigt seit Jahren der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Straftaten. 2023 lag er bei über 22 Prozent, wobei der Ausländeranteil an der Bevölkerung etwas über sieben Prozent betrug. Schon diese Zahlen belegen den überproportionalen Anteil von Ausländern an der Kriminalität in Thüringen.

Unter den ausländischen Tatverdächtigen sind im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil Personen aus Afghanistan, dem Irak oder aus Syrien besonders häufig anzutreffen. Zahlen des Bundeskriminalamtes weisen im Übrigen aus, dass Deutsche häufiger Opfer von durch Zuwanderer begangenen Rohheitsdelikten wie Körperverletzung oder Mord werden als umgekehrt.

Auch wenn seitens der Altparteien versucht wird, solche Zusammenhänge abzustreiten und entsprechende Äußerungen als „ausländerfeindlich“ oder „rechtsextremistisch“ zu brandmarken und zu verfolgen, sieht es die AfD Thüringen als ihre Aufgabe an, dieses Problem auch weiter klar anzusprechen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Wir wollen den Irrweg einer multikulturellen Gesellschaft beenden.

Den Irrweg einer multikulturellen Gesellschaft, den die Altparteien künftigen Generationen aufzwingen, wollen wir mit aller Konsequenz und ohne Rücksicht auf die Regeln der sogenannten politischen Korrektheit auf rechtsstaatlicher Grundlage beenden.

Für einen asylpolitischen Kurswechsel

Um die komplexen Herausforderungen bewältigen zu können, die sich gegenwärtig in der Asyl- und Migrationspolitik zeigen, müssen umfangreiche Maßnahmen auf der EU-, der Bundes- und der Landesebene ergriffen werden.

Selbstverständlich stehen wir Ausländern aufgeschlossen gegenüber, die sich legal in unserem Freistaat aufhalten, die Rechtsordnung akzeptieren und sich in unsere Kultur integrieren. Das gilt vor allem für Menschen, die in Thüringen den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien durch eigene Arbeit erwirtschaften und die ihr persönliches Schicksal mit unserer Nation aus innerer Überzeugung dauerhaft verbinden wollen. Wir plädieren für ein bedarfsorientiertes Einwanderungsrecht nach japanischem Vorbild, zu dessen Vorbedingungen allerdings zwingend eine vollständige Sicherung der deutschen Außengrenzen zählt.

Das Recht auf Asyl ist ausschließlich denen vorzubehalten, die tatsächlich politisch verfolgt werden. Auch die Diskussion, ob der individuelle Rechtsanspruch auf Asyl noch zeitgemäß ist, darf kein Tabu sein.

Das Recht auf Asyl soll jenen vorbehalten sein, die tatsächlich politisch verfolgt sind.

Abschiebeinitiative 2025

Thüringen braucht keine niedrig- oder unqualifizierten Migranten. Es ergibt keinen Sinn, illegale Zuwanderung wie bisher mit Milliarden Euro zu fördern. Wir werden daher eine effektive und umfassende Abschiebeinitiative starten.

Zunächst wollen wir mit einer landesweiten Erhebung alle Fälle identifizieren, bei denen zum Zwecke der Einreise falsche Angaben gemacht wurden.

FÜR EINE IDENTITÄTSERHALTENDE MIGRATIONSPOLITIK

*Die Ausreisepflicht
wollen wir mit einer
Abschiebeinitiative
durchsetzen.*

In einem zweiten Schritt werden wir den Vollzug der Ausreisepflicht aller illegal eingereisten und geduldeten Ausreisepflichtigen durch neue rechtsstaatliche Verfahrensweisen herbeiführen. Hierzu zählt auch die Durchführung von Abschiebeflügen, die vom Freistaat Thüringen organisiert werden. Als Erstes werden jene Ausreisepflichtigen in den Fokus genommen, die strafrechtlich relevant in Erscheinung getreten oder durch extremistische Agitation aufgefallen sind.

*Gewaltauffällige
Asylbewerber sollen in
gesonderten Einrich-
tungen untergebracht
werden.*

Gewaltauffällige Asylbewerber sollen bis zur Abschiebung oder freiwilligen Ausreise zum Schutz der einheimischen Bevölkerung und der friedlichen Asylbewerber in gesonderten Einrichtungen abseits von Ortschaften untergebracht werden. Zudem wollen wir den gesetzlichen Rahmen der Vorbereitungs- und Sicherungshaft für die erfolgreiche Durchführung von Abschiebungen vollständig ausschöpfen. Hierzu soll schnellstmöglich eine Abschiebehaftanstalt in Thüringen eingerichtet werden.

Die sogenannte Härtefallkommission, die seit ihrem Bestehen in Hunderten von Fällen vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern in Thüringen gegen geltendes Recht einen weiteren Aufenthalt auf Kosten des Steuerzahlers ermöglicht, hat sich politisch missbrauchen lassen und als nicht reformierbar erwiesen. Wir wollen diese Institution abschaffen.

Ebenfalls beenden werden wir die Akzeptanz rechtswidriger Verhaltensweisen wie beispielsweise des Kirchenasyls oder anderer Unterstützungshandlungen, die auf eine Umgehung des geltenden Ausländerrechts abzielen. Wir werden auch in diesem Bereich das Recht durchsetzen. Allen Institutionen, Initiativen und Vereinen, welche abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich der Abschiebung oder Ausreisepflicht zu entziehen, muss die öffentliche Förderung entzogen werden.

Keine Anreize für Sozialmigration

Nach wie vor senden die Altparteien verheerende Anreizsignale für eine illegale Zuwanderung in unser Sozialsystem aus. Die Thüringer AfD hingegen will alle rechtlich bestehenden Möglichkeiten nutzen, um Sozialmigration nach Thüringen so unattraktiv wie möglich zu machen. Dafür wird ein deutlich abgesenkter Versorgungs- und Unterbringungsstandard für Asylbewerber notwendig sein, der einerseits keinen Anreiz mehr zur Einwanderung in das Sozialsystem darstellt, andererseits aber das menschenwürdige Existenzminimum sicherstellt. So sollen entsprechend dem Asylbewerberleistungsgesetz Sachleistungen wieder die Regel werden. Bei den jetzt eingeführten Bezahlkarten handelt es sich um eine Mogelpackung. Denn neben dem auf der Karte verbuchten Betrag für Waren des täglichen Bedarfs erhalten Asylbewerber zwischen 150 bis 180 Euro „Taschengeld“ in bar ausgezahlt.

Die Anreize für eine Einwanderung in die Sozialsysteme wollen wir beseitigen.

Neu angekommene Migranten müssen in landeseigenen Aufgangszentren kostengünstig untergebracht werden, um so Kommunen und Steuerzahler zu entlasten. Die Gemeinschaftsunterkunft muss wieder die Regelunterkunft werden.

Die Gesundheitskarte für Asylbewerber wollen wir abschaffen. Nur die gebotene gesundheitliche Notversorgung ist zu gewährleisten, die Gesundheitsversorgung im Wesentlichen auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände zu beschränken.

Die Gesundheitskarte für Asylbewerber wollen wir abschaffen.

Wir wollen alle rechtlich möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Kosten der Versorgung von Asylbewerbern durch Sicherstellung eigenen Vermögens zumindest teilweise zu decken. Dies betrifft insbesondere die Ermittlung und die Konfiszierung von mitgeführtem Barvermögen und Wertgegenständen.

FÜR EINE IDENTITÄTSERHALTENDE MIGRATIONSPOLITIK

Erhalt der Rückkehrfähigkeit statt illusorischer Integrationshoffnungen

Politiker der Altparteien reden oft von der Erforderlichkeit einer besseren Integration von Ausländern. Tatsächlich erweist sich die bisherige Geschichte der Integration in zahllosen Fällen als Geschichte eines Scheiterns. Häufig nämlich mangelt es bereits an der Bereitschaft und dem Willen von Migranten, sich in unsere Gesellschaftsordnung zu integrieren. Zudem fehlt es bei sehr vielen Zuwanderern an den Voraussetzungen für eine gelingende Integration, etwa an der Beherrschung der deutschen Sprache. Vor diesem Hintergrund gilt es, dass im Regelfall die möglichst zeitnahe Wiederausreise solcher Ausländer angestrebt und gefördert wird. Die AfD tritt für den Erhalt der Rückkehrfähigkeit von Flüchtlingen und erst recht von niedrig- oder unqualifizierten Migranten ein.

Es gilt, die Rückkehrfähigkeit von Migranten zu erhalten, anstatt auf Integration zu setzen, wo sie illusorisch ist.

Im Fokus von Bildungsmaßnahmen soll neben der Vermittlung grundlegender deutscher Sprachkenntnisse und unserer Werte vor allem der Erwerb von Fähigkeiten stehen, welche die Menschen nach der Rückkehr in ihr Heimatland benötigen.

Familiennachzug

Der Familiennachzug hat sich zu einem Instrument der Migration in die Sozialleistungssysteme ausgewachsen. Die AfD Thüringen fordert, dass die Möglichkeit eines Familiennachzuges eng begrenzt wird. Sie ist hochqualifizierten und gut integrierten Arbeitsmigranten sowie Bewerbern mit anerkanntem Asylgrund vorzubehalten, die erfolgreich an deutschen Sprachkursen teilgenommen haben und eine Arbeitsstelle zur Gewährleistung des Unterhalts auch der hinzukommenden Familienangehörigen vorweisen können. Familienzusammenführungen für unbegleitete minderjährige Ausländer können in sicheren Drittstaaten außerhalb Deutschlands stattfinden, wie es auch dem Rechtsrahmen der Europäischen Union entspricht.

Die Möglichkeit des Familiennachzuges soll eng begrenzt werden.

Altersfeststellung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen

Die AfD Thüringen fordert eine generelle Altersfeststellung von angeblich minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen mit zugelassenen Methoden. Wer wie die Altparteien Millionen Menschen zur mehrfachen experimentellen Impfung nötigte, andererseits aber im einfachen Röntgen der Handfingerknochen eine menschenwürdevidrige Behandlung erkennen will, hat jede Glaubwürdigkeit verloren.

Thüringens Identität, Parallelgesellschaften und Islam

Die Thüringer AfD will den freiheitlichen demokratischen und säkularen Rechtsstaat wiederherstellen. Der säkulare Rechtsstaat hat das ausschließliche Rechtsetzungs- und Rechtsdurchsetzungsmonopol, sein Recht steht über religiösen Geboten. Der orthodoxe Islam, der eine politische Religion ist und mit der Scharia auch ein vormodernes System von Rechtsregeln umfasst, ist mit diesem westlichen Staatsverständnis nicht vereinbar.

Die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Glaubens, des religiösen Bekenntnisses und der Religionsausübung gilt selbstverständlich auch für Muslime. Artikel 4 des Grundgesetzes ist aber kein „Supergrundrecht“, das einen politischen oder gesellschaftlichen Sonderstatus oder irgendwelche Privilegien für muslimische Gemeinschaften in unserem Land begründet. Wenn unter dem Mantel eines religiösen Bekenntnisses minderjährige oder sonstige Dritte herabgewürdigt werden, müssen entsprechende Übergriffe zeitnahe und deutliche Konsequenzen haben.

Die Freiheit des Glaubens, des religiösen Bekenntnisses und der Religionsausübung rechtfertigt keinen Sonderstatus für muslimische Gemeinschaften.

FÜR EINE IDENTITÄTSERHALTENDE MIGRATIONSPOLITIK

Religiöser Extremismus muss konsequent bekämpft werden.

Im Übrigen muss jeder religiöse Extremismus endlich entschieden bekämpft werden.

Maßnahmen der „positiven Diskriminierung“, die die angestammte Thüringer Bevölkerung zurücksetzen, werden wir beenden.

Wir stehen für eine Beendigung der seit einigen Jahren gegen die einheimische Bevölkerung gerichteten Maßnahmen der „positiven Diskriminierung“ (auch „Affirmative Action“ genannt). Die unter diesem Begriff erfolgende Bevorzugung nichteuropäischer Menschen bei der Vergabe von Ämtern oder Arbeitsplätzen, bei der allgemeinen Teilhabe oder in sonstigen gesellschaftlichen Bereichen ist inakzeptabel. Sie stellt eine die Angehörigen der angestammten Bevölkerung zurücksetzende, linksextreme und rassistische Ideologie dar, welche in jeder Hinsicht verfassungsfeindlich ist. Ihren Propagandisten, die vor allem in der aktuellen Regierungskoalition und deren Vorfeld zu finden sind, ist das Fundament ihrer Agitation zu entziehen, wobei ein wichtiges Element die Beendigung der staatlichen finanziellen Förderung sein wird.

FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM UND EINE ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 09

Wohnen ist eines der existenziellen Grundbedürfnisse des Menschen. Die eigene Wohnung ist privater Rückzugsraum und Ort der freien und ungestörten Entfaltung. Wegen ihrer existenziellen Bedeutung steht die eigene Wohnung daher auch unter dem Schutz sowohl des Grundgesetzes als auch der Thüringer Verfassung. Die Situation des Wohnens im Freistaat Thüringen ist heute dadurch geprägt, dass Wohneigentum immer teurer wird, die Mieten steigen und die entsprechenden Kosten für viele finanziell kaum mehr zu bewältigen sind. Zudem besteht in verschiedenen Regionen Thüringens, namentlich in den Ballungsgebieten, eine spürbare Wohnraumknappheit, von der insbesondere Familien betroffen sind. Ihnen fällt es immer schwerer, angemessenen Wohnraum in ihren Heimatorten zu finden.

Wohneigentum wird immer teurer und die Mieten steigen.

Wohnraumknappheit effektiv bekämpfen, Wohnen bezahlbar machen

Die Lage wird vor allem durch eine ungezügelte Einwanderung nach Thüringen erheblich verschärft, indem Abertausende Migranten auf den Wohnungsmarkt drängen. Gerade diesen Personen gilt die besondere Aufmerksamkeit der Altparteien, die sich nicht nur bemühen, noch mehr Zuwanderer nach Thüringen zu holen, sondern die sich wohnungspolitisch darauf konzentrieren, Wohnraum für Ausländer zu organisieren, während sie die Wohnungsnot von Einheimischen weitgehend tatenlos zur Kenntnis nehmen. Eine solche gegen die Interessen der Bürger gerichtete Politik ist mit der AfD nicht zu machen. Abgesehen davon, dass der ungehemmte Zustrom von Ausländern nach Thüringen gestoppt werden muss, geht es im Bereich des Wohnens und des Wohnungsbaus zum einen darum, Wohnraum bezahlbar zu halten und die kostentreibenden Faktoren zu reduzieren. Zum anderen muss das Wohnraumpotenzial im ländlichen Raum besser ausgeschöpft werden. Im europäischen Vergleich ist die Quote des selbstgenutzten Wohneigentums bei uns mit nur rund 42 Prozent sehr gering

Die Politik der Altparteien kümmert sich vor allem um Wohnraumbeschaffung für Ausländer. Die Wohnungsnot unter Einheimischen wird dagegen weitgehend tatenlos zur Kenntnis genommen. Das wollen wir ändern.

FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM UND EINE ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

(Wohneigentumsquote in Ungarn: ca. 90 Prozent, in Spanien: ca. 76 Prozent, in Frankreich: ca. 66 Prozent). Die Zahlen zeigen: Wohneigentumsbildung ist für die Menschen in Thüringen kaum noch möglich. Die Gründe hierfür sind vielfältig, liegen in den vergangenen Jahren aber vor allem in verheerenden politischen Entscheidungen, die das Wohnen und das Bauen rasant verteuerten.

Zu nennen sind hier insbesondere die überbordenden und kleinteiligen Vorschriften und Auflagen zur Gebäudebeheizung und zur Energieeinsparung. Diese werden von den Regierungsparteien in Bund und Freistaat mit dem sogenannten Klimaschutz begründet. Während allerdings die Auswirkungen der einschlägigen Vorschriften auf die Entwicklung des Klimas überhaupt nicht nachweisbar sind, haben sie für Wohnkostenentwicklung und Wohnungsbau ruinöse Folgen.

Dabei ist es mit den „Klimavorschriften“ nicht getan. Maßlos sind nämlich heute auch die Vorschriften zum Brandschutz, zum Schallschutz oder zum Denkmalschutz. Ein erheblicher Teil dieser Regelwerke geht inzwischen über jedes vernünftige Maß hinaus und hat gewaltige Kosten und Freiheitsbeschränkungen für Bauherren, Wohnungsbesitzer und Mieter zur Folge. Hinzu kommen Kostensteigerungen infolge der nachwirkenden Corona-Maßnahmenpolitik, die unter anderem zum Zusammenbruch zahlloser Lieferketten, zu entsprechenden Mangellagen sowie Preissteigerungen führte. Schließlich trägt die deutsche bzw. die EU-Sanktionspolitik gegen Russland zur Teuerung auch im Bausektor bei, und auch hohe Grundschuldzinsen und Steuern wie die Grundsteuer wirken einer Intensivierung des Wohnungsbaus entgegen.

Uns geht es auch darum, dass wieder mehr Menschen, insbesondere junge Familien, die Möglichkeit haben müssen, sich ihren Traum vom Eigenheim in Thüringen zu verwirklichen. Deswegen wollen wir den Ersterwerb von Wohneigentum für

Immer mehr Auflagen und Regelungen treiben die Preise und ruinieren den Wohnungsbau.

Wir wollen, dass sich wieder mehr Menschen den Traum vom Eigenheim in Thüringen verwirklichen können.

FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM UND EINE ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

Familien durch Darlehen fördern, deren Rückzahlung in Abhängigkeit von der Kinderzahl teilweise erlassen wird. Wir stehen zur Reduzierung der Grunderwerbsteuer für Familien beim Ersterwerb von Wohneigentum.

Wohnungsbau

Um der Verteuerung des Wohnungsbaus und den investitions-hemmenden Auswirkungen der Regelungswut der Altparteien entgegenzuwirken, gilt es, die zahllosen Vorschriften im Bau- und Wohnungsbereich auf das richtige Maß zu reduzieren. Den Zwang zum Einsatz teurer Technologien, insbesondere im Energiebereich, wollen wir, wo immer rechtlich möglich, ebenso beenden wie die Überregulierung durch Dämmvorschriften oder kontraproduktive Denkmalschutzvorschriften. Wir wollen, dass der Freistaat seine Wohnungspolitik intensiviert und dass dabei die „klimapolitisch“ motivierten Sanierungshemmnisse beseitigt werden und der Wohnungsneubau angemessen gefördert wird. Angestrebt werden soll dabei auch die Errichtung von 50.000 neuen Wohnungen.

Den Zwang zum Einbau teurer Technik und übertriebene Vorschriften zum Bauen wollen wir, wo immer möglich, beenden.

Dies soll unter anderem durch folgende Maßnahmen realisiert werden:

- *Dem Sanierungsstau im innerörtlichen Bereich kann auch durch eine Vereinfachung der sogenannten Bauvorlageberechtigung entgegengetreten werden. Neben Architekten sollen auch Handwerksmeister die Möglichkeit zur Planung und Durchführung bestimmter Wohnbauten erhalten.*
- *Bauanträge und Planfeststellungsverfahren sollen schneller und kostengünstiger bearbeitet und beschieden werden.*
- *Das Land muss zudem darauf hinwirken, dass bei der Umsetzung der gegenwärtig geltenden verschärften Neubausstandards bereits im Genehmigungsprozess die Ermessensspielräume der Verwaltung zugunsten der Bauherren ausgeschöpft werden.*

FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM UND EINE ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

Die steuerliche Belastung des Wohnens senken

Die Thüringer AfD hat sich im Landtag bereits mit Erfolg dafür eingesetzt, dass 2023 die Grunderwerbsteuer für den Wohnungseigentumserwerb von Familien gegen den Widerstand von Rot-Rot-Grün gesetzlich aus dem Weg geräumt und außerdem der entsprechende Steuersatz allgemein abgesenkt wurde. Wir setzen uns darüber hinaus weiterhin für die Abschaffung der Grundsteuer ein, um das Wohnen im Freistaat steuerlich zu entlasten.

Das Staatsziel Wohnungsbau in der Verfassung konkretisieren

Die Thüringer Verfassung verpflichtet den Freistaat in Artikel 15, darauf hinzuwirken, dass angemessener Wohnraum in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt wird. Bisher ist das Land der Verfolgung dieses Staatsziels nur unzureichend nachgekommen, auch weil die Verfassungsnorm zu unbestimmt ist. Angesichts der Tatsache, dass zur Mobilisierung des Wohnungsbaus sowohl das Land als auch die Kommunen in der Pflicht stehen, andererseits aber die bisherigen Landesregierungen ebenso wie die Gebietskörperschaften diesbezüglich zu wenige Anstrengungen unternommen haben, fordert die AfD Thüringen eine Konkretisierung der verfassungsrechtlichen Bestimmung des Artikels 15. Eine entsprechende Verfassungsänderung soll die Handlungsvoraussetzungen zum Tätigwerden des Landes und seiner Gebietskörperschaften bestimmen, eine klare Zuständigkeitsregelung treffen und die Formen der Umsetzung des Staatszieles genauer normieren.

Wohnungsbaugenossenschaften und sozialen Wohnungsbau fördern

Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften arbeiten nicht gewinnorientiert und garantieren schon seit vielen Jahrzehnten qualitativ hochwertigen Wohnraum zu angemessenen Preisen für alle Generationen und Einkommenschichten. Sie sind durch ihr Genossenschaftsprinzip ein Stück

*Eine Konkretisierung
des Staatsziels
Wohnungsbau soll den
Staat effektiver in die
Pflicht nehmen.*

FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM UND EINE ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

gelebte Demokratie und ein Garant für Preisstabilität auf dem Wohnungsmarkt. Sie bilden so einen unersetzlichen Grundpfeiler des Thüringer Wohnungsmarktes. Die AfD Thüringen steht hinter den Wohnbaugenossenschaften und setzt sich für günstige Rahmenbedingungen ihrer Aktivitäten ein.

Wir stehen hinter den Wohnungsbau-genossenschaften. Sie brauchen günstige Rahmenbedingungen.

Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus wollen wir uns für eine kostengünstige Bereitstellung von Grundstücken bei entsprechenden Bauvorhaben und für eine Landesförderung einsetzen. Die Nutzung sozialen Wohnraums für die Unterbringung von Asylbewerbern lehnen wir ab. Sozialwohnungen müssen für finanzschwache Bürger unseres Freistaates zur Verfügung stehen.

Sozialwohnungen müssen finanzschwachen Bürgern unseres Freistaates zur Verfügung stehen und sollen nicht als Asylunterkünfte genutzt werden.

Eine gute Infrastruktur für unsere moderne Wirtschaftsgesellschaft

Unsere moderne Wirtschaftsgesellschaft ist auf eine gut ausgebaute und funktionstüchtige Infrastruktur angewiesen. Obgleich unser Freistaat diesbezüglich in vielen Bereichen, wie etwa beim Schienenverkehr, vergleichsweise gut dasteht, fallen wir in anderen Bereichen zurück oder verpassen den Anschluss. Die Versorgung mit „schnellem Internet“ etwa lässt noch immer, gerade in ländlichen Gebieten, zu wünschen übrig. Thüringen hat durch seine zentrale Lage in Deutschland, seine gute Anbindung an das Autobahnnetz und durch den Ausbau des Schienennetzes, insbesondere der ICE-Strecken, einen bedeutenden Standortvorteil. Diesen wollen wir zum Wohl unserer Bevölkerung und der heimischen Wirtschaft erhalten und weiter ausbauen.

Straßen- und Wegeinfrastruktur

Wir wollen Schritt für Schritt die Infrastruktur gerade in ländlicheren Regionen ausbauen, wobei unser besonderes Augenmerk auf dem Straßen- und Wegenetz liegt.

Wir wollen die Infrastruktur gerade in ländlichen Regionen ausbauen.

FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM UND EINE ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

Seit vielen Jahren werden die Instandhaltung und der Ausbau des Landesstraßennetzes vernachlässigt. Etwa 1.850 der rund 4.100 Kilometer Landesstraßen sind heute in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Diese Lage ist nicht über Nacht entstanden, sondern Resultat einer über lange Jahre unzureichenden Planung und falscher Prioritätensetzung bei den Staatsausgaben. Hierbei spielen auch weltanschauliche Gründe eine Rolle: Die linksgrünen Parteien machen bekanntlich aus ihrer Gegnerschaft gegenüber dem automobilen Individualverkehr keinen Hehl. So lebt das Thüringer Landesstraßennetz – nicht anders als zahllose Kreis- und Ortsstraßennetze – von der Substanz, und die schwindet rapide.

*Die Instandhaltung
des Landesstraßen-
netzes darf nicht
länger vernachlässigt
werden.*

Die Thüringer AfD bekennt sich ohne Wenn und Aber zum Individualverkehr, zum Automobil und auch zum Verbrennungsmotor. Eine entsprechende Mobilität setzt ein intaktes und gut ausgebautes Straßen- und Verkehrsnetz voraus. Das bedeutet auch, dass eine gut vernetzte Radwegeinfrastruktur anzustreben ist. Auch das Radfahren ist eine Form des Individualverkehrs, die aber nicht einseitig und gegen das Autofahren bevorzugt werden darf.

*Wir bekennen uns
ohne Wenn und Aber
zum Individualverkehr.*

Die Thüringer AfD fordert mehr Aufmerksamkeit für das Thüringer Straßennetz. Wir setzen uns für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Instandhaltung von Straßen und Brücken und für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses ein. Der weitere Ausbau des Straßennetzes muss ökologische Aspekte angemessen berücksichtigen, beispielsweise durch den Bau von Grünbrücken für Wildtiere.

Ortsumgehungen

Die AfD setzt sich für die Interessen der Anwohner hinsichtlich des Erhalts bzw. der Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensqualität ein. Die Ankündigung der Errichtung von Ortsumgehungen darf nicht zu Wahlkampfzwecken missbraucht werden. Vor Ort führen wir sachbezogene Gespräche über Vor- und Nachteile des jeweiligen Vorhabens mit den Anwohnern. Die Investitionsunterstützungen des Bundes müssen konsequent genutzt werden.

Autobahnen

Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass schnelle und sichere Autobahnen unsere Städte und Dörfer beim Durchgangsverkehr weiter entlasten können. Sie sind für uns zudem unentbehrliche Schlagadern der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Verkehrssystemgesteuerte Tempolimits, die dem situationsangepassten Verkehrsfluss und der Sicherheit dienen, befürworten wir. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen jedoch lehnen wir ab.

Internetanbindung

Die Errichtung einer leistungsfähigen Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen in ländlichen Regionen ist aus Sicht der AfD eine wesentliche Voraussetzung, um auch außerhalb von Ballungszentren wirtschaftliche Entwicklung und regional verfügbare, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu ermöglichen. Nicht zuletzt ist die moderne Landwirtschaft auf stabile und leistungsfähige Internetverbindungen angewiesen.

Der Aufbau von Hochleistungsnetzen geht jedoch bisher viel zu langsam voran. Wir wollen großzügige Investitionsmittel zur Verfügung stellen, um ein landesweites und lückenloses Hochgeschwindigkeitsinternet zu etablieren.

Wir wollen den Auf- und Ausbau von Internet-Hochleistungsnetzen beschleunigen.

DER
OSTEN
MACHTS!



FÜR EINE FREIHEITSORIENTIERTE VERKEHRS- UND MOBILITÄTSPOLITIK

Mit der politischen Bekämpfung des Verbrennungsmotors, dem Zwang zur Elektromobilität und der drastischen Belastung des Treibstoffpreises durch die fortgesetzte Erhöhung von Steuern und Abgaben wollen die Altparteien eine sogenannte „Verkehrs-“ oder „Mobilitätswende“ verwirklichen. Dabei handelt es sich um ein im Kern planwirtschaftliches Projekt. Triebfeder dieser Politik ist der Anspruch, mittels einer innerhalb weniger Jahre zu erreichenden „Dekarbonisierung“ Deutschlands die Welt zu retten. Diese Hoffnung hat sich längst als Illusion erwiesen. Die tatsächlichen Folgen hingegen bestehen in einer fortschreitenden Deindustrialisierung, einem drastischen Wohlstandsverlust und der zunehmenden Einschränkung individueller Freiheit. Die AfD Thüringen sieht ihre Aufgabe in einer Verkehrs- und Mobilitätspolitik, welche den Wohlstand fördert, den Schutz von Natur und Umwelt berücksichtigt und die individuelle Freiheit wahrt.

Individualverkehr

Die AfD tritt für die Freiheit des Individualverkehrs mit dem Pkw ein. Dabei ist es für uns unerheblich, ob sich die Menschen für Pkw mit Benzin-, Diesel- oder Elektroantrieb entscheiden. Für uns steht im Vordergrund, dass kein Antriebskonzept planwirtschaftlich bevorzugt oder ausgeschlossen wird. Die Thüringer Automobilindustrie leidet unter den Auswirkungen der ideologisch ausgerichteten Mobilitätspolitik der Altparteien. Erste Unternehmen der mittelständischen Automobilzulieferbranche mussten ihre Tore schließen, weitere sind in ihrer Existenz bedroht.

Es ist nach unserer Überzeugung Aufgabe der Wirtschaft, den Anforderungen und der Nachfrage der Verbraucher entsprechend aus neuen Technologien attraktive, markttaugliche Produkte zu entwickeln. Wie die Politik in den letzten Jahren eindrucksvoll bewiesen hat, fehlt ihr schlicht die Kompetenz, diese Technologieentscheidungen für die Industrie, den

Bei der „Verkehrswende“ handelt es sich um ein letztlich planwirtschaftliches Projekt, mit dem das illusorische Ziel einer „Dekarbonisierung“ erreicht werden soll. Der Preis dafür: Einschränkung der Freiheit und Wohlstandsverlust.

Wir stehen für eine Verkehrspolitik, die den Wohlstand fördert, den Schutz der Natur berücksichtigt und die Freiheit wahrt.

Wir wollen eine Verkehrspolitik, die die Menschen nicht bevormundet und technologieoffen ist.

FÜR EINE FREIHEITSORIENTIERTE VERKEHRS- UND MOBILITÄTSPOLITIK

Mittelstand und die Verbraucher zu treffen. Die Zukunftsfähigkeit von Technologien ist Sache der Innovationskraft in Wirtschaft und Wissenschaft einerseits und des Verbraucherwillens andererseits. Aufgabe der Politik ist es, für technologie-offene Entwicklungen den angemessenen Rahmen zu setzen, nicht aber, planwirtschaftliche Vorgaben zu dekreten.

Die Thüringer AfD steht für Technologieoffenheit. Das bedeutet etwa, dass der Einsatz synthetischer Treibstoffe bei zukünftigen Antriebskonzepten nicht politisch ausgeschlossen wird. Soweit die bisherigen politischen Vorgaben zur Antriebstechnik im Rahmen der „Mobilitätswende“ absehbar große Teile der Bevölkerung vom Individualverkehr ausschließen, setzen wir uns für eine Aufhebung dieser Vorgaben ein.

Ideologisch motivierte Einschränkungen des Pkw-Individualverkehrs in Städten lehnen wir ab. Wir bevorzugen alternative Konzepte wie eine intelligente und zugleich umweltsensible Verkehrssteuerung.

Der Verbrennungsmotor sichert in Thüringen immer noch zahlreiche Arbeitsplätze, die es zu erhalten gilt. Die damit ausgestatteten Kleintransporter sind das transporttechnische Rückgrat der meisten kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe. Eine Politik, die den entsprechenden Interessen schadet, lehnen wir ab.

Elektromobilität in Thüringen

Die Elektromobilität erweist sich in vielen Anwendungsszenarien als untauglich. Hierzu tragen nicht nur der hohe Preis und die noch immer problematische Reichweite der Fahrzeuge bei. Auch die immer unsicherer werdende Verfügbarkeit von Strom führt dazu, dass sich der Großteil der Verbraucher gegen Elektromobilität entscheidet.

*Ideologisch motivierte
Einschränkungen des
Pkw-Verkehrs lehnen
wir ab.*

Wir stehen der Elektromobilität als solcher nicht ablehnend gegenüber. Ihrer Weiterentwicklung zur Alltagstauglichkeit sehen wir offen entgegen, eine Mobilitätsplanwirtschaft lehnen wir aber ab. Zudem sehen wir es als problematisch an, dass der Ausbau der E-Mobilität einen horrenden Ressourcenverbrauch (beispielsweise Lithium, Kobalt und Wasser) und Umweltzerstörungen in anderen Erdteilen zur Folge hat.

Radverkehr

Dem Radverkehr messen wir große Bedeutung bei. Gerade in Städten bietet das Radfahren manchen Vorteil für die individuelle Mobilität. Wir wollen dementsprechend den Ausbau und die Instandhaltung von Radwegen und die Beseitigung von Lücken im Radwegenetz fördern. Eine zum einseitigen Nachteil des Pkw-Verkehrs betriebene Bevorzugung des Radverkehrs oder die staatliche Subventionierung des Kaufs von Lastenfahrrädern lehnen wir ab.

Das Radwegenetz soll instand gehalten und ausgebaut werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Viele Menschen sind auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mittels Bus und Bahn angewiesen. Ausschließlich wirtschaftliche Überlegungen ohne Berücksichtigung der öffentlichen Belange können dessen weiteren Betrieb gefährden und dazu führen, dass besonders der ländliche Raum weiter abgehängt wird. Für die AfD ist ein funktionierender, zuverlässiger und günstiger ÖPNV ein unabdingbarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Der ÖPNV hat im Übrigen eine wichtige Funktion bei der Erschließung Thüringens als Fremdenverkehrs- und Erlebnisregion. Wir wollen in Kooperation mit lokal tätigen Verkehrsunternehmen Lösungen für den Erhalt und den Ausbau eines attraktiven Personennahverkehrsnetzes anstreben. Dafür müssen Leistungen gegebenenfalls auch auf Strecken mit schwacher Nachfrage angeboten werden. Wir setzen uns für die Nutzung von Rufbussen und Sammeltaxen ein.

Für uns ist eine gute ÖPNV-Anbindung ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge.

FÜR EINE FREIHEITSORIENTIERTE VERKEHRS- UND MOBILITÄTSPOLITIK

Des Weiteren wollen wir für Menschen mit Behinderung, Kinder und Auszubildende eine möglichst kostenfreie Nutzung des ÖPNV gewährleisten. Einen generell fahrschein- bzw. kostenfreien ÖPNV als vollständigen Subventionsbetrieb lehnt die AfD ab.

Sicherheit im ÖPNV

Der beste ÖPNV nützt nichts, wenn man ihn aus Angst vor Kriminalität nicht in Anspruch nimmt. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass Bahnhöfe, Haltestellen und Züge wieder sichere Orte werden.

Schienengebundener Personenverkehr

Der schienengebundene Personenfernverkehr ist über den Ausbau bereits vorhandener Strecken und durch Reaktivierung von Strecken, die sich derzeit nicht in Betrieb befinden, zu erhalten und auszubauen. So ist nach der Inbetriebnahme der Neubaustrecke Erfurt–Ebensfeld zwar die Landeshauptstadt sehr gut an den Fernverkehr angebunden, für den wichtigen Industrie- und Universitätsstandort Jena beispielsweise hat sich durch Wegfall von Fernverkehrsverbindungen die Lage jedoch verschlechtert.

In öffentlichen Verkehrsmitteln muss Sicherheit herrschen.

Schienengüterverkehr

Überall dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, setzen wir uns im Sinne einer Entlastung der Straßen und der Umwelt dafür ein, dass der Schienengüterverkehr gestärkt wird. Für den Ausbau und die Modernisierung der dafür notwendigen Infrastruktur wollen wir uns auf der Bundesebene einsetzen.

Internationaler Flughafen Erfurt-Weimar

Thüringen verfügt mit dem Standort Erfurt-Weimar über einen modernen, für internationale Flüge geeigneten Flughafen. Dieser stellt einen wichtigen und entwicklungsfähigen Standortfaktor auch für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen dar, den wir erhalten wollen.

DER
OSTEN
MACHTS!



FÜR EINE VERNUNFTGELEITETE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

KAPITEL 11

Landesregierung, Bund und Europäische Union verfolgen eine verantwortungslose Politik der „Transformation“ unserer Energieversorgung. Diese Politik beinhaltet drastische Verbote und führt zu erheblichen Preissteigerungen für Bürger und Unternehmen. Industrie- und Gewerbebetriebe in Thüringen werden gefährdet und alle Verbraucher, vor allem aber einkommensschwache Haushalte, belastet. Wir setzen uns demgegenüber für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung ein.

Wir setzen uns für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung ein.

„Erneuerbare“ Energien nur im Einklang mit sicherer Versorgung und Naturschutz

Es hat sich längst herausgestellt, dass die „Energiewende“ in Deutschland Strom-, Kraftstoff- und Heizkosten erheblich erhöht hat. Zudem ist die Energieversorgung unsicherer geworden und die Wahrscheinlichkeit eines großflächigen Stromausfalls (Blackout) gestiegen.

Die „Energiewende“ hat nicht nur zu einer drastischen Verteuerung der Energiepreise geführt, sondern sie hat unsere Energieversorgung unsicher gemacht.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Einsatz „erneuerbarer“ Energien, wollen aber deren planwirtschaftliche Förderung, beispielsweise durch garantierte Abnahmepreise, beenden.

Kein Windindustrierausbau

Die Windenergie ist weder grundlast- noch spitzenlastfähig, mit Einschnitten in die Natur verbunden und nicht zuletzt Auswuchs von Klientelpolitik zugunsten der Windindustrie. Die AfD lehnt den weiteren Bau von Windenergieanlagen generell und insbesondere im Wald ab. Gleiches gilt für den Verbrauch landwirtschaftlich nutzbarer bzw. ökologisch weitgehend unbelasteter Flächen für Photovoltaikanlagen.

Der Bau und der Betrieb von Windindustrieanlagen schädigen die Natur: Flächen werden dauerhaft versiegelt, Hunderttausende auch unter Naturschutz stehender Vögel, Fledermäuse und Insekten werden getötet. Ganze Landschaften

Wir lehnen den weiteren Bau von Windenergieanlagen insbesondere auch im Wald ab.

FÜR EINE VERNUNFTGELEITETE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

werden verschandelt und unsere Heimat wird damit zerstört. Eine solche Politik tragen wir nicht mit.

Solange der Ausbau von Windenergie- und Solaranlagen über die Bundesebene noch nicht gestoppt ist, wollen wir sicherstellen, dass die Bürger auf kommunaler Ebene wirksamere Möglichkeiten erhalten, derartige Anlagen zu verhindern.

Keine Monsterstromtrassen durch Thüringen

Die Stromtrassenprojekte SuedLink, SuedOstLink und zuletzt auch „P540“ sind direkte Folge der Energiewendepolitik, die alle Altparteien auch gegen den Widerstand in der Bevölkerung in Thüringen mittragen. Mit diesen Projekten soll Windstrom aus Norddeutschland in die Industrieregionen Süddeutschlands transportiert werden. Dazu werden (Erd-)Kabeltrassen durch ganz Deutschland verlegt, die auch durch Thüringen geführt werden.

Die Thüringer AfD fordert, den Einspeisevorrang „erneuerbarer“ Energien zu beenden. Energieunternehmen, deren Anlagen einen kostenintensiven Regelungsbedarf im Stromnetz erzeugen, sollen an den Kosten für die Netzeingriffe beteiligt werden. SuedLink und SuedOstLink lehnen wir ebenso ab wie „P540“.

Energiespeicherung

Die durch Windenergie- und Photovoltaikanlagen erzeugte Elektroenergie kann nicht wirtschaftlich gespeichert werden. Die derzeit zur Verfügung stehenden technischen Lösungen weisen ein sehr geringes Speichervolumen auf und sind teuer. Geeignete Batterielösungen existieren nicht.

Bereits bestehende Pumpspeicherkraftwerke stellen derzeit die Energiespeicher für eine sichere Versorgung dar. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Thüringer Pumpspeicherkraftwerke

Wir fordern, dass der „Einspeisevorrang“ der „erneuerbaren“ Energien beendet wird.

bessere Marktbedingungen erhalten. Der Neubau von Pumpspeicherkraftwerken in Thüringen ist hingegen nicht zu forcieren und würde grundsätzlich einen großen Flächenbedarf benötigen.

Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien wollen wir fördern. Die Subventionierung des Betriebs von Stromspeichern auf Steuerzahlerkosten, wie sie die Altparteien praktizieren, halten wir nicht für sinnvoll.

Ein kluger Energieerzeugungsmix für Thüringen

Bei der Stromerzeugung in Thüringen setzen wir primär auf Gasthechnologie, am besten im Verbund mit der Nutzung der Abwärme für Heizungszwecke. Wir befürworten energiepolitische Maßnahmen, welche die umweltfreundliche, konventionelle und bedarfsgerechte Stromerzeugung wieder möglich machen.

Die Energiepolitik muss auf eine umweltfreundliche und bedarfsgerechte Stromerzeugung aus einem Energiemix ausgerichtet werden.

Durch das Abschalten der letzten Kernkraftwerke hat sich Deutschland mehr denn je von Stromimporten abhängig gemacht. Dies ist ein Irrweg. Die AfD befürwortet demgegenüber den raschen Wiedereinstieg in die Kernenergienutzung in Deutschland. Dazu muss auch die Forschung zur Kernenergienutzung und zur Weiterverwertung des „Atommülls“ („Transmutation“) wieder aufgenommen werden.

Wir befürworten den raschen Wiedereinstieg in die Kernenergienutzung.

Die Sanktionspolitik gegenüber Russland hat die Energiekrise verstärkt. Wir befürworten einvernehmliche Handelsbeziehungen, damit Erdgaslieferungen aus Russland wieder erfolgen können. Die Nord-Stream-Pipelines sind zu reparieren.

Wir befürworten einvernehmliche Handelsbeziehungen mit Russland, damit wieder Erdgaslieferungen erfolgen können. Dazu müssen auch die Nord-Stream-Pipelines repariert werden.

Biogasanlagen können lokal zur Stromerzeugung beitragen. Ihr Betrieb soll allerdings nicht auf dem Anbau von landwirtschaftlichen Monokulturen basieren. Wasserkraft kann

FÜR EINE VERNUNFTGELEITETE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

weiterhin in geringem Umfang zur Stromerzeugung beitragen, sofern sie dem Gewässerschutz nicht entgegensteht und rentabel erfolgen kann. Energieerzeugung durch Gas, das mittels der sogenannten Fracking-Methode gewonnen wird, lehnen wir aufgrund der Umweltschäden, die mit dem Fracking einhergehen, ab.

Wasserstoff

Die Erzeugung von Wasserstoff als Energieträger ist ihrerseits mit hohem Energie- und Materialbedarf verbunden. Wasserstoff kann unserer Ansicht nach nur regional begrenzt zur Deckung des Energiebedarfs beitragen. Der flächendeckende Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur wäre immens teuer, hätte also erneut Energiepreisstegungen zur Folge. Abgesehen davon ist eine praktische Realisierung mit zahllosen Problemen behaftet. Die Produktion des sogenannten grünen Wasserstoffs sehen wir besonders skeptisch, da sie insbesondere durch Windkraft erfolgt, sie also die fragwürdige Windkraftindustrie voraussetzt.

Energieeffizienzvorgaben

Die im Rahmen der „Energiewende“ verfolgte Politik einer übergreifigen Regulierungswut in Sachen Energieeinsparung ist verfehlt. Die derzeitigen Dämmungsvorschriften für Gebäude gehen über ein vernünftiges Maß hinaus und verteuern und verzögern Bauvorhaben unnötig. Die AfD lehnt den Zwang gegenüber Eigentümern und Energieverbrauchern ab, die Energieeffizienz von Gebäuden und Verbrauchseinrichtungen zu erhöhen. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften auf ein Mindestmaß zu beschränken. Auf Landesebene wollen wir unnötige Vorgaben aufheben sowie das Thüringer Klimagesetz abschaffen.

*Wir lehnen die
übergreifige und
freiheitsfeindliche
Regulierungswut im
Rahmen der „Energie-
wende“ ab.*

Das vom Bund vorgeschriebene Verbot von konventionellen Öl-, Gas- und Holzheizungen stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in Eigentums- und Freiheitsrechte dar und ist auch wegen der mit ihm verbundenen weiteren Kostenexplosion abzulehnen.

Das Verbot konventioneller Heizanlagen bedeutet eine unverhältnismäßige Freiheitsbeschränkung.

Die „Energiewende“ belastet den ländlichen Raum in Ostdeutschland besonders stark

Die „Energiewende“ belastet etwa mit dem Verbot konventioneller Heizungen die Menschen in den ländlichen Gebieten in besonderem Maße. Gerade dort wird vielfach mit Holz geheizt. Zudem läuft in Ostdeutschland die 30-jährige Bestandsfrist für zahllose Öl- und Gasheizungen ab, sodass in den kommenden Jahren neue Heizanlagen eingebaut werden müssen, die oft wesentlich teurer sind als herkömmliche Anlagen. Die Thüringer AfD steht für eine Energiepolitik, die die Interessen des ländlichen Raumes nicht missachtet und die Menschen nicht finanziell in die Knie zwingt.

Dem Klimawandel klug begegnen

Die Klimaschutzpolitik der Altparteien ist widersinnig: Die im Pariser Abkommen vereinbarte Reduktion von CO₂-Emissionen betrifft faktisch nur westliche Industrienationen wie Deutschland. Insbesondere den großen CO₂-Emittenten wie Indien und China erlaubt das Pariser Abkommen sogar die drastische Steigerung der CO₂-Emissionen. So läuft die derzeitige Klimaschutzpolitik auf eine Deindustrialisierung westlicher Industrienationen hinaus.

Die Klimaschutzpolitik der Altparteien bedeutet eine Deindustrialisierung unseres Landes. Sie bedroht auch die Thüringer Automobilindustrie.

Bereits jetzt werden die Folgen dieser Politik auch in Thüringen spürbar. Sie zerstört die Weltmarktführerrolle großer deutscher Automobilkonzerne und die Geschäftsgrundlage der ansässigen Zuliefererindustrie. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die seit Anfang 2021 erhobene preistreibende „CO₂-Steuer“ entschieden ab.

FÜR EINE VERNUNFTGELEITETE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

*Wir brauchen einen
besseren Hochwas-
serschutz und einen
dürrebeständigen
Waldumbau.*

Die AfD setzt sich für einen verbesserten Hochwasserschutz und einen dürrebeständigen Waldumbau ein. Wir wollen Wälder aufforsten und fordern eine bessere Prävention von Waldbränden. Selbstverständlich unterstützen wir auch die Erforschung und Weiterentwicklung von Technologien, die einen vernünftigen Umgang mit dem Klimawandel ermöglichen.

FÜR DIE BEWAHRUNG DER THÜRINGER NATUR UND FÜR DAS TIERWOHL

KAPITEL 12

Die AfD setzt sich seit ihrer Gründung für Umwelt- und Naturschutz sowie den Tierschutz ein. Dabei sehen wir den Menschen als umsichtigen Gestalter und Bewahrer, der sich selbst als Teil seiner Umwelt mit einbezieht. Wir lassen uns von der Erkenntnis leiten, dass nur eine gesunde und artenreiche Umwelt die Grundlage für zukünftige Generationen sein kann. Wir wollen Schutzgüter wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft und unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt bewahren. Ziel unserer Umweltpolitik ist es, Thüringen als das grüne Herz Deutschlands und den hiesigen Artenreichtum zu erhalten, Flächenverbrauch zu vermindern, Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu. Die Erhaltung unserer Heimat stärkt die Lebensqualität in Gegenwart und Zukunft und erhöht die Verbundenheit mit unserem einzigartigen Thüringen.

Ziel unserer Umweltpolitik ist es, Thüringen als das grüne Herz Deutschlands zu erhalten.

Ausbau der Windindustrie stoppen und die Natur schützen

Den weiteren Ausbau der Windindustrie in Thüringen lehnen wir strikt ab, sowohl im Offenland als auch im Wald. Auch Kalamitätsflächen eignen sich nicht als Standort für Windanlagen. Die Windindustrie schadet der Natur und beeinträchtigt neben Menschen, Tieren und Pflanzen auch den Wasserhaushalt, das Mikroklima und die Böden und nicht zuletzt das Landschaftsbild. Für den Bestand von geschützten Arten wie den Rotmilan stellt die Windindustrie eine Gefahr dar, aber auch beispielsweise Bussard, Schwarzstorch, Uhu und Auerwild werden beeinträchtigt. Eine Vielzahl anderer Tiere wie Fledermäuse und Insekten wird ebenfalls durch den Bau und den Betrieb der Anlagen gestört, verletzt oder getötet.

Die Windindustrie schadet der Natur, ihren weiteren Ausbau lehnen wir auch deshalb ab.

Insektensterben untersuchen und Gegenmaßnahmen einleiten

Die seit Jahren festzustellende Abnahme von Insektenarten und -beständen gefährdet nicht nur die Existenz der Insekten selbst, sondern auch den biologischen Kreislauf und damit

FÜR DIE BEWAHRUNG DER THÜRINGER NATUR UND FÜR DAS TIERWOHL

weitere Tierarten und letztlich auch den Menschen. Die Verantwortung für das Insektensterben wird von der Landes- und der Bundesregierung einseitig der Landwirtschaft angelastet. Auf dieser Sicht basierende Maßnahmen wie die Fokussierung auf Blühstreifen haben kaum eine Besserung erbracht.

Gleichzeitig mangelt es an Untersuchungen, die die Auswirkungen der Energiewendeindustrie auf verschiedene Umweltfaktoren betrachten. Dies wollen wir ändern. Eine umfassende und ideologiefreie Studie, welche die Folgen von Windkraftindustrie, Photovoltaik, Lichtverschmutzung oder Flächenverbrauch berücksichtigt, soll Auskunft hierüber geben und dadurch eine Perspektive für effektive Gegenmaßnahmen eröffnen.

Bestandserhalt von Wildtieren

Der Bestand von Bodenbrütern wie Rebhuhn und Feldlerche, aber auch der von Niederwild (wie dem Feldhasen) hat seit einigen Jahren in besorgniserregendem Umfang abgenommen oder verharret auf einem niedrigen Niveau. Maßnahmen wie das Anlegen von Blühstreifen haben allenfalls einen kleinen Effekt erzielt. Daher ist ein umfassenderes Denken nötig. Beispielsweise sollten großflächigere sogenannte Insektenoasen, wie sie etwa in Großbritannien angelegt werden, auch in Thüringen erprobt werden. Hiervon profitieren alle entsprechenden Glieder des biologischen Kreislaufs. Dazu muss es auch eine stärkere Bejagung von eingeschleppten Raubtieren wie dem Waschbären geben, der insbesondere die Bodenbrüter gefährdet. Die personelle und finanzielle Ausstattung der Vogelschutzwarte Seebach ist zu verbessern.

*Wir befürworten
effektive Maßnahmen
zum Erhalt der heimischen
Wildtierarten.*

Tiere sind fühlende Wesen – Lebendversuche kritisch betrachten

Die AfD setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze ein. Tiere sind Geschöpfe und keine Sachgegenstände. Zur Reduzierung von Tierversuchen befürworten wir einen verstärkten Einsatz alternativer Forschungsmethoden.

Artgerechte Haltung von Nutz- und Schlachttieren

Wir setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung ein. Transporte von Nutz- und Schlachttieren sollten nur über möglichst kurze Distanzen zum nächstgelegenen regionalen Schlachtbetrieb durchgeführt werden. Die verstärkte Nutzung moderner mobiler Schlachteinheiten befürworten wir und wollen ihren Einsatz entbürokratisieren. Veterinärbehörden müssen für ihre Aufgabenerfüllung über ausreichend Personal verfügen. Im Bereich der Nutz- und Schlachttierhaltung setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit den Landwirten.

Transporte von Nutz- und Schlachttieren sollen über möglichst kurze Distanzen erfolgen.

Wiederansiedlung einst heimischer Arten

Die Wiederansiedlung von Arten, die in unseren Regionen einst heimisch gewesen sind, ist nur dann durchzuführen, wenn ein langfristiges, wissenschaftlich fundiertes Konzept hierzu existiert. So kann die Wiederansiedlung des Luchses nur in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten gelingen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bestand an Wölfen in Thüringen und Deutschland nach skandinavischem Vorbild reduziert wird. Wolfsrisse bei Nutztierherden sollen dadurch abgewendet werden. Betroffene wollen wir unbürokratisch und vollwertig entschädigen.

Der Bestand an Wölfen soll nach skandinavischem Vorbild reduziert werden.

FÜR DIE BEWAHRUNG DER THÜRINGER NATUR UND FÜR DAS TIERWOHL

Management invasiver Arten

Sich invasiv ausbreitende Arten, die unsere heimische Flora und Fauna bedrohen, wie Marderhund, Nilgans und Waschbär, aber auch Pflanzen wie Riesenbärenklau, müssen rechtzeitig dokumentiert, unter Kontrolle gebracht und reduziert werden. Waschbären siedeln sich vermehrt in Ortschaften an. Garten- und Grundstücksbesitzer erleiden zahlreiche Schäden durch diese Tiere; zudem wird vor allem der Bestand heimischer Bodenbrüter durch sie beeinträchtigt. Der Waschbär muss durch konsequente Bejagung zurückgedrängt werden.

Tierschutzeinrichtungen helfen

Zu einem ernsthaften und effektiven Tierschutz gehört auch die Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Helfer, die sich für das Tierwohl einsetzen und die sich zu einem Großteil über Spenden finanzieren müssen. Sie leisten vor Ort wertvollen Tierschutz.

Infolge des Onlinehandels mit Tieren sind gerade Tierheime immer wieder mit Fällen illegaler Tierhaltung konfrontiert. Wir wollen nicht nur die entsprechenden Kontrollbehörden personell stärken, sondern auch Kampagnen zur Aufklärung initiieren und betroffene Tierheime finanziell unterstützen. In der Zeit der Corona-Maßnahmen gerieten zahlreiche Tierheime in finanzielle Bedrängnis. Wir setzen uns für eine bessere Förderung der Einrichtungen durch das Land ein.

Projekte zum Schutz von Jungtieren

Jungtiere wie Kitze, Feldhasen, aber auch Gelege von Bodenbrütern wie Rebhühnern können durch das Absuchen von Flächen mit Wärmebilddrohnen vor der Mahd gefunden und gerettet werden. Hier engagieren sich viele Ehrenamtliche in Zusammenarbeit mit Landwirten und

Die Ausbreitung invasiver Tier- und Pflanzenarten, die unsere heimische Flora und Fauna bedrohen, muss kontrolliert und reduziert werden.

Jagdausübungsberechtigten im Freistaat zum Wohl der Natur. Der Einsatz der effektiven Drohnentechnik ist auch auf Landesebene zu fördern.

Verbot des Schächtens

Nach dem Vorbild von gesetzlichen Regelungen, die schon in Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und weiteren europäischen Ländern gelten, lehnt die AfD das industrielle Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab.

Eintragung von Nährstoffen in unser Ökosystem

Die Eintragung von Nährstoffen in unser Ökosystem (Eutrophierung) ist ein Problem, für das mehrere Ursachen zu nennen sind und das schon über einen längeren Zeitraum besteht. Viele dieser Einträge stammen aus der Zeit der DDR. Allein die heutige Landwirtschaft verantwortlich zu machen, ist nicht gerechtfertigt und vernachlässigt die positive und wichtige Rolle der Landwirte beim Natur- und Umweltschutz. Wir wollen die Eutrophierungsproblematik in enger Kooperation mit den Landnutzern und den Kommunen auf wissenschaftlicher Basis angehen.

Die Problematik der Eutrophierung ist nur in enger Kooperation mit den Landnutzern und den Kommunen zu bewältigen.

DER
OSTEN
MACHTS!



FÜR EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft ist das Rückgrat unserer Nahrungsmittelversorgung. Sie leistet einen unentbehrlichen Beitrag zur Bewahrung unserer Natur- und Kulturlandschaft und ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Thüringer AfD steht zum gewachsenen Agrarwesen, zu den Landwirten und zum ländlichen Raum. Unsere Politik verfolgt einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem Wohlergehen unserer heimischen Landwirtschaft, den Interessen des Umweltschutzes, der Pflege unserer Kulturlandschaft und dem Verbraucherschutz. Nur so kann Thüringen als Wirtschaftsstandort und Lebensraum gestärkt werden – ohne Bauern keine Zukunft!

Die AfD steht zum gewachsenen Agrarwesen, zu den Landwirten und zum ländlichen Raum.

Auch das Thüringer Forstwesen hat eine lange Tradition. Aktuell steht es vor der großen Herausforderung der nachhaltigen Wiederbewaldung. Dabei gilt es nicht nur, die Aufforstung zu unterstützen, sondern auch den Wald als natürliches Refugium von Pflanzen und Tieren, als Erholungsgebiet und als Holzlieferanten zu bewahren, zu entwickeln und ihn vor der Zerstörung durch die Windkraftindustrie zu schützen.

Eine gesunde Landwirtschaft stärkt Thüringen

Die Agrarpolitik auf EU-, Bundes- und Landesebene hat viele nachteilige Folgen. Durch Maßnahmen und Verordnungen werden der Kostendruck und der bürokratische Aufwand für die Bauern unentwegt erhöht, während sie zugleich immer stärker dem globalen Wettbewerb ausgeliefert sind. Landwirtschaftliche Betriebe können die zusätzlichen Kosten oft nur teilweise weitergeben, geraten so in existenzielle Nöte und werden noch mehr von Subventionen abhängig gemacht. Andere politische Maßnahmen (auch der EU) führen zu einer Reduzierung der Sortenvielfalt. Eine entsprechende Politik lehnt die AfD ab. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, die Überregulierung in der Landwirtschaft abzubauen. Wir fordern einen wirkamen Schutz vor dem Ausverkauf unserer Agrarflächen und Landwirtschaftsbetriebe. Nutzungseinschränkungen für land-

Wir setzen uns dafür ein, dass die Überregulierung, die unsere Landwirtschaft bedrängt, abgebaut wird.

FÜR EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

aber auch für forstwirtschaftliche Betriebe, die beispielsweise durch Leitungsbau von Stromtrassen, durch Windkraftanlagen oder durch das „Grüne Band“ bedingt sind, sollen vermieden werden.

Es ist uns wichtig, die Grünlandbewirtschaftung, die zur Biodiversität beiträgt, zu stärken und auszubauen. Sie stellt einen Kern einer intakten Kulturlandschaft dar. Deshalb wollen wir eine verstärkte Förderung der Grünlandbewirtschaftung und der dafür notwendigen Tierhaltung voranbringen.

Moderne Landwirtschaft ist in zunehmendem Maße digitale Landwirtschaft und auf gute Breitbandversorgung angewiesen. Es gilt, den raschen Ausbau einer flächendeckenden Breitbandversorgung voranzutreiben.

Qualität aus Thüringen

Ein Qualitätsmerkmal der hiesigen Landwirtschaft ist der regionale Ursprung der Produkte in Aufzucht und Verarbeitung. Diese Regionalität gilt es auszubauen, beispielsweise durch die Wiederansiedlung von Schlachtstätten und den Ausbau der mobilen Schlachtung (so werden auch Tiertransporte verhindert).

Fleischerzeugnisse aus Thüringen haben weit über die Grenzen des Freistaates hinaus einen ausgezeichneten Ruf. Wir brauchen eine ausgewogene Mischung aus preiswerter und qualitativ hochwertiger Fleischproduktion. Stagnation bzw. Rückgang der Tierhaltung in Thüringen sehen wir mit Sorge. Absatzhindernisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Thüringen müssen beseitigt werden. Auch deswegen kritisieren wir die Russland-Sanktionen. Alternativen Formen der Landwirtschaft – wie z. B. der sogenannten solidarischen Landwirtschaft oder der Agrarforstwirtschaft – stehen wir offen gegenüber.

Die Grünlandbewirtschaftung soll besser gefördert werden.

Die Regionalität der Thüringer Landwirtschaft ist zu stärken, beispielsweise durch den Ausbau der mobilen Schlachtung.

Gentechnik in der Landwirtschaft nur nach sorgfältiger Prüfung

Voraussetzung für den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft muss eine sorgfältige Folgenabschätzung für Mensch und Umwelt sein. Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft darf nur erfolgen, wenn negative Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Natur ausgeschlossen sind. Er darf zudem nicht zulasten der Sorten- und Saatgutvielfalt gehen und zu einer Abhängigkeit von großen Agrarkonzernen führen. Gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel oder aus diesen gewonnene Produkte müssen gekennzeichnet sein. Die AfD ist grundsätzlich dafür, die Agrarforschung zu unterstützen und die Landwirtschaft vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen zukunftsfähig zu erhalten. Neuen Technologien, die für Mensch und Umwelt sinnvoll sind, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Die Thüringer Wälder – das grüne Herz unseres Freistaates

Die Thüringer Wälder sind Teil unserer Identität, sie prägen seit Jahrhunderten unseren Charakter und sind wichtiger Bestandteil der Wirtschaft und ein Aspekt unserer Lebensqualität. Der Wald steht unter besonderem gesetzlichen Schutz, seine Erhaltung und seine Mehrung sind im Thüringer Waldgesetz ausdrücklich gefordert.

Das Ökosystem Wald beeinflusst Artenvielfalt sowie Luft- und Wasserqualität positiv und sichert so unsere Lebensgrundlagen. Doch das grüne Herz ist durch eine verfehlte Forstpolitik bedroht. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat es versäumt, rechtzeitig und angemessen auf die Schädigung der Wälder zu reagieren. Hier muss gegengesteuert und eine zielstrebige Wiederbewaldung verfolgt werden.

Die Thüringer Wälder sind Teil unserer Identität und ein Aspekt unserer Lebensqualität. Wir wollen ihren Schutz und ihre Erhaltung.

Eine zielstrebige Wiederbewaldung muss in Angriff genommen werden.

FÜR EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Für die Wiederbewaldung bedarf es ausreichenden Personals und Saatguts. Der Saatgutbedarf sollte grundsätzlich durch eigene Zucht gedeckt werden können. Die AfD befürwortet die Intensivierung der Forschung zu einem nachhaltigen Waldumbau und fordert eine Strategie zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses.

Windenergieanlagen haben negative Auswirkungen auf die verschiedenen Funktionen des Waldes. Zur Errichtung und zum Betrieb der Anlagen sind ein entsprechendes Wegenetz sowie eine Netzanbindung notwendig – was zu einer noch größeren Zerstörung von Waldflächen führt. Der Wald soll von Windindustrie daher grundsätzlich und dauerhaft freigehalten werden.

Die Landesforstanstalt soll nicht primär dazu dienen, finanzielle Gewinne zu beschieren. Es geht vielmehr darum, die traditionell gewachsene Forstwirtschaft zu stärken und für junge Menschen wieder attraktiv zu machen.

Die Wälder müssen durch gezielte und großflächige Waldbaumaßnahmen gestärkt werden, ohne dass dies zulasten heimischer Wildtiere geht – ein gesunder Wald ist nur mit Wild denkbar. Angesichts großer Schäden, die unseren Wäldern in jüngster Zeit insbesondere durch Borkenkäfer und Trockenheit zugefügt wurden, ist es wichtig, den Wald so umzubauen, dass er geänderten Umweltbedingungen besser standhalten kann.

Naturschutz durch waidgerechte Jagd

Die AfD sieht Jäger als staatlich geprüfte Naturschützer und weiß ihren Einsatz für unsere Natur- und Kulturlandschaft zu schätzen. Mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit in Wald, Feld und

Der Waldumbau muss darauf abzielen, den Wald für geänderte Umweltbedingungen fit zu machen.

FÜR EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

KAPITEL 13

Flur leisten die Jäger mit großer Fachkompetenz einen unschätzbaren Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz.

Das Landesjagdgesetz bedarf keiner grundlegenden Überarbeitung. Wo im Detail Ergänzungen sinnvoll sind, wie z.B. bei der Jagdausbildung, wollen wir diese vornehmen. Die Aufweichung alter Jagdtraditionen und der Jagdausbildung lehnen wir ab.

Neue gesetzliche Einschränkungen, beispielsweise durch ein Verbot bleihaltiger Jagdmunition oder durch neue Restriktionen bei der Ausbildung von Jagdhunden oder Beizvögeln, lehnen wir ab. Vielmehr wollen wir die Rolle der Jäger im Umwelt- und Naturschutz und ihr ehrenamtliches Engagement stärken. Dazu gehört auch die Befreiung von unnötigen bürokratischen und finanziellen Belastungen. Auch die Hegegemeinschaften wollen wir unterstützen. Diese haben sich als jagdliche Institution bewährt und sind ein Garant dafür, die Jagd in Thüringen nachhaltig und naturgerecht zu gestalten.

Wir lehnen immer weiterreichende Einschränkungen und Belastungen der Jagd ab.

Wir unterstützen die Hegegemeinschaften. Sie sind ein Garant für die nachhaltige Jagd.

Wild gehört zum Wald

Die „Wald vor Wild“-Ideologie der Thüringer Landesregierung ist falsch. Sie degradiert Wild zu Schädlingen und schränkt die Jagdausübung ein. Es hat sich gezeigt, dass diese Jagdstrategie nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und bei den betroffenen Wildtieren unnötigen Stress auslöst. Eine waidgerechte Jagd ist so kaum noch möglich. Zudem werden die Tiere in ihrer natürlichen Lebensweise stark eingeschränkt. Wir sagen: Wild gehört zum Wald und umgekehrt.

Eine Jagdpolitik, die das Wild als Schädling begreift, ist verfehlt. Wild gehört zum Wald.

Die wiederkäuenden Schalenwildarten sind ein wertvoller und wichtiger Teil des Ökosystems. Der immer stärkere Abschuss auch durch Schonzeitverkürzungen darf nicht als einziges und einfaches Mittel angesehen werden, um Naturverjüngung vor

FÜR EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

dem Verbiss zu schützen. Technische Schutzmaßnahmen beim Verbissschutz sind sinnvoller als immer höhere Abschussvorgaben. Einen Mindestabschussplan für Rehwild lehnen wir ab. Er ist wildbiologisch nicht begründbar und stempelt das Rehwild als Schädling ab.

*Muffel- und Rotwild-
bestände müssen
geschützt werden.*

Gerade das Muffelwild hat durch die politisch motivierte einseitige Förderung des Wolfes stark gelitten und ist mittlerweile in seinem Bestand bedroht. Während sich das Raub- und Rudeltier Wolf immer weiter und weitgehend ungehindert in Deutschland und Thüringen ausbreitet, haben Weidetierhalter und das Muffelwild das Nachsehen. Hier gilt es gegenzusteuern, den Bestand zu stabilisieren und die Weidetierhalter zu unterstützen.

Dem Rotwild ist in Thüringen ein artgerechtes Leben zu ermöglichen. Als unsere größte heimische Tierart benötigt es große unzerschnittene Lebensräume. Um dem gerecht zu werden, möchten wir die Rotwild-Einstandsgebiete aufheben und den Hegegemeinschaften eine flächendeckende und biologisch angemessene Wildbewirtschaftung des Rotwildes ermöglichen.

Der Wolf in Thüringen

Die Weidetierhaltung ist unentbehrlich für unsere Kulturlandschaft. Daher sehen wir die Ausbreitung des Wolfes mit großer Sorge, wenngleich wir seine Existenz nicht infrage stellen. In einem dicht besiedelten Land aber bleiben Konflikte zwischen Menschen und Tier bei der weiteren unkontrollierten Ausbreitung des Raubtieres nicht aus. Um diese Konflikte in Thüringen so gering wie möglich zu halten und auffällige Tiere möglichst schnell, unbürokratisch und effizient entnehmen zu können, sprechen wir uns für die Übernahme des Wolfes in das Jagdrecht durch eine andere FFH-Listung, für ein stärkeres Monitoring auch von Hybridtieren und für eine Bestandsregulierung nach schwedischem Vorbild aus.

FÜR EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

KAPITEL 13**Angeln als naturnahes Hobby fördern**

Die AfD Thüringen unterstützt das Angeln als naturnahes Hobby. Daher befürworten wir, dass Freizeitangler nicht immer mehr Auflagen und Pflichten unterworfen werden, die der Ausübung ihres Hobbys entgegenwirken. Kinder und Jugendliche etwa sollen auch in Thüringen ohne Jugendfischereischein in Begleitung eines volljährigen Fischereischeininhabers angeln dürfen. Einschränkungen der Fischereiausübung sollen nur erfolgen, wenn sie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und einen tatsächlichen Nutzen für Natur und Biodiversität erbringen. Die Mittel aus der nach dem Thüringer Fischereigesetz erhobenen Fischereiabgabe sollten gezielt in Projekte fließen, die den effizienten Erhalt bzw. die Pflege der Gewässer befördern.

Das Freizeitangeln soll nicht durch immer mehr Auflagen behindert werden.

DER
OSTEN
MACHTS!



Natur, Kultur, zahllose Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen – Thüringen hat viel zu bieten. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen schaffen, um diesen Reichtum zu schützen, erlebbar zu machen und touristisch zu entwickeln. Die Lage für den Thüringen-Tourismus hat sich durch die Corona-Maßnahmen deutlich verschlechtert: Die monatelange Schließung von Gaststätten, Hotels oder Museen und die einschränkenden Auflagen waren ein schwerer Schlag, von dem sich die Thüringer Tourismusbranche nur langsam erholt. Umso wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen für einen florierenden Tourismus grundlegend zu verbessern, denn Bürokratie, hohe Energiepreise und eine unzureichende staatliche Förderung behindern die Entwicklung und bedrohen sogar den Bestand des Thüringen-Tourismus. Für die AfD gilt, dass Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen als Leistungsträger der Tourismusbranche von bürokratischen Einschränkungen und der politisch verursachten Kostenexplosion befreit werden müssen.

Thüringen – das attraktive Reiseziel in der Mitte Deutschlands

Wir sollten uns den Trend zunutze machen, dass die Deutschen immer öfter ihren Urlaub im eigenen Land verbringen. Hierzu wollen wir die Bekanntheit Thüringens als Reiseland deutlich erhöhen. Zu diesem Zweck muss eine Vermarktung erfolgen, welche die Eigenart und die Besonderheiten unseres Freistaates hervorhebt. Bewusst soll dabei auf die Thüringer Bürger gesetzt werden, die besonders dann als „Botschafter“ des Landes wahrgenommen werden, wenn sie selbst ihre Heimat als lebens- und liebenswert erfahren. Die Menschen, die im Land leben und verwurzelt sind, können am besten das Gesicht Thüringens auch im Tourismus prägen.

Eine entsprechend heimatorientierte Marketingstrategie sollte ganz Thüringen präsentieren. Nicht allein die „Leuchttürme“ wie Weimar, die Wartburg oder Erfurt sollten herausgestellt

Die Politik der Altparteien bedroht den Thüringen-Tourismus.

Die Unternehmen der Tourismusbranche müssen von überbordenden bürokratischen Belastungen befreit werden.

Wir brauchen eine heimatorientierte Marketingstrategie, die ganz Thüringen als Reiseland präsentiert.

werden. Vielmehr sind auch die Erlebnis- und die Besuchswürdigkeit der zahllosen kleineren touristischen Schätze Thüringens unter dem Gesichtspunkt verschiedener Kategorien wie „Schlösser- und Burgenland“, „Wald- und Erlebnisland“, „Land der Künstler“, „Wintersportland“ etc. intensiver zu bewerben. So sollten Informationsangebote über das Internet und die sozialen Medien ausgebaut werden. Beispiele hierfür sind Apps zur Planung eines Stadtausflugs oder einer Wanderroute sowie 360°-Videos.

Landes- und Tourismusmarketing müssen zusammengelegt werden.

Bisher werden das Landes- und das Tourismusmarketing getrennt verwaltet. Wir halten es für sinnvoll, beides miteinander zu verbinden und administrativ zusammenzulegen. Dies liegt unter anderem deshalb nahe, weil immer öfter Geschäftsreisen oder dienstliche Aufenthalte mit der Inanspruchnahme von Freizeit- und Kulturangeboten verbunden werden. Mit Blick auf solche Trends gilt es, Synergieeffekte zwischen Geschäfts- und Urlaubstourismus zu nutzen.

Bürokratieabbau und Senkung von Steuer- und Abgabenlast

Gastronomie- und Hotelbetriebe bilden das Rückgrat des Thüringen-Tourismus. Die Politik der vergangenen Jahre hat allerdings auch in Thüringen ein Kneipen- und Restaurantsterben zur Folge. Wir sehen eines unserer zentralen Ziele darin, diesen negativen Trend umzukehren. Die Thüringer AfD steht für den Abbau von bürokratischen Belastungen, unter denen die Gastro- und Hotelbetriebe leiden. Die Unternehmen müssen beispielsweise von überzogenen Dokumentationspflichten sowie von maßlosen Vorgaben zum Datenschutz, Brandschutz oder zur Barrierefreiheit entlastet werden. Außerdem wollen wir eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Speisen bei Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen auf sieben Prozent, ein Ende der politischen Preistreiberei bei Strom, Gas und Kraftstoffen sowie den Abbau von Verpflichtungen beim Einzug von Kurbeiträgen, Bettensteuern und ähnlichen

Wir fordern ein Ende der politisch verursachten Preistreiberei auch in der Hotel- und Gastrobranche.

Abgaben. Durch all diese Maßnahmen kann der Kostendruck auf das Gastronomie- und Hotelgewerbe reduziert werden.

Um einem Kahlschlag entgegenzuwirken, sollen Fördergelder für Investitionen in den Erhalt und die Erweiterung des gastronomischen und des Beherbergungsangebotes zur Verfügung gestellt werden. Außerdem befürworten wir eine Ausbildungskampagne, um dem Arbeitskräftemangel im Gastrogewerbe entgegenzuwirken. Eine besondere Bedeutung soll bei der Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangels im Tourismusbereich der landeseigenen Tourismusgesellschaft TTG zukommen.

Mobilität, touristische Infrastruktur und „Thüringer Gästekarte“

Die touristischen Ziele Thüringens müssen für Gäste gut und unkompliziert erreichbar sein. Daher wird auch der Tourismus von einer Instandsetzung und dem Ausbau der Landesstraßen profitieren, die von uns ebenso gefordert werden wie die Stärkung des Nahverkehrsangebotes in der Fläche.

Zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur halten wir es für erforderlich, dass Thüringens Rad- und Wanderwegenetz ausgebaut und in weitere Sportanlagen und Campingplätze investiert wird. Unentbehrlich ist zudem, dass in ganz Thüringen stabile und leistungsfähige Internetverbindungen zugänglich sind.

Wir setzen uns für die Einführung einer „Thüringer Gästekarte“ ein, welche die kombinierte Nutzung verschiedener Angebote sowie des Nahverkehrs unkompliziert ermöglicht. Jeder Thüringer Familie mit drei oder mehr Kindern soll sie kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns für die Einführung einer „Thüringer Gästekarte“ ein. Sie soll die Nutzung des touristischen Angebots unkompliziert ermöglichen.

DER
OSTEN
MACHTS!



FÜR EIN REICHES KULTURELLES LEBEN IN THÜRINGEN

Thüringen ist tief geprägt von seiner einzigartigen Kulturlandschaft. Das Land Thüringen weist mit seiner Hoch- und Volkskultur auf kleinem Raum einen Reichtum auf, der seinesgleichen sucht. Kernland der Reformation, Stätte der Weimarer Klassik, Zentrum moderner Philosophie und Wissenschaft, Vorreiterregion der Industriekultur – dies sind nur wenige Stichworte, mit denen das kulturelle Erbe Thüringens umschrieben werden kann. Auf diesem Erbe baut eine lebendige Gegenwartskultur auf, die von zahllosen Vereinen über ein dichtes Netz von Theatern und Orchestern, Bibliotheken, Museen, Archiven, Kunst- und Musikschulen bis zu Baudenkmalern verschiedener Epochen oder historischen Gärten reicht. Diese Gegenwartskultur strahlt weit über Thüringen hinaus und ist nicht zuletzt für den Tourismus im Freistaat von großer Bedeutung. Nicht zu vergessen sind die kulturformenden und kulturgeformten Landschaften vom Eichsfeld und dem Südharz über die thüringische Rhön und den Thüringer Wald bis zum thüringischen Vogtland. In all diesen Bereichen engagieren sich unzählige Menschen – im Ehrenamt oder hauptberuflich – und führen das kulturelle Erbe Thüringens weiter.

Unser zentrales Anliegen ist, die ursprüngliche Kultur unserer Heimat zu erhalten, zu schützen, fortzubilden und zu fördern. Für die Thüringer AfD ist das kulturelle Leben Grundlage wie Ausdruck unserer Identität. Kulturelle Bildung und kulturelles Schaffen formen Identität und bieten die Möglichkeit der Identifikation. Sie wirken der Entwurzelung entgegen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. So wachsen persönliche Begabungen und Wissen, auf die unser hochdifferenzierter Wirtschaftsstandort angewiesen ist. Dabei liegt uns die Förderung der Selbstorganisation heimatlicher Volkskultur vor Ort besonders am Herzen. Hier werden Form und Sinngebung des täglichen Lebens greifbar und selbstverständlich.

Unser zentrales kulturpolitisches Anliegen ist es, die ursprüngliche Kultur unserer Heimat zu erhalten, zu schützen, fortzubilden und zu fördern.

FÜR EIN REICHES KULTURELLES LEBEN IN THÜRINGEN

Deutsch als Landessprache in die Verfassung

Unsere Kultur mit ihren Traditionen und Lebenswelten wird auch von der Sprache geformt, wie umgekehrt die Sprache unsere Kultur prägt. Wenn Sprache verloren geht, geht auch Kultur zugrunde. Ihr kommt eine wichtige politische Integrationsfunktion zu. Die Sprache ist das entscheidende Band, das die Deutschen untereinander, aber auch in Deutschland lebende Ausländer mit den Deutschen zu verbinden vermag. Globalisierung und internationale Migrationsströme ebenso wie eine in Wirtschaft und Wissenschaft immer öfter zum Ausdruck gebrachte Geringachtung unserer Kultur bedrohen die deutsche Sprache als Medium unseres Selbstverständnisses. Hinzu kommt der politische Angriff in Form des „Genderns“. Hinter dem Versuch, „Gender-Sprachregeln“ politisch und rechtlich durchzusetzen, steht die Absicht der Manipulation der Bürger und der Zerstörung von Traditionen. Dieses Unterfangen lehnen wir entschieden ab.

Vor diesem Hintergrund fordert die Thüringer AfD die Festschreibung des Deutschen als Landessprache in der Thüringer Verfassung wie auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. So wird einerseits fixiert, dass auch die deutsche Sprache eine Sache des Volkes ist, das diese Sprache spricht und in ihr schreibt. Und andererseits wird der Staat verpflichtet, dem Missbrauch wie der Vernachlässigung der deutschen Sprache entgegenzuwirken und die Pflege der Sprache zu befördern.

Die Sprache ist das entscheidende Band, das die Deutschen untereinander, aber auch hier lebende Ausländer zu verbinden vermag. Daher sind die Pflege der Sprache und ihre Verteidigung gegen einen manipulativen Sprachgebrauch unser Anliegen.

Für die schulische Vermittlung unserer Kultur

Der Thüringer AfD ist es wichtig, dass im schulischen Unterricht Aspekte der regionalen Kultur und ihrer Geschichte gründlich vermittelt werden. Unseren Schülern müssen im Übrigen Herkunft und Entwicklung unserer Hochkultur besonders im Geschichts- und im Deutsch-, aber auch im musisch-künstlerischen Unterricht ausführlich weitergegeben werden. Die kulturellen Traditionen Thüringens sind dabei in ihre deutschen und europäischen Zusammenhänge einzuordnen.

Musische und künstlerische Bildung fördern

Die erlebnishaften Formen sinnlicher Erkenntnis, wie Darstellung, Gestaltung und Musik, dürfen in der Erziehung nicht zu kurz kommen. Daher verdienen öffentliche Musik- und (Jugend-) Kunstschulen eine auskömmliche Förderung. In Thüringen sollen ausreichend Möglichkeiten bestehen, musisch besonders begabte Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund beispielsweise auch durch Stipendien zu fördern. Die Anerkennung der hohen Bedeutung musikalischer und künstlerischer Bildung in Thüringen wurde durch die Verabschiedung des Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetzes erreicht. Dieses auf Druck der AfD verabschiedete Gesetz sichert die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Musik- und Kunstschulen.

Musik- und (Jugend-) Kunstschulen verdienen eine auskömmliche Förderung.

Für eine vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft

Thüringen ist ein Land mit einer bedeutenden Theater- und Orchestertradition. Die Thüringer AfD setzt sich für den Erhalt und die Fortentwicklung des bewährten Theater- und Orchesternetzes ein. Die Thüringer Theater und Orchester mit ihren ausgezeichneten Ensembles müssen weiterhin mit einer sicheren Finanzierung rechnen können.

Die Thüringer Theater und Orchester müssen weiterhin mit einer sicheren Finanzierung rechnen können.

FÜR EIN REICHES KULTURELLES LEBEN IN THÜRINGEN

Die AfD wendet sich gegen eine politische Instrumentalisierung der Theater.

Mit Sorge sehen wir indes die zunehmende politische Instrumentalisierung gerade der Theater. Wo auch infolge staatlicher Förderung eine einseitige parteipolitische Agenda verfolgt wird, ist die freie Entfaltung und die gesellschaftskritische Funktion der Kunst gefährdet. Wir wollen diese freiheitsfeindliche Praxis beenden.

Zudem wollen wir die Augen nicht vor dem Umstand verschließen, dass sich die staatliche Subventionierung der Theater und Orchester in einzelnen Fällen wie in Erfurt inzwischen als ein Fass ohne Boden erweist. Während andere volksculturelle Einrichtungen wie etwa kommunale Schwimmbäder aufgrund unzureichender Finanzierung geschlossen werden, ufern die Zuschüsse von Kommunen und Land für die Theater und Orchester immer weiter unhinterfragt aus. Über diese Fehlentwicklung muss unvoreingenommen mit dem Ziel diskutiert werden, eine angemessene Finanzierung des Kulturlebens ohne Schlagseite zuungunsten der Breitenkultur zu erreichen.

Die Kultur unserer Heimat erhalten, Vereinsleben ohne Ideologie fördern

Für eine kulturell lebendige Heimat sind nicht nur Einrichtungen und Veranstaltungen der Hochkultur wie etwa Orchester bedeutsam, sondern gerade auch die vielen Institutionen und Orte der Volkskultur. Hierzu gehören beispielsweise auch Weihnachtsmärkte oder Freibäder. Die Thüringer AfD setzt sich dafür ein, dass solche Angebote gerade auch im ländlichen Raum bestehen bleiben. Unsere Kommunen dürfen sich nicht durch die vom Land und vom Bund auferlegten Verpflichtungen und Aufgaben dazu genötigt sehen, vor Ort Abstriche zum Nachteil des kulturellen Lebens der Bürger machen zu müssen.

Fehlentwicklungen in der Finanzierung von Kultureinrichtungen wollen wir korrigieren.

Wir wollen, dass die Breiten- und Volkskultur vor Ort erhalten bleibt und die Kommunen nicht genötigt werden, Abstriche zum Nachteil des kulturellen Lebens machen zu müssen.

Dem von Ehrenamtlichen getragenen reichen Vereinsleben werden heute zahlreiche rechtliche Belastungen auferlegt, die

einem freien und uneigennützigem Engagement zuwiderlaufen. Hierher gehören auch beispielsweise die bürokratischen Verpflichtungen, die den Vereinen durch die Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO) aufgezwungen werden. Diese Pflichten sind von Freiwilligen und mit den Möglichkeiten der Vereine oft kaum zu leisten. Deutschland hat es hier in charakteristischer EU-Hörigkeit versäumt, die durch Öffnungsklauseln eingeräumten Möglichkeiten einer Abschwächung der Regelungen zu nutzen. Die AfD Thüringen fordert auch wegen dieser Beeinträchtigung ehrenamtlicher Vereinstätigkeiten die Abschaffung der DSGVO.

Auch das Vereinsleben leidet zunehmend unter bürokratischen Belastungen. Diesem Trend wollen wir entgegenwirken.

Dem freien Vereinsleben steht zudem die Politisierung der öffentlichen Vereinsförderung entgegen, wie sie insbesondere durch das „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ betrieben wird. Anstatt die Vereine für die Realisierung ihres jeweiligen Vereinszwecks zu fördern, erfolgt im Rahmen dieses Programms eine an weltanschauliche Gesinnung gekoppelte Förderung, die mit den Vereinszwecken gar nicht im Zusammenhang steht. Eine so ins Werk gesetzte Politisierung des Vereinslebens und des kulturellen Lebens überhaupt lehnt die AfD Thüringen entschieden ab. Anstatt Gesinnung zu fördern, gilt es, den Beitrag zum kulturellen Leben unserer Heimat zu unterstützen. Wir fordern daher die Abschaffung dieses Landesprogramms und die Etablierung eines neuen Förderprogramms, das die reguläre und satzungsgemäße Tätigkeit der Vereine unter dem Aspekt ihres Beitrages zum kulturellen Leben unserer Heimat fördert.

Wir fordern die Ersetzung des „Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ durch ein Landesprogramm, das die reguläre und satzungsgemäße Tätigkeit der Vereine unterstützt.

Für den Abbau der zentralistischen Orientierung des Kulturbetriebes

Die derzeitige Praxis der Kulturförderung hat zu einer zentralistischen Orientierung des kulturellen Lebens geführt. Kultur und Kunst werden immer mehr zu regierungstreuem Veranstaltungen, die am Ende unter der Flagge der Kunstfreiheit

FÜR EIN REICHES KULTURELLES LEBEN IN THÜRINGEN

sogar hemmungslos politische Propaganda betreiben. Kritische Distanz des Kulturbetriebes gegenüber der Politik bleibt so auf der Strecke und es etabliert sich eine Staatskunst.

Der Zentralisierung und Politisierung des Kulturbetriebes muss nach unserer Überzeugung entgegengewirkt werden. Der Mensch selbst und nicht eine übergriffige Obrigkeit ist Herr seiner Kultur. Ein erster Schritt in die richtige Richtung besteht darin, die Spielräume und die Möglichkeiten der kommunalen Kulturförderung zu vergrößern und kulturpolitische Verantwortung stärker lokal und regional zu verankern.

Kunst, die nicht durch die aktuellen politischen Konstellationen gewürdigt wird, sollte die Möglichkeit bekommen, sich alternativ, beispielsweise im Rahmen unabhängiger Jahresausstellungen, zu zeigen. Man darf dem Bürger die Befähigung zu einem Urteil durchaus zutrauen. Die kommunalen Verwaltungen sollten dafür im Namen der Kunstfreiheit Räumlichkeiten großzügig bereitstellen.

Denkmalschutz

Denkmäler sind Zeugnisse unserer Kultur, unserer Geschichte und damit unserer Identität. Sie sind Orte eigener, klärender Erinnerung, historischer Selbstvergewisserung und Stärkung. Sie machen unsere Herkunft lebendig. Für ein Land wie Thüringen stellen die zahllosen Kultur- und baulichen Denkmäler einen erheblichen Teil des kulturellen Erbes und Selbstverständnisses dar. Dabei sind nicht allein die weit über Thüringen hinaus strahlenden Denkmäler wie die Wartburg, das Kyffhäuserdenkmal, das Goethe-Schiller-Denkmal, das Nationaltheater in Weimar oder das Burschenschaftsdenkmal in Eisenach beachtenswert. Auch die vielen, vor allem regional und kommunal bedeutenden Denkmäler unterschiedlicher Provenienz sowie die privaten Baudenkmäler gehören hierher. Denkmalschutz und Denkmalpflege sind daher für unsere

Wir wollen, dass die Spielräume und Möglichkeiten der kommunalen Kulturförderung vergrößert werden und kulturpolitische Verantwortung stärker auf der lokalen und regionalen Ebene verankert wird.

Kulturpolitik von elementarer Bedeutung. Die AfD setzt sich für den Erhalt dieser Zeugnisse, insbesondere auch im ländlichen Raum, ein. Kommunen müssen zur Pflege und Bewahrung ihrer Denkmäler angemessen vom Land unterstützt werden.

Die Bestimmungen des Denkmalschutzes bei Gebäuden, an denen kein öffentliches Interesse besteht, dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass deren Sanierung oder Umbau zum Zwecke privater Nutzung unrentabel wird. Das Denkmalschutzrecht darf durch seine Auflagen nicht dazu führen, dass die Erhaltung denkmalgeschützter Gebäude de facto verhindert wird.

Die AfD setzt sich für den Erhalt der Denkmäler in Thüringen ein. Denkmalschutz und Denkmalpflege sind für uns von elementarer Bedeutung.

Für den Erhalt der Schlösser und Gärten in Thüringen

Infolge seiner Geschichte weist Thüringen heute eine einzigartige Residenzkultur auf, die zahlreiche Schlösser, Burgen und Gartenanlagen inklusive einer Vielzahl von Museen und Ausstellungsstätten beherbergt. All diese Anlagen sind auch für den Tourismus in Thüringen von großer Bedeutung. Während einerseits zahlreiche Liegenschaften wieder in einem guten Zustand sind oder wie Schloss Friedenstein gegenwärtig renoviert werden, besteht andererseits ein erheblicher Investitionsstau bei einer ganzen Reihe von Bauten und Anlagen. Die Thüringer AfD begrüßt vor diesem Hintergrund das „Sonderinvestitionsprogramm 1“ des Bundes, welches mit einem Volumen von 200 Millionen Euro die Restaurierung und den Erhalt thüringischer Kulturgüter bis 2027 fördert. Angesichts gestiegener Baupreise fordern wir eine Überprüfung und Anpassung der Finanzierungspläne. Zusätzlich setzen wir uns für die Initiierung eines weiteren Sonderinvestitionsprogramms nach 2027 ein.

*Der nach wie vor gro-
ße Investitionsstau bei
der Renovierung von
Schlössern und Gärten
muss überwunden
werden. Etwa durch
ein neues Investitions-
programm nach 2027.*

Christentum und Kirchen – Die christliche Prägung unserer Identität

Das Christentum hat die europäische Kultur zutiefst geprägt. Unsere politischen und sozialen Ordnungsvorstellungen, vor allem unser Freiheitsdenken, sind vom Geist des Christentums

FÜR EIN REICHES KULTURELLES LEBEN IN THÜRINGEN

durchdrungen. Dieser Geist bestimmt in säkularisierter Gestalt nach wie vor unser Staatswesen – ganz unabhängig von den individuellen religiösen Bekenntnissen der Bürger. Gerade die Vorstellung, dass Politik und Religion, Staat und Kirche zu trennen seien, ist eine Konzeption, die auf dem Boden des Christentums gewachsen ist.

Die Thüringer AfD bekennt sich zu den Werten, die aus dem Christentum hervorgegangen sind, und setzt sich insbesondere für die Trennung von Staat und Kirche ein. Mit dem Judentum teilt das Christentum zentrale Werte. Die AfD verurteilt auch deshalb jeden Antisemitismus.

Politische Agitation gehört nicht zum Auftrag der Kirchen

Vor diesem Hintergrund sehen wir mit großer Sorge, dass die christlichen Kirchen auch in Thüringen in zunehmendem Maße ein politisches Mandat für sich in Anspruch nehmen. Dabei machen sie sich vor allem die politische Agenda der Landesregierung und der sie tragenden und unterstützenden Parteien zu eigen. Explizit wird von Kirchenvertretern auch gegen die politische Opposition agitiert – sei es eine parlamentarisch vertretene Partei wie die AfD, seien es (wie während der Corona-Krise) Kritiker von Regierungsmaßnahmen.

Zugleich haben viele gläubige und engagierte Christen den Eindruck, dass die Kirchen ihren eigentlichen Auftrag der Seelsorge und Mission zugunsten eines zeitgeistigen Aktivismus vernachlässigen. Anstatt beispielsweise für die Heiligkeit des Lebens zu streiten, propagiert man Masseneinwanderung, gewährt „Kirchenasyl“, widmet sich der „Rettung des Weltklimas“, betreibt einen obskuren „Kampf gegen rechts“ oder ereifert sich darin, politisch korrekt zu „gendern“. Besonders irritierend war, dass sich die Kirchen während des Corona-Ausnahmestandes nicht vernehmbar für das Recht der Religionsausübung eingesetzt haben, sondern bereitwillig ihre Tore genau

Wir bekennen uns zu den Werten, die aus dem Christentum hervorgegangen sind.

Wir verteidigen die Trennung von Staat und Kirche. Daher sehen wir mit Sorge, dass die christlichen Kirchen ein politisches Mandat für sich in Anspruch nehmen.

dann schlossen, als viele Gläubige Zuspruch und Hilfe suchten. Mehr noch: Man hat sich in Kirchengemeinden aktiv an einer fragwürdigen Impfpropaganda und sogar an Impffaktionen beteiligt und ist so als verlängerter Arm der Regierungspolitik aufgetreten. Viele Christen, die der Corona-Politik der Regierungen skeptisch begegneten, wurden so von den Kirchen weggetrieben.

Die Thüringer AfD ist überzeugt, dass die Kirchen mit ihrer politischen Agitation ihren Auftrag verfehlen und so zu den gesellschaftlichen Spaltungen beitragen, unter denen unser Land heute leidet.

Den Verfassungsauftrag der Abschaffung von Staatsleistungen endlich erfüllen

Die Nähe der Kirchen zu den Regierungen und den sie tragenden Parteien kann allerdings nicht verwundern: Die Kirchen erhalten jenseits der von ihren Mitgliedern gezahlten Kirchensteuern zusätzlich große Summen an sogenannten Staatsleistungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen. In Thüringen steigen diese Leistungen von Jahr zu Jahr trotz des kirchlichen Mitgliederschwundes. Für 2024 sind zusammen knapp 30 Millionen Euro an Staatsleistungen für die evangelische und die katholische Kirche vorgesehen, ca. zehn Millionen Euro mehr als 2008. Um diese Finanzquellen nicht zu gefährden, mag es für die Amtskirchen naheliegen, sich mit den Regierungen politisch gut zu stellen. Indes besteht seit vielen Jahrzehnten der im Grundgesetz niedergelegte verfassungsmäßige Auftrag, die historisch auf das frühe 19. Jahrhundert zurückgehenden Staatsleistungen zu beenden. Die Thüringer AfD fordert die überfällige Umsetzung dieses Verfassungsauftrages.

Mit ihrer politischen Agitation tragen die Kirchen zu den gesellschaftlichen Spaltungen bei, unter denen unser Land leidet.

Wir setzen uns für die Umsetzung des Verfassungsauftrags einer Ablösung der sogenannten Staatsleistungen an die Kirchen ein, die aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden.

DER
OSTEN
MACHTS!



Die Verfassung des Freistaates Thüringen spricht dem Sport in Artikel 30 Absatz 3 besonderen Schutz und Förderung durch das Land zu. Die Corona-Einschränkungen haben allerdings mit ihren Totalverboten gerade den Thüringer Breitensport über viele Monate hinweg zum Erliegen gebracht und den Austritt zahlreicher Mitglieder aus den Sportvereinen bewirkt. Der durch Bewegungsmangel entstandene gesundheitliche und soziale Schaden gerade für Kinder und Jugendliche ist enorm, denn Sport und Gesundheit sind eng miteinander verknüpft. Wer regelmäßig Sport treibt, bleibt nicht nur körperlich und geistig fit, sondern nimmt auch am sozialen Leben teil und gestaltet so die Gesellschaft Thüringens mit. Daher gilt es jetzt umso mehr, das sportliche Leben wieder zu aktivieren und für die Zukunft jeglichen „Sport-Lockdown“ auszuschließen.

Sportförderung zukunftsfest machen

Unsere Vereine und die Kommunen brauchen für die Aufrechterhaltung der Sportstätteninfrastruktur eine verlässliche gesetzliche Grundlage, damit Kürzungen der Landesmittel oder eine unzureichende Finanzausstattung auf dem Rücken der Sportförderung künftig nicht mehr möglich sind. Wir setzen uns dafür ein, die Landespauschale zur Finanzierung der unentgeltlich gewährten Nutzung öffentlicher Sportanlagen von bisher fünf Millionen Euro auf 20 Millionen Euro jährlich zu erhöhen.

Wir wollen die Landespauschale zur Finanzierung öffentlicher Sportanlagen erhöhen.

Zudem soll die Sportförderung zur kommunalen Pflichtaufgabe werden, wobei die Finanzierung durch das Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs berücksichtigt werden muss. So werden Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar geregelt und die bisherige Unsicherheit der Finanzierung wird überwunden. Auf diese Weise kann eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen für die Erhaltung der dem Breitensport zur Verfügung gestellten Sportstätten durch das Land gewährleistet werden.

Sportförderung soll kommunale Pflichtaufgabe werden, ihre Finanzierung muss im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gesichert sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Sanierungsstau bei Sportanlagen überwunden wird.

Wir werden uns weiterhin für einen deutlichen Mittelzuwachs bei den Landesinvestitionen in Sportanlagen einsetzen, um den Sanierungsstau der Thüringer Sportstätten von etwa einer Milliarde Euro endlich anzupacken.

Besondere Aufmerksamkeit richten wir auf unsere Freibäder, die wir als Sport-, Kultur- und Begegnungsstätten erhalten und ausbauen wollen.

Ehrenamtliches Engagement

Die Arbeit der Sportvereine im Freistaat wäre ohne die tatkräftige Unterstützung von Zehntausenden Ehrenamtlichen und freiwillig Engagierten, die jährlich circa zehn Millionen Arbeitsstunden leisten, nicht möglich. Der Einsatz als Trainer oder Übungsleiter, Kampf- oder Schiedsrichter nimmt dabei einen beachtlichen Teil der eigenen Freizeit in Anspruch. Wer seine Freizeit der Vereins- und Verbandsarbeit widmet, muss eine angemessene Wertschätzung erfahren.

Ehrenamtliches Engagement verdient unsere Wertschätzung.

Breiten-, Leistungs- und Spitzensport

Das klassische Pyramidenmodell des Sports (Breitensport, Leistungssport, Hochleistungssport, Berufssport) bietet immer noch eine gute Orientierung, auch wenn gesellschaftliche Wandlungsprozesse Modifikationen notwendig machen. So spielt der nicht in Vereinen betriebene kommerzielle Sport (z. B. im Fitnessstudio) eine immer bedeutsamere Rolle. Damit verbunden ist, dass der individuelle Erlebnischarakter für immer mehr Menschen die maßgebliche Motivation für das eigene Sporttreiben darstellt.

Neben dem Breiten- und Freizeitsport – ob nun vereinsgebunden oder nicht – spielt auch der Leistungs- und Spitzensport eine wichtige Rolle in der Thüringer Sportlandschaft. Um die Förderung junger Talente sowie deren Begleitung und Betreuung durch qualifizierte hauptberufliche Trainer

sicherzustellen, setzen wir uns für höhere Zuschüsse an Vereine und Verbände sowie für eine auskömmliche Ausstattung der Thüringer Sportgymnasien in Oberhof, Erfurt und Jena ein. Die Sportgymnasien wollen wir als Talentschmieden stärken. Darüber hinaus regen wir eine noch effektivere Sichtung von Talenten bereits in der Grundschule an.

Die Thüringer Sportgymnasien müssen auskömmlich finanziert und ausgestattet sein.

Der Hochleistungswintersport ist ein Gewinn für ganz Thüringen und ein Teil unserer Identität. Oberhof ist ein Wintersportzentrum von nationaler Bedeutung. Solange der Wintersport sinnvoll in ein gesamtgesellschaftliches Umfeld eingebettet ist, verdient er die staatliche Unterstützung.

Bewegungsförderung

Mangelnde körperliche Aktivität ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen ein wachsendes Problem. Studien bestätigen, dass dieses Problem durch die Einschränkungen der Corona-Maßnahmen noch erheblich verschärft wurde. Kinder brauchen vor allem viel Platz für Bewegung – drinnen und draußen – sowie Bewegungsgelegenheiten. Sport- und Bewegungsförderung müssen verstärkt in den Alltag unserer Kindergärten und Schulen eingebunden werden. Die Schulsportstunden werden den empfohlenen Mindestanforderungen für körperliche Aktivität in der Regel kaum gerecht. Die tägliche Bewegungsstunde in den Thüringer Schulen bleibt eine wichtige Forderung.

Politische Neutralität des Sports

Aufgabe der Sportvereine und -verbände ist es, die sportlichen Interessen ihrer Mitglieder zu wahren und zu vertreten. Im Zentrum des Engagements steht die Bewegung – nicht die Politik. Es gab Zeiten in unserer Geschichte, in denen man den Sport politisch vereinnahmte. Deswegen lehnen wir die Förderung des Vereinssports nach politischen Vorgaben ab. Wir wollen den Missbrauch der Sportvereine beenden.

Eine Politisierung des Sports und die Förderung des Vereinssports nach politischen Vorgaben lehnen wir ab.

DER
OSTEN
MACHTS!



Wir sind stolz auf die hohe Leistungsbereitschaft und -fähigkeit unserer Arbeiter und Angestellten, auf das Können und Engagement unserer Unternehmer und Ingenieure. Sie alle erwirtschaften das Steueraufkommen des Freistaates. Daher dürfen die Bürger eine solide Finanzpolitik mit maßvollen Steuern und niedrigen Staatsausgaben erwarten. Leider zeigt die Entwicklung seit Jahren in eine andere Richtung: Immer größer wird die Steuer- und Abgabenlast für die gesellschaftlichen Leistungsträger, während Staatsausgaben und Staatsverschuldung in die Höhe schießen. Die zukunftsfeindliche und verantwortungslose Finanzpolitik der Altparteien muss ein Ende haben!

Die zukunftsfeindliche und verantwortungslose Finanzpolitik der Altparteien muss ein Ende haben!

Auch wenn die Finanzministerin alljährlich versucht, Thüringen arm zu rechnen, steht fest: Thüringen hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Hemmungslos gibt die Politik der Altparteien Steuergelder für zahllose fragwürdige Projekte und Zwecke aus, beispielsweise für die Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen oder für die Finanzierung einer rechtlich gar nicht geforderten medizinischen Vollversorgung von Asylbewerbern.

Für zahllose fragwürdige Projekte und Zwecke wird Steuergeld ausgegeben. Dagegen kommen zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur zu kurz.

Zu kurz kommen hingegen seit Jahren insbesondere Investitionen in die Infrastruktur. So beläuft sich der Investitionsstau beispielsweise bei Schulen auf etwa zwei Milliarden Euro, bei öffentlichen Sportstätten auf eine Milliarde Euro, und 46 Prozent der Landesstraßen weisen einen Sanierungsbedarf auf. Für die AfD liegt es daher auf der Hand, dass Thüringen künftig seine finanziellen Kräfte wieder in die Kernaufgaben des Landes stecken muss. Das bedeutet auch, dass Verwaltungsaufgaben, wo immer möglich, vom Land selbst statt von externen Beratern wahrgenommen werden.

Wir wollen, dass die Haushaltsmittel des Freistaates primär in die Kernaufgaben des Landes gesteckt werden.

Umfang, Ausrüstung und Organisation der Landesbehörden müssen sich an den Ergebnissen einer endlich

Wir brauchen eine umfassende Aufgabenkritik der Landesbehörden, um die Verwaltung zukunftsfähig ausstatten zu können.

durchzuführenden umfassenden Aufgabenkritik orientieren. Bei Einrichtungen, die staatliche Kernaufgaben erfüllen (Polizei, Schulen, Finanzbehörden, Gerichte u. a.), lehnen wir eine Personalpolitik nach Kassenlage ab. Hier darf Thüringen nicht weiter zu einer behördlichen Servicewüste werden.

Mit uns wird es weder eine weitere Abwicklung von Verkehrsinfrastrukturen noch einen Aufschub dringend notwendiger Modernisierungen von Schulgebäuden oder die Verzögerung erforderlicher Investitionen in die innere Sicherheit geben. Wir wollen, dass Thüringen im Wettbewerb der Bundesländer und der europäischen Staaten erfolgreich mithalten kann. Daher müssen wir in eine moderne Infrastruktur, bestens ausgebildete Fachkräfte und familienfreundliche Verhältnisse in Dörfern und Städten investieren. Wir wollen keine Trickserien um die „schwarze Null“, sondern eine höhere Investitionsquote, um die Zukunft Thüringens gestalten zu können.

Keine Steuergelder für Ideologieprojekte, Fördermittelvergabe effizienter gestalten

Wir wollen, dass die vom Thüringer Steuerzahler erwirtschafteten Gelder nicht länger in ideologische Projekte geleitet werden. Hier besteht ein großes Einsparpotenzial bei unsinnigen „Klimarettungsprojekten“, Fehlanreizen für Migranten und staatlicher Propagandaproduktion.

Auf Landesebene wollen wir die Menge an Förderprogrammen im Sinne der Übersichtlichkeit und Effizienz straffen. Damit soll – wie auch vom Landesrechnungshof angeregt – der Verwaltungsaufwand deutlich reduziert und Personal für andere Aufgaben frei werden.

Wir wollen die Subventionierung von ideologischen Projekten mit öffentlichen Mitteln beenden.

Verwaltungsaufwand verringern

Landes- und Kommunalsteuern sind hinsichtlich ihres Erfüllungsaufwands zu bewerten. Steuern wie die Grundsteuer haben inzwischen einen ungeheuren Verwaltungsaufwand zur Folge. Verwaltungskostenintensive Steuern gehören für uns grundsätzlich auf den Prüfstand.

Wir setzen uns für die Abschaffung der „kalten Progression“ ein.

Auf Bundesebene unterstützen wir die Abschaffung der sogenannten „kalten Progression“. Leistungsbereitschaft muss sich ertragsteuerlich wieder lohnen.

Zukünftige Generationen nicht belasten, Schulden abbauen

Die rot-rot-grüne Politik hat mit ihrer irrationalen Staatsintervention negative Folgen auf den Staatshaushalt. So zog die Corona-Politik beispielsweise eine Neuverschuldung von über einer Milliarde Euro nach sich. Darüber hinaus werden Hunderte Millionen jährlich für absurde klimapolitische, in ihren Ergebnissen nicht überprüfbare Maßnahmen zum Fenster hinausgeworfen.

Trotz stetig steigender Steuereinnahmen in der zurückliegenden Dekade bleibt eine immense Pro-Kopf-Verschuldung für kommende Generationen. Solide Haushaltspolitik und Generationenverantwortung sehen anders aus!

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausgaben des Landes transparent und haushaltssklar dargestellt werden.

**DER
OSTEN
MACHTS!**



Die AfD Thüringen will im Geiste des Freiherrn vom Stein die Kommunen als primäre Orte der Belebung des Gemeingeistes und des Bürgersinns stärken, das Recht der kommunalen Selbstverwaltung schützen und mit neuem Leben füllen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und Landkreise.

Die Situation vieler Thüringer Kommunen ist dadurch geprägt, dass sie durch Landes- und Bundesgesetzgebung immer wieder neue Aufgaben übertragen bekommen. In der Folge werden den Bürgern auch dadurch zusätzliche Abgabelasten und Bürden auferlegt. Aufgrund ihrer mangelnden Finanzausstattung sehen sich unsere Gemeinden, Städte und Landkreise immer wieder genötigt, Einsparungen zum Nachteil der Bürger vorzunehmen. Solche Fehlentwicklungen müssen nach unserer Überzeugung beendet werden. Unsere Kommunen müssen auskömmlich finanziert sein und dürfen nicht in die Situation des ewigen Bittstellers gedrängt werden. Jeder vierte Euro des Landeshaushaltes muss den Gemeinden, Städten und Landkreisen gehören!

Struktur der Kommunalverwaltung

Wir lehnen eine Gebietsreform ab, die nur dem demografischen Niedergang hinterherzuhinken versucht, halten jedoch eine Verwaltungsreform auf Grundlage einer vorherigen Aufgabenkritik für dringend angezeigt. Dabei soll die kleingliedrige Verwaltungsstruktur Thüringens, wo sie sich bewährt hat, erhalten bleiben. Dass dies der Grundstein für lebendige, vom wachen Bürgergeist getragene Gemeinden und Städte ist, haben uns die wirtschaftlich leistungsfähigen deutschen Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern gezeigt, die ebenso wie Thüringen über eine kleingliedrige und damit bürgernahe Verwaltungsstruktur verfügen. Wir haben aus den Erfahrungen der Gebietsreformen in Sachsen und Sachsen-Anhalt gelernt, die nach der Einschätzung des Ifo-Instituts

Unsere Kommunen müssen auskömmlich finanziert sein und dürfen nicht in die Situation des ewigen Bittstellers gedrängt werden. Jeder vierte Euro des Landeshaushaltes muss den Gemeinden, Städten und Landkreisen gehören.

Wir befürworten eine Verwaltungsreform nach vorheriger Aufgabenkritik und wollen die bürgernahe kleingliedrige Verwaltungsstruktur Thüringens erhalten.

*Großkreise und
Großgemeinden
führen letztendlich
zu Anonymität und
Selbstherrlichkeit der
fernen Verwaltung.*

Dresden und des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim keinerlei Einsparungen, sondern nur eine Entfremdung der Bürger von ihrer Heimat nach sich zogen. Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Landräte und Kreistage müssen direkte Ansprechpartner für die Bürger auf kurzen Wegen bleiben. Großkreise und Großgemeinden führen letztendlich zu Anonymität und Selbstherrlichkeit der fernen Verwaltung, was zu verhindern ist.

*Wir brauchen thüringenweit einheitliche
Standards für die
digitale Verwaltung.*

Wir brauchen thüringenweit einheitliche Standards für die digitale Verwaltung, um die Abläufe zu vereinfachen, bürgerfreundlicher zu machen und langfristig Kosten zu sparen. Die Verwaltung muss, wo immer möglich, für die Bürger digital erreichbar sein, Anträge müssen online gestellt werden können. Allerdings sind wir überzeugt, dass es ein „Recht auf analoges Leben“ gibt. Für die Verwaltung bedeutet dies, dass sie grundsätzlich auch in Zukunft analog und physisch erreichbar sein muss.

Bauliche Entwicklung in Gemeinden und Städten

Wir setzen uns für eine erleichterte Ausweisung von Wohnbauflächen im ländlichen Raum sowie für vereinfachte Möglichkeiten für die Kommunen ein, ungenutzte Immobilien im Dorf- und Stadtgebiet aufzukaufen. Wir wollen den Kommunen helfen, ihre Innenbereiche optimal zu entwickeln, um die Einheit des Ortsbildes zu erhalten und die Notwendigkeit einer forcierten Bebauung im Außenbereich, die immer auch mit Flächenfraß einhergeht, zu reduzieren.

*Wir wollen durch
ein vereinfachtes
Bauplanungsrecht
die Fortentwicklung
bestehender und die
Ausweisung neuer
Wohnungs- und
Gewerbegebiete nach
örtlichem Bedarf
ermöglichen.*

Wir wollen durch ein vereinfachtes Bauplanungsrecht die Fortentwicklung bestehender und die Ausweisung neuer Wohnungsbau- und Gewerbegebiete nach örtlichem Bedarf ermöglichen. Eine schnelle Bedarfsplanung ist angezeigt, damit sich Wohnungseigentum leichter entwickelt und Unternehmen sich in unseren Kommunen zu Hause fühlen.

Soziale Aufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise sind vom Land zu finanzieren

Soziale Leistungen wie Unterbringungskosten nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch, Kinder- und Jugendhilfe oder Grundsicherung belegen derzeit etwa 50 Prozent des Haushaltsvolumens der kreisfreien Städte und Landkreise. Leider ist es so, dass die Kommunen auf einem nicht unerheblichen Teil der Kosten sitzen bleiben, die ihnen als erfüllende Ebene von Landes- und Bundesaufgaben entstehen. Wir fordern die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, muss auch bezahlen!

Kommunen dürfen nicht auf ihren Ausgaben für Leistungen nach dem SGB II sitzen bleiben.

Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass unsere Kommunen wieder genug finanzielle Spielräume bekommen, um das Leben vor Ort zu gestalten.

Härtefallfonds bei Straßenausbaubeiträgen für alle Grundstückseigentümer

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 1. Januar 2019 wurde maßgeblich durch unsere Oppositionsarbeit erwirkt: Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag brachte 2018 einen entsprechenden Gesetzentwurf ein, der die Koalitionsfraktionen unter Zugzwang setzte. Damit wurde eine sozial nicht ausgewogene Lastenverteilung nach jahrelangen fruchtlosen Debatten endlich abgeschafft. Allerdings besteht bisher keine Möglichkeit, diejenigen zu entlasten, denen noch nach dem 1. Januar 2019 Straßenausbaubeiträge für den Zeitraum von 2015 bis 2018 in Rechnung gestellt und die dadurch unzumutbar belastet wurden. Wir lehnen es ab, nur diejenigen mit einem Härtefallfonds zu entlasten, für deren Straßenausbaubeiträge eine Stundung oder Ratenzahlung erfolgte. Ein Härtefallfonds muss nach Auffassung der Thüringer AfD rückwirkend für alle Beitragszahler gelten, die mehr als 1.000 Euro gezahlt haben.

Brand- und Katastrophenschutz, Feuerwehren und Rettungsdienst

Wir setzen uns dafür ein, dass der ehrenamtliche Dienst bei den Freiwilligen Feuerwehren attraktiver wird.

Der ehrenamtliche Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren Thüringens muss attraktiver werden, um einem Personal-mangel und der Schließung von Ortsfeuerwehren entgegenzuwirken. Wir wollen daher Arbeitgeber fördern, die aktive ehrenamtliche Feuerwehrangehörige ortsnahe beschäftigen, damit Ausrückzeiten und Personalstärke der Feuerwehr möglichst rund um die Uhr gesichert sind. Ehrenamtliche Feuerwehrangehörige sollten bei Kommunalabgaben wie Grundsteuer, Benutzungs- oder Kindergartengebühren entlastet werden. Das ist die kommunale Gegenleistung für ihr freiwilliges und unentgeltliches Eintreten für die örtliche Gemeinschaft.

Zur Gewinnung von Nachwuchs befürworten wir das Angebot von Feuerwehr-Grundausbildungs-Arbeitsgemeinschaften an Schulen.

Die Löschwasserversorgung in unseren Gemeinden und Städten wird garantiert. Wo keine externe Löschwasservorhaltung vorhanden ist, ist das öffentliche Wasserversorgungsnetz so zu dimensionieren, dass nach den normativen Vorgaben im Brandfall ausreichend Löschwasser zur Verfügung steht.

Eine Ersatzbeschaffung der Feuerwehrtechnik, insbesondere an Löschfahrzeugen, ist dringend angezeigt. Wir wollen die hierfür vorgesehenen finanziellen Mittel des Landes steigern, die Förderquote erhöhen und die Zuwendungsrichtlinie für Investitionen in den Brand- und Katastrophenschutz um zusätzliche Fördertatbestände, wie z.B. Einsatzbekleidung und Defibrillatoren, erweitern.

Der Ausbauzustand der Thüringer Rettungswachen soll zeitgemäß verbessert werden. Wir wollen im Thüringer Rettungsdienstgesetz einen Fördertatbestand für den zeitgemäßen Bau und Umbau von Rettungswachen schaffen, damit diese auf Dauer Bestand haben und die medizinische Erstversorgung gerade im ländlichen Raum auf einem modernen Niveau gesichert wird.

Der Ausbauzustand der Thüringer Feuerwachen soll zeitgemäß verbessert werden.

Kleingartenwesen

Wir betrachten das Kleingartenwesen als wichtigen Bestandteil unserer Kultur. Kleingärten sind heute oft Generationenprojekte, in denen Bürger ihre Freizeit verbringen, Nutzpflanzen anbauen oder naturnahe Erholung finden. Auch sind sie Orte des Miteinanders unterschiedlicher Gesellschaftsschichten. In der Zeit der Corona-Repressalien waren Kleingärten für viele Menschen ein wichtiger Rückzugs- und Fluchort. Nach wie vor erfreuen sich Kleingartenanlagen eines regen Interesses.

Für die AfD ist das Kleingartenwesen ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur. Wir setzen uns für seinen Erhalt und Ausbau ein und wollen, dass die Rahmenbedingungen dafür verbessert werden.

Wir setzen uns für eine Wiederbelebung von Kleingartenanlagen im ländlichen Raum und für den Erhalt und gegebenenfalls den Ausbau vorhandener und die Schaffung neuer Anlagen in den Großstädten ein. Die rechtlichen Rahmenbedingungen wollen wir dazu so ändern, dass Besitzer oder Pächter mehr Freiheiten erhalten und dass zugleich weiterhin eine kostengünstige, für jedermann bezahlbare Möglichkeit der Freizeitgestaltung und Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln gegeben ist. Das Kleingartenvereinswesen wollen wir stärker unterstützen und fördern. Auf Landesebene fordern wir die Einrichtung eines Kleingartenbeirats, der den Vereinen eine Stimme im Land gibt. Die Thüringer Bauvorschriften sollen so

gestaltet sein, dass die Anlage von Kleingärten als wichtiger Bestandteil von Wohngebieten berücksichtigt wird.

*Wir wollen wieder
Brenntage einführen.*

Die Abschaffung der Brenntage durch die rot-rot-grüne Landesregierung ignoriert die Lebenswirklichkeit der Menschen auf dem Land und ist ein typisches Beispiel für die Gängelung der Bürger. Der Zwang, mit dem eigenen Pkw Grünschnitt zu weit entfernten Kompostieranlagen zu bringen, ist auch unter ökologischen Aspekten abzulehnen. Die AfD Thüringen steht daher für die Wiedereinführung von Brenntagen.

Erhalt von Garagenanlagen

Die AfD setzt sich für den Erhalt von Garagenanlagen, das heißt für die Aufrechterhaltung des langfristigen Bestandsschutzes der Anlagen, ein. Garagenanlagen stellen nicht nur eine Abstellmöglichkeit für Kraftfahrzeuge dar. Oft dienen sie auch als soziale Treffpunkte, Orte der Freizeitgestaltung oder als privater Rückzugsort. Daher dürfen sie nicht für eine ständige Nachverdichtung von Wohnraum oder für Ausgleichsmaßnahmen anderer Bauprojekte ersatzlos und auf Kosten der Eigentümer oder Pächter geopfert werden.

*Wir setzen uns für den
Erhalt von Garagen-
anlagen ein.*

Das Leben in Thüringen ist vielfach bestimmt durch Regelungen der Europäischen Union (EU). Auch wenn der Thüringer Landtag und die Landesregierung in Gesetzgebungsprozesse der EU eingebunden sind, hat Thüringen de facto keinen spürbaren Einfluss auf die Vorschriften aus Brüssel, und für die Bürger bleibt der Entstehungsprozess der EU-Gesetze weitgehend undurchsichtig. Innerhalb dieses engen und demokratie-unfreundlichen Rahmens gilt es, die Interessen Thüringens gegenüber der EU und im Zusammenhang der EU-Politik zu wahren. Darüber hinaus aber geht es darum, die europäische Kooperation in eine neue Form zu bringen. Das Streben der EU, sich in einen Superstaat zu transformieren, der in zentralistischer Manier das Leben aller Bürger Europas von Portugal bis Finnland und für die unterschiedlichsten Wirtschaftsregionen einheitlich dirigiert, halten wir für ein freiheits- und wohlstandsfeindliches Unterfangen, das wir strikt ablehnen.

Wir lehnen einen EU-Superstaat dezidiert ab und wollen, dass die Kooperation der europäischen Staaten eine neue Form erhält.

Entgegen den Behauptungen von Altparteienpolitikern wirkt sich das Handeln der EU auf die Bürger und die Wirtschaft in Deutschland vielfach negativ aus. Exemplarisch kann man auf die Landwirtschaftspolitik schauen: Die Landwirtschaft wurde in ein enges Korsett von Vorschriften, bürokratischen Zumutungen und Subventionsabhängigkeiten gezwängt, die einer sach- und leistungsgerechten Vergütung der Landwirte, der Viehzüchter und der Lebensmittelproduzenten entgegenstehen. Oft wirken sich die zentralistischen Regularien der EU zudem negativ etwa auf das Tierwohl aus. Wir wollen zur Sicherung von regionalen Wertschöpfungsketten, kurzen Transportwegen und qualitativ hochwertiger Lebensmittelversorgung die Unabhängigkeit der Landwirtschaft stärken. Das geht nur durch Zurückdrängung des Brüsseler Zentralismus. Was für die Landwirtschaft gilt, gilt auch für weitere Wirtschafts- und Lebensbereiche.

Das Handeln der EU wirkt sich auf Bürger und Wirtschaft Deutschlands vielfach negativ aus. Die Landwirtschaftspolitik der EU zeigt das besonders deutlich.

Förderprogramme zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen

Ungeachtet des Umstandes, dass wir das bestehende Fördersystem der EU kritisch beurteilen, setzt sich die AfD dafür ein, dass Thüringen auch künftig von den Förderprogrammen der EU (insbesondere ESF/ESF+, EFRE und ELER) profitiert und entsprechende Mittel erhält. Das gilt umso mehr, als Deutschland der mit Abstand größte Nettozahler der EU ist. Das heißt, Deutschland – und damit auch der Thüringer Steuerzahler – zahlt sehr viel mehr Geld an die EU, als es aus den Förderprogrammen erhält. Von jedem Euro, den Berlin nach Brüssel überweist, fließen nur 50 Cent nach Deutschland zurück.

EU-Förder- und Vergabepolitik umgestalten

Die Förderung im Rahmen von EU-Programmen ist vor allem für die Begünstigten oft mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Die AfD fordert den konsequenten Abbau der Verwaltungsbelastung bei EU-finanzierten Förderprogrammen.

Zugleich setzt sich die AfD für eine grundlegende Reform der EU-Förderpolitik ein. EU-Subventionsprogramme, die der Durchsetzung bestimmter ideologischer Vorstellungen dienen (wie beispielsweise das EU-Programm „Rechte und Werte“), lehnen wir ab. Programme der EU müssen auf die Förderung des Binnenmarktes sowie auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen und Bedingungen abzielen. Sie dürfen nicht die Alimentierung und die Durchsetzung politischer Gesinnungen oder die Realisierung utopischer Gesellschaftsprojekte wie den „Green Deal“ und das „Fit for 55“-Programm verfolgen, die zudem einen direkten Angriff auf bestimmte Wirtschaftszweige wie etwa die Landwirtschaft darstellen. Außerdem ist uns wichtig, dass die zweckentsprechende Verwendung von EU-Fördermitteln besser kontrolliert wird, um einer Verschwendung öffentlicher Gelder vorzubeugen.

Deutschland ist der größte Netto-Geldgeber der EU. Vor diesem Hintergrund setzt sich die AfD dafür ein, dass Thüringen von den EU-Förderprogrammen bestmöglich profitiert, auch wenn wir die EU-Förderpolitik skeptisch beurteilen.

Die EU-Projekte „Green Deal“ und „Fit for 55“ verfolgen eine ideologische Agenda und wirken sich schädigend auf die Wirtschaft aus. Solche Programme müssen eingestellt werden.

Die Thüringer AfD befürwortet eine Reform des EU-Vergaberechts. Regionale und nationale Anbieter müssen bei der Auftragsvergabe durch Ausschreibungsverfahren in größerem Umfang vorrangig berücksichtigt werden können. Dafür sind die entsprechenden Schwellenwerte für die EU-Vergabe anzuheben und die Regelungen so weit zu flexibilisieren, dass bei der Auswahl der Anbieter nicht stets der günstigste aus dem gesamten EU-Raum den Zuschlag erhalten muss. So kann die regionale Wirtschaft gestärkt werden.

Das EU-Vergaberecht muss reformiert werden, damit regionale und nationale Anbieter bei der Auftragsvergabe vorrangig berücksichtigt werden können.

Technologieoffenheit anstatt freiheits- und wirtschaftsfeindlicher Verbote

Eine wichtige Voraussetzung für Innovation ist Technologieoffenheit. Das von der EU beschlossene Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir auch deshalb grundsätzlich ab. Automobilunternehmen und Zulieferbetriebe der Automobilbranche in Thüringen erleiden durch diese Verbotspolitik einen Wettbewerbsnachteil auf internationaler Ebene und werden auf dem Altar einer fragwürdigen Klimaideologie geopfert. Für eine solche Ideologie dürfen Arbeitsplätze und Wohlstand nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Das EU-Verbot von Verbrennungsmotoren widerspricht dem Prinzip der Technologieoffenheit und schadet der Thüringer Automobilbranche.

Ein Bund souveräner Staaten anstatt Europäischer Union

Wir halten die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft auf der Grundlage souveräner, demokratischer Nationalstaaten für erforderlich, weil wir das Experiment der EU für gescheitert ansehen. Die EU hat sich von der ursprünglichen Konzeption der EWG/EG weit entfernt, die die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes der Staaten vorsah. Sie stellt sich heute als ein Projekt zur Errichtung eines EU-Superstaates ohne demokratischen Unterbau dar, dem es vor allem um die Verwirklichung eines Totalumbaus („Transformation“) von Wirtschaft und Gesellschaft geht – auf

Wir halten die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft auf der Grundlage souveräner, demokratischer Staaten für erforderlich, weil das Experiment EU gescheitert ist.

Kosten von Wohlstand und Freiheit der Bürger. Dieses utopische Projekt lehnen wir ab.

Unsere Vision bleibt das Europa der Vaterländer in einem Bund souveräner Staaten als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft. Ausschließlich in Nationalstaaten mit demokratischer Verfassung können Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit und nationale Identität gelebt und bewahrt werden. Und nur auf deren Grundlage können wir einen breiten Wohlstand für alle Bürger im Rahmen einer patriotischen und sozialen Marktwirtschaft sichern und fortschreiben. Über eine entsprechende europäische Zukunft muss letztlich auf dem Wege einer Volksabstimmung entschieden werden.

*Unsere Vision bleibt
das Europa der
Vaterländer als
Bund souveräner
europäischer Staaten,
in denen Demokratie,
Rechtsstaatlichkeit,
nationale Identität und
wirtschaftlicher Wohl-
stand bewahrt werden
können.*

**DER
OSTEN
MACHTS!**



A

Abschiebeinitiative 67
Abschiebung 68
Alter, selbstbestimmtes Leben 27
Altersarmut 24
Angeln 105
Antisemitismus 65, 118
Armut 24, 53 f.
Ärztemangel 55
Asylpolitik 60, 67 ff., 77

B

Bargeld 52
Berufsausbildung 30, 33, 42, 50, 59, 109
Berufsbildung, Höhere 33, 50
Berufsschulen 33
Betriebsgründungen 49
Bildung 23, 29 ff., 40
Breitbandversorgung 79, 100
Bürgerbeteiligung 9
Bürokratieabbau 47 f., 50, 52, 108

C

Christentum 117 f.
Corona 7, 16 f., 23 f., 30, 51, 61 f., 96, 118 f.
COVID-19 23, 61

D

Demokratie 7 ff., 15, 21, 77, 138
Denkmalschutz 74 f., 116 f.
Deutsch
als Landessprache 112
als Unterrichtssprache 38
als Wissenschaftssprache 45
Digitalisierung 20, 39, 48, 50
DSGVO 48, 115

E

Ehrenamt 7, 96, 102 f., 111, 114 f., 122, 132
Einwanderung 15, 20, 50
Elektromobilität 65 ff., 73, 81 ff.

Eltern 23 ff. 27 f., 32 ff., 57
Energie, „erneuerbare“ 87 f.
Energienmix 89
„Energiewende“ 51, 87 f., 90 f., 94
EU (Europäische Union) 62, 87, 135 ff.
Europa 135
Europa der Vaterländer 138
Extremismus/extremistisch 19, 21 f.,
44, 66, 68, 72 (siehe *linksextrem*)

F

Fachkräfte 31 f., 50, 57 f., 102, 126
Familie 23 ff., 54, 57 f., 67, 73 ff., 109
Familiendarlehen 25, 74 f.
Feuerwehr 132
Fledermäuse 87, 93
Flughafen Erfurt/Weimar 85
Förderprogramme 48, 115, 126, 136
Förderschulen 32
Forstwirtschaft 99 ff.
Freiheit 7, 12, 14 f., 25, 47, 49, 52, 81, 91,
117, 135, 137, 139
der Kunst 114 ff.
der Wissenschaft 43
des Glaubens/der Religion 71
Frühsexualisierung 26, 35

G

Ganztagsschulen 33
Gender Mainstreaming 63
Genderforschung 44
Gendersprache 13, 35, 112, 118
Gerichte (Justiz) 18 f.
Gesellschaft, multikulturelle 66
Gesundheitsfachberufe 59
Gesundheitskarte f. Asylbewerber 60,
69
Gesundheitsversorgung 55, 62
Gewalt 16, 38, 68
Grundschule 26, 35, 38
Gymnasium 32

H

Handwerk 33, 82
 Hausbau 24
 Heimat 73, 88, 93, 107, 111, 114 f., 130
 Heizung 74, 89, 91
 Verbot von 91
 Hochschulen 29, 42 ff., 53

I

Identität 71, 101, 111, 116 f., 123, 138
 Identitätspolitik, linke 43
 Individualverkehr 78, 81f.
 Inflation 51, 53f.
 Inklusion 32
 Insekten 87, 93f.
 Integration 50, 70, 112
 Internet 8, 11f., 14, 48, 77, 79, 109
 Islam 35, 71

J

Jagd 102f.
 Justiz 9, 17ff.
 Justizvollzugskräfte 19

K

KI (Künstliche Intelligenz) 39 f., 52 f.
 Kinderbegrüßungsgeld 24
 Kindergarten 23, 25 f., 35, 123
 Kirche 117ff.
 Kleingärten 133 f.
 Klimawandel 91f.
 Kommunalverwaltung 129
 Kommunen 38, 69, 76, 114, 117, 121, 129 ff.
 Krankenhäuser 55 ff., 59
 Kriminalität 15, 22, 66, 84
 Kultur 43, 106, 108, 111 ff., 133
 Kunst 114 ff.
 Kunstschulen 113

L

Landeshaushalt 60, 125 ff., 129
 ländlicher Raum 26 f., 33 f., 41, 56, 59, 73, 77, 79, 83, 91, 99, 114, 130, 133
 Landtag 9f.
 Landwirtschaft 79, 94 ff., 135 f.
 Lebensqualität 15, 93, 101
 Lehrer 29 ff., 38 ff.
 Lehrermangel 31, 41f.
 Leistung 25, 36, 47, 50, 54, 56, 125, 127
 Leistungsprinzip 36 f.
 linksextrem 19, 21, 72

M

Marktwirtschaft, soziale 47 ff., 138
 Meinungsfreiheit 7, 21, 44
 Meisterausbildung 33, 50
 Migration/Migrationspolitik 15, 65 ff., 70
 Mobilität/Mobilitätspolitik 78, 81 ff., 109
 Musikschulen 111, 113

N

Neutralität, politische
 der Rechtsprechung 17
 der Schule 34
 des Sports 123

O

ÖPNV 27, 83f.
 Orchester 113f.

P

Parallelgesellschaften 71
 Pflege/Pflegedienstleistung 25, 57 ff.
 Polizei 16, 20

R

Radverkehr 83
 Radwege 78, 83
 Regelschule 31
 Rente/Rentengerechtigkeit 24, 54, 58

Rettungsdienst 59 f., 132

Rundfunk, öffentl.-rechtl. 8, 11, 13 f.

Rundfunkbeitrag 13 f.

Russland 51, 53, 89, 100

S

Schienenverkehr 77, 84 f.

Schlösser und Gärten 117

Schulen 23, 26, 29 ff., 37 ff., 123, 125

freie 34

politische Neutralität (siehe Neutralität)

Schulsystem 31

Sexualaufklärung/Sexualkunde 35 f.

Sicherheit 15, 20, 84,

Souverän/Souveränität 8 ff., 137 f.

soziale Sicherheit 53

Sozialmigration 69

Sportanlagen 109, 121 f.

Sportvereine 121 ff.

Steuersenkungen 47 f., 52, 108

Straftaten 12, 19, 21, 66

Straßenausbaubeiträge (Härtefallf.) 131

Stromtrassen 88, 100

T

Technologieoffenheit 49, 81 f., 137

Tempolimit 79

Theater 111, 113 f.

Tierschutz 93, 95 f.

Tourismus 107 ff., 117

U

Unternehmen (kleine & mittlere) 31,
47 ff., 87, 107 f., 130, 136

Unternehmensnachfolgen 49

Uploadfilter 12

V

Verbrennungsmotor 78, 81 f., 137

Vereine 111, 115

Verfassungsschutz 7, 21

Verkehrssicherheit 78

Verkehrswegenetz 78

Versorgung, medizinische 27, 32, 55 ff.,
62, 133 (s. Gesundheitsversorgung)

Videoüberwachung 20

Vögel 87

Volkssouveränität 9 f., 138

W

Waffenrecht 22

Wahlrecht 7, 10

Wald 87, 92 f., 99 ff.

Waldumbau 92, 102

Wasserstoff 90

Wild/Wildtiere 94, 102 ff.

Windkraft-

anlagen 94, 99 f.

industrie 90

Wintersport 123

Wohlstand 15, 29, 47, 49, 53 f., 81, 137 f.

Wohlstandsverlust 47, 81

Wohnen 73 f., 76

bezahlbares 73

Wohnraumknappheit 73

Wohnungsbaubau 73 ff., 130

Wohnungsbaugenossenschaften 76 f.

Wolf 95, 104

Z

Zensur 12

Zensurverbot 8

KONTAKT & IMPRESSUM

INTERNET & E-MAIL

www.afd-thueringen.de

geschaeftsstelle@afd-thueringen.de

SOZIALE MEDIEN

facebook.com/afd.thueringen

x.com/afd_thueringen

instagram.com/afd.thueringen

BANKVERBINDUNG

AfD Landesverband Thüringen

IBAN: DE51 8405 1010 1010 0693 02

BIC: HELADEF1ILK

Sparkasse Arnstadt-Ilmenau

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Landesverband Thüringen

Vertreten durch Björn Höcke & Stefan Möller

Alte Chaussee 87, Haus 12 • 99097 Erfurt

Redaktion & Layout: Landesverband AfD-Thüringen

Bilder: Adobe Stock

**ZUM DIGITALEN PROGRAMM AUF
WWW.THUERINGEN-LANDTAGSWAHL.DE**

